

Deutsches Komitee für UNICEF

Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012

**Starke Eltern – starke Kinder:
Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe**

Hans Bertram, Steffen Kohl und Wiebke Rösler
Humboldt-Universität zu Berlin

unicef 
Gemeinsam für Kinder

Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012

Das Wohlergehen von Kindern ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit einer jeden Gesellschaft. In internationalen Vergleichsstudien zwischen den Industrieländern belegte Deutschland 2007 und 2010 mit Blick auf eine gute Lebensumwelt für Kinder und Jugendliche regelmäßig einen mittleren Platz. Doch hinter den dort dokumentierten nationalen Durchschnittswerten verbergen sich große regionale Unterschiede.

Ausgehend von dieser Beobachtung haben Professor Hans Bertram, Steffen Kohl und Wiebke Rösler von der Humboldt-Universität in Berlin im Auftrag von UNICEF Deutschland die aktuell verfügbaren empirischen Daten zum Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen umfassend für die einzelnen Bundesländer ausgewertet. Sie legten dabei die von UNICEF definierten sechs Dimensionen zugrunde: materielles Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit, Bildung und Ausbildung, Beziehungen zu Familie und Gleichaltrigen, Verhaltensrisiken sowie subjektives Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen. Ziel ist es, einen differenzierten Blick auf die Situation der Kinder in den einzelnen Bundesländern zu gewinnen.

Die Ergebnisse, Interpretationen und Schlussfolgerungen der Autoren in der Studie müssen nicht unbedingt Positionen von UNICEF wiedergeben.

© Deutsches Komitee für UNICEF e.V., 2011

Bitte zitieren Sie aus diesem Dokument wie folgt:

Bertram, Hans; Kohl, Steffen und Rösler, Wiebke, Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012: Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe. Deutsches Komitee für UNICEF, Köln 2011

UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, setzt sich im Auftrag der UN-Generalversammlung weltweit für den Schutz der Kinderrechte ein. Die Grundbedürfnisse aller Kinder zu sichern, jedem Kind ein gutes Aufwachsen und eine Entwicklung zu ermöglichen, die seinen Fähigkeiten entspricht – das ist Aufgabe von UNICEF. Auch in Deutschland ist UNICEF eine wichtige Stimme für Kinderrechte – für mehr Beteiligung und gleiche Bildungschancen, gegen Kinderarmut und soziale Ausgrenzung.

Weitere Informationen:

UNICEF Deutschland
Höninger Weg 104
50969 Köln

Tel: 0221-93650-0

mail@unicef.de

www.unicef.de

Prof. Dr. Hans Bertram (geb. 1946 in Soest, Westfalen) studierte von 1968 bis 1973 Soziologie, Psychologie und Jura in Münster und Mannheim und wurde 1976 in Düsseldorf promoviert. Die Habilitation erfolgte 1980 in Heidelberg. Er war von 1981 bis 1984 Professor der Bundeswehr in München und von 1984 bis 1993 Vorstand und Wiss. Direktor des deutschen Jugendinstituts e.V. München. Seit 1992 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er war von 1991 bis 1997 Vorstandsvorsitzender der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den Neuen Bundesländern und von 1998 bis 1999 Fellow am Center for Advanced Study am Hanse-Wissenschaftskolleg, Universitäten Bremen und Oldenburg. Von 2003 bis 2005 war er Vorsitzender der Sachverständigenkommission für den Siebten Familienbericht der Bundesregierung.

Dipl.-Soz. Steffen Kohl (geb. 1979) studierte von 2001 bis 2007 Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und war dort bis 2009 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Mikrosoziologie tätig. Von 2009 bis August 2011 arbeitete er als Projektmitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Seit November 2012 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Netzwerkforschung und Familiensoziologie an der Johannes Gutenberg-Universität zu Mainz tätig. Seine Arbeits- und Forschungsgebiete sind Kinderarmut, Netzwerkforschung, Familiensoziologie, Habitustheorie und soziale Ungleichheit.

Dipl.-Soz. Wiebke Rösler (geb. 1979) studierte von 1997 bis 2003 Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist seither bei Prof. Bertram beschäftigt. Aktuell arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Forschungsprojekt zum demographischen Wandel, gefördert durch die Fritz-Thyssen-Stiftung. Seit 2005 ist sie außerdem Doktorandin an der Berlin Graduate School of Social Sciences und promoviert hier zum Thema „Strukturwandel und Fertilität“.

Hans Bertram, Steffen Kohl und Wiebke Rösler

Humboldt-Universität zu Berlin

Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012

Starke Eltern – starke Kinder

Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Die Achtung vor anderen und das kindliche Wohlbefinden	8
3. Das kindliche Wohlbefinden: Forschungsperspektiven von UNICEF, OECD und EU	10
4. Starke Kinder, starke Eltern und unterstützende Nachbarschaft	14
5. Das kindliche Wohlbefinden im Vergleich der Bundesländer: Die empirische Basis	16
6. Das kindliche Wohlbefinden im Vergleich der Bundesländer	19
6.1. Das materielle Wohlbefinden von Kindern auf der Basis der UNICEF-Indikatoren	21
6.2. Das materielle Wohlbefinden von Kindern in den Bundesländern	22
7. Das kindliche Wohlbefinden und Teilhabe an Bildung	29
7.1. Regionale Vielfalt	32
7.2. Von Kompetenzen zur Teilhabe	38
7.3. Vergessen und abgehängt?	42
8. Beziehungen zu Eltern und Gleichaltrigen	46
9. Gesundheit, Verhalten und Risiken	50
10. Subjektives Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen	55
11. Perspektiven für die weitere Arbeit und Schlussfolgerungen	59
12. Literaturverzeichnis	67
Daten- und Tabellenanhang	70
Quellen und Anmerkungen zum Daten- und Tabellenanhang	91
Lesehilfen zu den Abbildungen im Bericht	93

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht zur Datenbasis des Bundesländervergleichs zum kindlichen Wohlbefinden	17
Abbildung 2: Kindliches Wohlbefinden: Gesamtübersicht der deutschen Bundesländer	19
Abbildung 3: Daten zum materiellen Wohlbefinden von Kindern in den deutschen Bundesländern	21
Abbildung 4: Kinder in Familien mit niedrigem Einkommen in den deutschen Bundesländern 2008	23
Abbildung 5: Konsumausgaben in den deutschen Bundesländern 2008	25
Abbildung 6: Wohlstandspositionen und Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland für die Jahre 2003, 2006 und 2008	27
Abbildung 7: Bildung von Kindern im Vergleich der Bundesländer	30
Abbildung 8: Ländervergleich der Schülerleistungen im PISA-Test 2009	31
Abbildung 9: Naturwissenschaftliche Kompetenz und erklärte Varianz durch die soziale Herkunft (HISEI)	33
Abbildung 10: Korrelationen ausgewählter UNICEF-Indikatoren und PISA-Leistungen (Mittelwert aus den Leistungswerten für Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften)	35
Abbildung 11: Jugendarbeitslosigkeit in Europa	39
Abbildung 12: Jugendarbeitslosigkeit in den Bundesländern	41
Abbildung 13: Schulabgänger ohne Abschluss in den Bundesländern	43
Abbildung 14: Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie	46
Abbildung 15: Überwiegender Lebensunterhalt der 35- bis unter 45-jährigen Frauen in den Bundesländern, 2003 und 2008	47
Abbildung 16: Übersicht aktueller Daten zur Gesundheit und Sicherheit im Vergleich der Bundesländer	51
Abbildung 17: Daten zu Verhalten und Risiken von Kindern im Vergleich der Bundesländer (1. Teil)	52
Abbildung 18: Daten zu Verhalten und Risiken von Kindern im Vergleich der Bundesländer (2. Teil)	53
Abbildung 19: Subjektives Wohlbefinden von Kindern im Vergleich der Bundesländer	55
Abbildung 20: Subjektives Wohlbefinden von Kindern in den deutschen Bundesländern	56
Abbildung 21: Korrelationen ausgewählter UNICEF-Indikatoren und dem subjektiven Wohlbefinden von Kindern	57
Abbildung 22: Regression zur Erklärung schulischer Leistungen durch Arbeitslosigkeit und relative Armut in deutschen Bundesländern	60
Abbildung 23: Regression zur Erklärung schulischer Leistungen durch subjektives Wohlbefinden	63

1. Einleitung

„Jedes Kind braucht mindestens einen Erwachsenen, der ‚crazy‘ (verrückt) nach ihm ist.“

Diese schlichte Einsicht von Urie Bronfenbrenner (1990) findet sich nicht nur sinngemäß in der UN-Kinderrechtskonvention wieder, durch die den Kindern jederzeit der ungehinderte Zugang zu ihren Eltern garantiert wird, sondern auch in Berichten der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften zur kindlichen Entwicklung (Shonkoff et al., 2000). Denn Kinder brauchen für ihre emotionale, soziale, moralische und intellektuelle Entwicklung eine enge persönliche Bindung an (mindestens) eine erwachsene Person, die das kindliche Wohlbefinden und die kindliche Entwicklung als einen wichtigen Teil der eigenen Lebensperspektive erachtet. Das sind in den allermeisten Fällen ihre Eltern.

Urie Bronfenbrenner war nicht nur einer der wichtigsten Sozialisationsforscher des 20. Jahrhunderts, sondern auch einer der Mitbegründer von Head Start. Dieses groß angelegte Regierungsprogramm der Vereinigten Staaten, sollte durch frühkindliche Förderungsprogramme eine größere Chancengleichheit für benachteiligte Kinder erreichen (Ziegler/Styfco 2010). Noch heute fördert dieses Programm jährlich rund 800.000 Kinder mit ganz unterschiedlichen Modellen und Projekten von der Bundesebene in Washington D.C. aus, obwohl Bildung auch in den USA Angelegenheit der einzelnen Staaten und nicht des Bundes ist. Im Rahmen dieses Programms sind übrigens auch Fernsehserien wie die „Sesamstraße“ entstanden.

Viele deutsche Debatten konstruieren einen Gegensatz zwischen der kindlichen Entwicklung im Elternhaus auf der einen und der Förderung von Kindern in Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen auf der anderen Seite. Im Gegensatz dazu war es für Bronfenbrenner immer klar, dass die kindliche Entwicklung auf der Basis einer intensiven und tiefen emotionalen Bindung zu den Eltern auch entscheidend davon beeinflusst wird, wie es den Eltern gelingt, das Kind entsprechend seiner Entwicklung darin zu fördern, sich in einer zunehmend komplexen und anspruchsvollen Umwelt mit anderen Kindern und anderen Erwachsenen zu bewähren. Für ihn war es selbstverständlich, dass zwischen der familiären Lebenswelt, den Förderprogrammen für Kinder, der Schule und auch der elterlichen Arbeitswelt eine enge Vernetzung bestehen muss, so dass sich die Kinder und ihre Eltern akzeptiert fühlen und die Eltern das kindliche Wohlbefinden fördern können.

Solche unterstützenden Beziehungen gelingen aber nur dann, wenn sich nicht nur die Eltern, die Erzieher und Erzieherinnen und die Lehrer und Lehrerinnen abstimmen und vertrauensvoll miteinander umgehen. Vielmehr bedarf es darüber hinaus einer Politik für Kinder, die die Sicherheit, die Gesundheit und das materielle Wohlbefinden von Kindern ebenso wie ihre intellektuelle Entwicklung als zentrale Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden definiert.

Das Programm von Urie Bronfenbrenner lässt sich auch in dem Satz zusammenfassen: **Starke Kinder brauchen starke Eltern!** Diese elterliche Stärke hängt nun auch davon ab, dass die Einrichtungen und die Personen, die die kindliche Entwicklung außerhalb

der Familie fördern und stützen, vertrauensvoll mit den Eltern zusammenarbeiten. Zudem muss durch eine Politik für Kinder auch sichergestellt sein, dass der Kontext, in dem die Eltern, die Kinderkrippen, der Kindergarten, die Schule und die Berufsausbildung zusammenwirken, die Stärken der Kinder und der Eltern auch tatsächlich fördert.

Seit 2005 legt UNICEF Berichte zum kindlichen Wohlbefinden in den Industrieländern auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention vor. UNICEF will damit als Anwalt für die Kinder in den Industrieländern prüfen, ob und inwieweit eine angemessene Teilhabe der Kinder in der gesellschaftlichen Entwicklung auf der Basis der Kinderrechte auch in dem jeweiligen institutionellen und politischen Kontext so gestaltet wird, dass aus starken Kindern selbstbewusste Erwachsene werden können.

In unserem Bericht zur Situation der Kinder in Deutschland 2010 (Bertram/ Kohl 2010) haben wir uns im Wesentlichen auf internationale Vergleiche gestützt, um zu prüfen, wie die Lebensbedingungen von Kindern in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern gefördert werden bzw. wo bestimmte Missstände zu erkennen sind. Im Unterschied zu den Arbeiten der OECD, die sich lange Zeit im Wesentlichen auf die Vergleiche der Bildungsleistungen von Kindern konzentriert hat (PISA 2003, 2006, 2009), hat UNICEF die kindliche Entwicklung immer breit verstanden, wie dies in der UN-Kinderrechtskonvention formuliert ist. Denn starke Kinder und positives kindliches Wohlbefinden hängen nicht nur von den schulischen Leistungen und Kompetenzen der Kinder ab, sondern in gleicher Weise von ihrer gesundheitlichen Situation, von der Sicherheit, mit der sie sich in ihrer Umwelt bewegen können, von den Verhaltensrisiken, denen sie ausgesetzt sind, von ihrem materiellen Wohlbefinden und nicht zuletzt von ihrem persönlichen Umgang mit ihren Eltern, ihren Geschwistern oder Freunden und der subjektiven Einschätzung ihres persönlichen Wohlbefindens. Es ist erfreulich, dass sich die OECD jüngst (2011) ähnlich wie die EU (2011) entschlossen hat, ihre Perspektive auf die kindliche Entwicklung zu erweitern. Neben den Bildungsleistungen (OECD) und dem materiellen Wohlbefinden (EU) folgen beide jetzt auch dem erweiterten Ansatz, wie ihn UNICEF auf der Basis der UN-Kinderrechtskonvention entwickelt hat. Nun ist für die künftige Berichterstattung zu hoffen, dass das Konzept des kindlichen Wohlbefindens und die Stärke der Kinder in Zukunft über die verschiedenen Entwicklungsdimensionen wie Gesundheit und Bildung, Umgebung (Sicherheit/Verhaltensrisiken) und materielles Wohlbefinden auch auf nationaler und möglicherweise sogar auf lokaler Ebene so erfasst wird, dass die unterschiedlichen Aspekte der kindlichen Entwicklung auch tatsächlich sichtbar gemacht werden können.

Allerdings besteht auch jetzt noch ein zentraler Unterschied zwischen dem Ansatz von UNICEF zu diesen anderen begrüßenswerten Initiativen: Die subjektiven Dimensionen der kindlichen Entwicklung, wie das Verhältnis der Kinder zu ihren Eltern und zu ihren Freunden und auch die subjektive Selbsteinschätzung sind fundamentaler Bestandteil des UNICEF-Konzepts kindlichen Wohlbefindens. UNICEF versteht seine Anwaltsrolle für Kinder auch in dem Sinne, dass Kinder entsprechend ihrer Entwicklung sehr wohl

in der Lage sind, ihre eigenen Angelegenheiten wie auch Aspekte ihrer Lebensumwelt genauso gut einzuschätzen wie Erwachsene. Kinder sind in ihren Urteilen zumeist sehr realistisch und können auch sehr gut abschätzen, wie ihre Umwelt mit ihren Bedürfnissen und ihren Perspektiven umgeht.

Dennoch ist es ein großer Fortschritt, dass die OECD und die EU jetzt auch das kindliche Wohlbefinden als einen wichtigen Maßstab der eigenen Politik oder auch von Ratschlägen an die Politik begreifen. Denn damit ist zu hoffen, dass sich auf nationaler wie auf lokaler Ebene diese breite und integrative Perspektive, wie sie UNICEF verfolgt und wie sie dem eingangs skizzierten Ansatz von Urie Bronfenbrenner entspricht, auf Dauer als ein wesentliches Element der politischen Handlungsperspektiven für Kinder durchsetzt.

Unter Bezug auf die kurz dargestellten Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten zwischen den Ansätzen von UNICEF und denen der OECD oder der EU sei hier nun klar herausgearbeitet, welche Ziele dieser Bericht verfolgt. Zum einen konzentrieren wir uns auf die regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands, nämlich den Bundesländern, als Schwerpunkt dieses Berichts. Die Notwendigkeit einer solche Perspektive in Ergänzung zu vorhergehenden internationalen Vergleichen begründet sich aus dem Bestreben, kein Kind zurückzulassen und jedem Kind ein Recht auf Teilhabe zu gewährleisten. Obwohl uns internationale Vergleiche hierfür wichtige Informationen liefern, ist es doch wichtig, noch genauer und differenzierter hinzuschauen, denn die Unterschiede innerhalb Deutschlands sind häufig genauso groß wie zwischen einzelnen Industrieländern. Ein weiteres Ziel, das sich aus dem Bestreben ergibt, einen differenzierteren Blick zu ermöglichen, ist die möglichst umfassende Adaption des UNICEF-Konzeptes kindlichen Wohlbefindens auf Bundesländerebene. Wie auch im letzten UNICEF-Bericht zum internationalen Vergleich kindlichen Wohlbefindens (Bertram/ Kohl 2010) werden die Ergebnisse auch hier in Form eines (Bundes-)Länderrankings dargestellt. Ziel ist es dabei nicht, mittels dieser Ergebnisse einzelne Bundesländer zu verurteilen oder zu loben. Wir wollen damit vielmehr erstmals die innerdeutschen Bundesländerdifferenzen kindlichen Wohlbefindens aufzeigen und den Blick dafür schärfen, wie vielfältig und unterschiedlich politische Handlungsstrategien in den einzelnen Bundesländern sein müssen, wenn sie das Ziel verfolgen wollen, kein Kind zurückzulassen.

Ein wichtiges Ergebnis dieses Berichtes ist die im Grundsatz nicht überraschende Erkenntnis, dass die kindliche Teilhabe und die kindliche Entwicklung sehr stark von der Lebenssituation der Eltern beeinflusst wird; das wird in späteren Kapiteln im Detail aufgezeigt.

Deutlich wird in diesem Bericht aber auch, dass die in Deutschland in den letzten Jahren doch sehr einseitig geführte Diskussion um relative Kinderarmut, im Wesentlichen konzentriert auf die ökonomische Benachteiligung, ebenso nur eine selektive Facette der kindlichen Entwicklung und der kindlichen Teilhabechancen in der Gesellschaft repräsentiert wie die durch PISA hervorgerufene Bildungsdiskussion. Dort geht es um die Entwicklung der kindlichen Kompetenzen bei Sprache und den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fähigkeiten. Sie sind in der modernen Gesellschaft in

der Tat von großer Bedeutung, stellen aber auch nur eine Dimension der kindlichen Entwicklung neben anderen dar. Zudem wird die Entwicklung auch noch von den anderen Dimensionen des kindlichen Wohlbefindens erheblich beeinflusst.

Trotz verbesserter Datenlage wird der Leser in diesem Report recht häufig auf Tabellen stoßen, in denen Indikatoren und Zahlen fehlen. Das ist immer dann der Fall, wenn die entsprechenden Daten zwar auf nationaler Ebene vorliegen, nicht aber auf regionaler (Bundesländer-)Ebene. Das trifft besonders für den Bereich „Verhalten und Risiken“ zu. Das ist erstaunlich, weil politisch so viel über Prävention und Gesundheits-erziehung gesprochen wird. Wenn es aber um konkrete Informationen zur gesundheitlichen Entwicklung der Kinder in den einzelnen Bundesländern geht und das Risikoverhalten von Kindern und Jugendlichen in ihrem konkreten Lebenskontext zu analysieren ist, scheint das politische Interesse daran nicht besonders groß zu sein. Dabei ist die Forschungskapazität in diesem Bereich in Deutschland eigentlich gut aufgestellt. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für den Bildungsbereich, wo zwar regional differenzierte Daten vorliegen, diese aber nicht ausgewertet werden dürfen.

Wir hoffen, die Lektüre dieses Berichts zeigt, dass es nicht darum geht, die Politik des einen oder des anderen zu loben oder zu tadeln. Stattdessen sollen die Entwicklungsbedingungen von Kindern auch im regionalen Kontext so differenziert gekennzeichnet werden, dass hieraus konkrete politische Perspektiven und Handlungsoptionen entstehen können. So hoffen wir, dass sich nach der Rezeption dieses Berichtes in Zukunft zumindest die Haltung der Kultusminister ändert und hinsichtlich der Gesundheitsrisiken von Kindern und Jugendlichen der Vergleich zwischen den Bundesländern und den Metropolen der Republik möglich wird. Denn bei diesen Vergleichen geht es immer wieder darum, die Teilhabechancen von Kindern zu reklamieren und die Frage nach Defiziten zu formulieren, die diese Teilhabechancen mehr oder weniger einschränken und die es zu überwinden gilt. Viele dieser Defizite sind gar nicht auf direkte politische Handlungen zurückzuführen, sondern auf ein Zusammenspiel anderer Faktoren. Doch besteht oft die berechtigte Hoffnung, dass sich - wenn diese Problembereiche erkannt und öffentlich gemacht sind - daraus politische Handlungsstrategien entwickeln lassen.

Dieser Bericht wird in der einen oder anderen Passage möglicherweise nicht auf die Zustimmung aller politisch Tätigen treffen. Doch wir hoffen, dass er auf jeden Fall die Anwaltsrolle von UNICEF für Kinder in den Industrieländern wie Deutschland deutlich macht. Gleichzeitig, und das ist der wichtigere Punkt, hoffen wir, dass damit in Deutschland eine Diskussion entsteht die im Interesse der Entwicklungsbedingungen von Kindern die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen in Deutschland verbessern hilft, so dass die Kinder auch jene Teilhabechancen an unserer Gesellschaft bekommen, die wir Erwachsenen für uns selbst in Anspruch nehmen.

UNICEF Deutschland hat uns bei der Abfassung des Berichtes alle Freiheiten gelassen, so dass die Verantwortung für Irrtümer und Fehler einzig bei den Autoren dieses Berichtes liegt.

2. Die Achtung vor anderen und das kindliche Wohlbefinden

In seiner Theorie der Gerechtigkeit beschreibt John Rawls (1982) unter anderem die Entwicklung des Gerechtigkeitssinns bei Kindern: Um andere Menschen zu achten und an ihrem Wohlbefinden interessiert zu sein, müssen Kinder zunächst vor allem Selbstachtung entwickeln. Denn nur wer sich selbst achtet ist fähig, andere so zu achten wie sich selbst. Nach Rawls setzt diese Achtung anderer bei den Kindern voraus, dass sie im Verlauf ihrer Entwicklung die Erfahrung machen konnten, dass es zumindest einen Menschen in ihrer Umwelt gibt, der ihnen auch dann Vertrauen und Liebe schenkt, wenn sie selbst Fehler machen. Und die Achtung gegenüber sich selbst setzt voraus, dieses unbedingte Vertrauen auch erfahren zu haben. Das bedeutet nicht, dass derjenige oder diejenige, dem das Kind vertraut und den es liebt, die Fehler des Kindes und die Folgen seines Verhaltens übersieht, sondern in dieser vertrauensvollen Beziehung zum Kind verdeutlicht, welche Konsequenzen das Handeln des Kindes für andere im Guten wie im Schlechten hat. Nur durch eine solche vertrauensvolle Beziehung, die auch die Konsequenzen des Handelns für andere thematisiert, können Kinder aus den eigenen Fehlern lernen, ohne die Achtung vor sich selbst zu verlieren. Zugleich lernen sie, welche Konsequenzen ihre Handlungen für das Wohlbefinden anderer haben.

Die zentrale Rolle des Vertrauens zu anderen im kindlichen Entwicklungsprozess ist eine alte Einsicht. Aber erst in den letzten 30 bis 40 Jahren hat sich die Erkenntnis verbreitet, dass das Vertrauen der Eltern oder anderer nahe stehender Erwachsener allein nicht ausreicht, um bei Kindern das Interesse auch am Wohlergehen anderer zu entwickeln. Vielmehr ist es erforderlich, dass Kinder auch das Handeln der Erwachsenen selbst erleben und die Konsequenzen des Handelns für andere auch in den Auswirkungen reflektieren. Wissenschaftler wie George Herbert Mead oder Jean Piaget haben in der Mitte des 20. Jahrhunderts begonnen, die Beziehungen zwischen der Person selbst und dem Anderen wissenschaftlich zu untersuchen. Sie konnten zeigen, dass sich die Herausbildung des moralischen Urteilens, bei dem der Andere in seinem Handeln, Denken und Fühlen einem selbst gleichgestellt wird, nicht durch Belohnung und Bestrafung entwickelt, sondern durch genau den von Rawls beschriebenen Prozess: Nämlich auf der Basis von Liebe, Fürsorglichkeit und Vertrauen in die Kinder bei gleichzeitigem Erklären des kindlichen Handelns mit seinen Konsequenzen für andere.

Bei der Formulierung von Kinderrechten von der Children's Charta (1924) bis hin zur Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention (1989) liegt der entscheidende Fortschritt vor allem darin, dass es nun beim Wohlergehen von Kindern nicht mehr allein um den Schutz und die Unversehrtheit des Kindes geht. Vielmehr sollen Kinder, entsprechend ihrer Entwicklung, in ihren eigenen Angelegenheiten gehört werden und ihre Angelegenheiten auch selbst aktiv mit gestalten. Denn die Kinderrechtskonvention geht davon aus, dass Kinder selbst, natürlich abhängig von ihrem Alter, Entscheidungen für sich selbst und auch für andere treffen können, und zwar auf der Basis von

Achtung für den Anderen und dem Interesse am Wohlergehen des Anderen, genauso wie Erwachsene. Die Vorstellung der aktiven Teilhabe der Kinder an ihrer eigenen Entwicklung und an den Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, begründet sich in der Erkenntnis, dass die Kinder in ihrer Entwicklung auf der Basis von Liebe und Fürsorge Selbstachtung entwickelt haben. Auf dieser Basis können sie Interesse am Wohlergehen anderer entfalten und den Anderen genauso achten wie sich selbst. Daher kann das kindliche Wohlbefinden, im Gegensatz zur Fürsorge für Kinder und auch zum Kindeswohl, auf der Basis der UN-Kinderrechtskonvention nur dann angemessen analysiert werden, wenn die subjektive Perspektive der Kinder, ihre persönliche Einschätzung ihrer Lebenssituation, ihrer Beziehungen zu anderen, zu ihren Eltern und ihren Freunden, als ein unverzichtbarer Bestandteil des kindlichen Wohlbefindens berücksichtigt wird.

Möglicherweise hängt diese starke Betonung der Teilhabe von Kindern und der subjektiven Einschätzung der Kinder, wenn es um ihr eigenes Wohlbefinden geht, auch damit zusammen, dass Wissenschaftler wie Jean Piaget durch ihr Schaffen den Diskussionsprozess in den 1970er und 1980er Jahren mit beeinflusst haben. Denn die Betonung der Eigenständigkeit und aktiven Teilhabe von Kindern entsprechend ihrer Entwicklung war in den 1950er und 1960er Jahren keinesfalls allgemeiner Bestandteil des gesellschaftlichen Bewusstseins. Im Gegenteil stand in jener Zeit eher allein der Schutz des Kindes im Fokus des gesellschaftlichen Diskurses; es ging weniger um die Rechte des Kindes in einem umfassenden Sinne.

3. Das kindliche Wohlbefinden: Forschungsperspektiven von UNICEF, OECD und EU

Die Teilhabechancen von Kindern hängen nicht nur davon ab, wie sie sich an Entscheidungen beteiligen können, die sie selbst betreffen. Vielmehr sind sie als Mitglieder einer Familie abhängig von den materiellen Ressourcen ihrer Eltern. Ihre Bildungschancen werden nicht zuletzt von der Organisation und der institutionellen Struktur des Bildungssystems bestimmt. Ihre gesundheitliche Entwicklung, die Risiken in ihrer Lebensumwelt, etwa im Straßenverkehr, aber auch die Beziehungen zu ihren Freunden und zur eigenen Familie hängen mit davon ab, wie andere Menschen, mit denen sie in Beziehung stehen, mit ihnen umgehen. Selbst die subjektive Einschätzung des eigenen Wohlbefindens wird von den Beziehungen zu anderen Menschen mitbestimmt.

Die Kinder können Elemente ihres subjektiven Wohlbefindens, wie die Beziehungen zu ihren Freunden und zur eigenen Familie, teilweise selbst beeinflussen, weil sie in ihrer eigenen Entwicklung gelernt haben, andere Menschen zu achten und an deren Wohlbefinden interessiert zu sein. Daher ist davon auszugehen, dass diejenigen Kinder größere Chancen haben, sich subjektiv wohl zu fühlen, die in ihrer Entwicklung erfahren haben, dass die anderen in der Regel dann in ähnlicher Weise mit ihnen umgehen.

Neben diesen personalen sozialen Beziehungen in der unmittelbaren Lebenswelt der Kinder hängt das kindliche Wohlbefinden auch davon ab, wie die gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen sowie der unmittelbare Lebensraum eines Kindes seine Rechte und sein Wohlbefinden berücksichtigen. Kinder, die beispielsweise an einer Hauptverkehrsstraße wohnen, haben deutlich weniger Möglichkeiten, sich frei zu bewegen, als Kinder, die in einem Wohnumfeld aufwachsen, das die kindlichen Bewegungsbedürfnisse reflektiert – völlig unabhängig davon, wie ihre Eltern, Nachbarn und Freunde mit ihnen umgehen.

Der Ansatz des kindlichen Wohlbefindens von UNICEF (2005, 2007) ist am Konzept der Kinderrechte orientiert, das die aktive Teilhabe als ein eigenes Recht der Kinder explizit formuliert. Die sechs Dimensionen, die diesem Konzept zu Grunde liegen, versuchen dieser Perspektive gerecht zu werden, nämlich materielles Wohlbefinden, Wohlbefinden in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit, Teilhabe an Bildung und Ausbildung, Wohlbefinden in Bezug auf die Beziehungen zu Familie und Gleichaltrigen, geringe Verhaltensrisiken und subjektives Wohlbefinden. Das setzt auf der einen Seite voraus, die institutionellen, sozialräumlichen und organisatorischen Dimensionen des kindlichen Wohlbefindens zu berücksichtigen, die das Kind selbst ebenso wenig beeinflussen kann wie die Menschen, mit denen das Kind zu tun hat. Auf der anderen Seite sind die subjektiven Dimensionen des Wohlbefindens zu berücksichtigen. Dazu zählen die sozialen Beziehungen zu den Eltern und Gleichaltrigen und die eigene Einschätzung der Lebenssituation. Auch die Kinderrechte formulieren einerseits einen klaren Anspruch an die Gesellschaft und die gesellschaftlichen Institutionen, Bedingungen so

zu strukturieren, dass sie die kindliche Entwicklung fördern. Sie artikulieren aber auch sehr klar, dass Kinder ungehinderten Umgang mit ihren Eltern haben, ihre Sozialbeziehungen selbst gestalten sowie ihre Situation selbst beurteilen müssen. Dieses Konzept folgt dem von den Vereinten Nationen verfolgten Ansatz des menschlichen Wohlbefindens mit den drei Dimensionen materielles Wohlbefinden, Teilhabe an Bildung und subjektives Wohlbefinden. Der Nobelpreisträger Amartya Sen hat es entwickelt, um die gesellschaftlichen Entwicklungen in unterschiedlichen Nationen vergleichen zu können.

Inzwischen müssen die subjektiven Komponenten dieses Konzepts deswegen so stark betont werden, weil sich die OECD (2009, 2011) und auch die EU (2011) jüngst entschieden haben, die Lebensbedingungen von Kindern in den OECD-Ländern und in den EU-Ländern auf der Basis eines Konzepts des kindlichen Wohlbefindens zu vergleichen. Es gibt jedoch einen entscheidenden Unterschied zwischen den Modellen von UNICEF auf der einen und der OECD und der EU auf der anderen Seite. Letztere legen in ihren Ansätzen keinen Wert auf die subjektiven Dimensionen der gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern, sondern konzentrieren sich im Wesentlichen auf die institutionellen Gegebenheiten einer Gesellschaft. Bei allem Respekt für die Sorgfalt der Arbeit, die die EU und die OECD in ihre Analysen stecken, ist festzuhalten, dass diese Ansätze hinter den Kinderrechts-Ansatz, der in allen EU-Ländern geltendes Recht ist, zurückfallen. Im Gegensatz dazu stellen sie erneut den Kindeswohl- und Kinderschutzgedanken, wie er der Kinder-Charta des Völkerbunds in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu Grunde lag, als Maßstab kindlichen Wohlbefindens in den Vordergrund.

Zunächst ist anzuerkennen, dass vor allem die OECD, die lange Zeit fast ausschließlich die kognitive und sprachliche Entwicklung von Kindern in den verschiedenen Ländern zum Maßstab des Wohlbefindens der Kinder und ihrer Zukunftsfähigkeit gemacht hat, nun mit der Berücksichtigung zusätzlicher Dimensionen wie Gesundheit oder Wohnumfeld akzeptiert, dass sich die kindliche Entwicklung und das kindliche Wohlbefinden nicht allein auf die PISA-Normen reduzieren lassen.

Auch die EU versucht mit ihrem Ansatz das Konzept des Wohlbefindens gegenüber ihren früheren Ansätzen zu erweitern, die sich im Wesentlichen auf den Vergleich der materiellen Lebensbedingungen von Kindern beschränkt hatten. Das ist als ein großer Fortschritt zu werten, weil damit deutlich wird, dass sich die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern nicht allein durch die Umverteilung von ökonomischen Ressourcen oder die Verbesserung der Bildungssituation erreichen lässt, sondern die gesundheitliche Entwicklung der Kinder eine ebenso große Bedeutung haben kann.

Doch ist hier kritisch festzuhalten, dass für die subjektiven Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern nicht nur das Lebensalter der Kinder eine Rolle spielt. Europaweit werden Kinder nur sehr selten selbst zu ihrer subjektiven Sicht befragt. Dieser Sichtweise sollten EU und OECD endlich mehr Beachtung schenken und damit auch Kinder als Bürger Europas ernst nehmen.

Wie wichtig es ist, Kinder selbst zu befragen, hat UNICEF gemeinsam mit GEOLino mehrfach mit dem „Kinderwertemonitor“ gezeigt. Diese Befragung von Kindern und Jugendlichen nimmt Bezug auf die amerikanische Untersuchung „Fragt die Kinder“ (Galinski 1999). Seit etwa 20 Jahren gibt es in Deutschland eine zunehmende Zahl von erwerbstätigen Müttern mit Kindern. Lange Zeit wurde in Deutschland intensiv und teilweise auch emotional sehr aufgeladen darüber diskutiert, ob eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit den Kindern möglicherweise schadet und ob die Mütter ihre Selbstverwirklichung möglicherweise über die notwendige Fürsorge für ihre Kinder stellen.

Bei den Einschätzungen der letzten im GEOLino-Wertemonitor von 2010 befragten 6- bis 14-jährigen Kinder ist festzustellen, dass die Kinder mit der Erwerbstätigkeit ihrer Mütter sehr pragmatisch umgehen. Auf der einen Seite ist die überwiegende Mehrzahl der Kinder mit erwerbstätigen Müttern sehr stolz darauf, dass ihre Mütter ihren Beruf und ihre Familie in einer Weise vereinbaren, wie die Kinder das in der Regel gut finden. Andererseits sehen sie sehr wohl die große zusätzliche Belastung und durchaus auch den Stress, den ihre Mütter auf sich nehmen. Sie beurteilen aber die Zeit, die ihre Mütter mit ihnen verbringen, als eine außerordentlich glückliche und für sie auch wichtige Zeit. Ein schlechtes Gewissen für die Mütter ist jedenfalls aus dieser Studie nicht abzuleiten. Die deutschen Kinder reagieren ziemlich ähnlich wie die amerikanischen Kinder und sehen auch Vorteile der mütterlichen Berufsarbeit, wie etwa die größere ökonomische Sicherheit. Interessanterweise zeigen aus Sicht der Kinder die Väter ein zu geringes Engagement für sie und ihre Entwicklung. Diese Perspektive hat bisher in der Diskussion um die mütterliche Erwerbsbeteiligung nur selten eine Rolle gespielt. Eine entsprechende Untersuchung in Deutschland Anfang der 1990er Jahre hätte vermutlich viele der politischen Entscheidungen mit viel größerer Gelassenheit treffen lassen, die nach 2000 nur unter großen politischen Anstrengungen durchgesetzt werden konnten.

Kinder können ihre eigene Lebenssituation und ihr eigenes Wohlbefinden, aber auch bestimmte gesellschaftliche Probleme oft recht differenziert einschätzen. Deshalb bedeutet das Ausblenden der subjektiven Dimensionen der kindlichen Entwicklung in der Forschung und Politik auch, dass die Kinder immer weniger Chancen haben, Gehör zu finden und ihre eigene Zukunft mit zu gestalten.

Bei diesem Ansatz sind zwei Punkte von Bedeutung. Zum einen hängt das Wohlbefinden der Mitglieder von demokratischen Gesellschaften auch davon ab, ob diese Selbstachtung entwickeln und lernen, sich für das Wohlbefinden anderer zu interessieren und einzusetzen. In den personalen Beziehungen in der Familie, der Nachbarschaft und mit Freunden lassen sich solche Entwicklungen zur Selbstachtung im Interesse des Wohlbefindens anderer bei den entsprechenden Interaktionen zwischen Kindern und ihren Interaktionspartnern hervorbringen. James Coleman hat schon 1986 in seiner „asymmetrischen Gesellschaft“ betont, dass die Teilhabemöglichkeit der Betroffenen an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft in dem Maße systematisch reduziert wird, wie an die Stelle dieser personalen Beziehungen und der damit verbundenen Mitwirkungsmöglichkeiten institutionelle Entscheidungsprozesse treten, die von den Betroffenen nicht mehr hinterfragt werden können und in der Regel gar nicht erklärt werden.

Als Konsequenz werden nach Coleman die Ungleichheiten in der Gesellschaft dadurch nicht verkleinert, sondern eher vergrößert, weil sich diejenigen, die Zugang zu diesen institutionellen Entscheidungsträgern haben, in der Gesellschaft eher zurechtfinden als diejenigen ohne diesen Zugang. Daher ist es aus der Sicht von UNICEF notwendig, unbedingt an diesen subjektiven Aspekten des kindlichen Wohlbefindens festzuhalten. Denn nur auf diese Weise können die Teilhabechancen der Kinder an ihrer eigenen Zukunftsgestaltung gewährleistet werden.

Neben dem Argument, in demokratischen Gesellschaften sei die subjektive Teilhabe für alle Gesellschaftsmitglieder entsprechend ihrer Entwicklung, ihrem Interesse und ihrer Befähigung zu gewährleisten, ist aber ein zweites Argument ebenso entscheidend: Kinder leben nicht vorrangig in einem Land, sondern in konkreten Umwelten und bewegen sich in ihrer Nachbarschaft und Gemeinde, in Regionen und Bundesländern. Auch die institutionellen Angebote für Kinder, wie Tageseinrichtungen, die Ausgestaltung der Schulen, Angebote der Gemeinde in der Jugendarbeit oder Unterstützung der Eltern durch Nachbarschaft und Gemeinde sind in einem komplexen sozialen System wie Deutschland meistens nicht nationalstaatlich organisiert, sondern auf der Ebene der Länder und Kommunen. Ein Ländervergleich, der diese Ausdifferenzierungen nicht berücksichtigt, führt möglicherweise zu falschen Schlüssen.

Daher empfiehlt die Amerikanische Akademie der Wissenschaften auch, neben der nationalen Ebene stärker die Ebene der Staaten und Gemeinden zu thematisieren, weil sich dort das konkrete Leben der Kinder abspielt.

UNICEF hat als Anwalt der Kinder in den hoch entwickelten Industrieländern die Lebensbedingungen und die Teilhabechancen der Kinder hinsichtlich ihrer konkreten Lebensgestaltung und im Bezug zur Zukunftsgestaltung im Fokus. UNICEF muss deshalb an dieser Kombination von objektiven Aspekten des kindlichen Wohlbefindens und der subjektiven Einschätzung des kindlichen Wohlbefindens festhalten. Nun verfügt UNICEF aber im Gegensatz zur EU oder der OECD nicht über die notwendigen Ressourcen, um eigenständig entsprechende Untersuchungen durchzuführen. Daher ist bei Vergleichen zu subjektiven und regionalen Aspekten der kindlichen Entwicklung auch zu akzeptieren, dass die Datenlage viel schwieriger ist als bei den amtlichen Daten, die von der EU ohnehin gesammelt und dann neu zusammengestellt werden. Es muss ganz deutlich herausgestellt werden, dass sowohl die EU als auch die OECD den Begriff des kindlichen Wohlbefindens neuerdings benutzen. Sie reduzieren ihn aber um die Dimension der subjektiven Einschätzung der Kinder selbst, um auf diese Weise ohne zusätzliche Datenerhebung auf der Basis vorhandener amtlicher Daten eine eigene Einschätzung des kindlichen Wohlbefindens in den einzelnen Ländern abzugeben. Daher wird es noch eine lange und aufwändige Arbeit bei solchen internationalen Vergleichen sein, die verantwortlichen Organisationen, die solche Vergleiche üblicherweise durchführen, davon zu überzeugen, dass Kinder nicht nur Objekte politischen Handelns sind, sondern dass die Kinderrechte die Beteiligung und zumindest die Befragung der Kinder selbst zwingend vorschreiben.

4. Starke Kinder, starke Eltern und unterstützende Nachbarschaft

Im internationalen Vergleich (Bertram/ Kohl 2010) wurde darauf verwiesen, dass die Ergebnisse zum kindlichen Wohlbefinden und der internationale Vergleich auch die Kinder- und die Familienpolitik dazu anzuregen sollen, die Lebensbedingungen von Kindern und Familien so zu verbessern, dass die Kinder von heute für eine ungewisse Zukunft gestärkt werden. Die Resilienz der Kinder, die Fähigkeit auch schwierige Umstände zu meistern, ist ein zentrales und wichtiges Ziel einer jeden Kinder- und Familienpolitik. Der Vergleich des kindlichen Wohlbefindens in einzelnen Ländern liefert Hinweise darauf, ob und inwieweit die Politik in den verschiedenen Bereichen, die Kinder betreffen, in ihre Stärken investiert. Gesunde Kinder mit guten Bildungsqualifikationen, stabilen Beziehungen zu ihren Eltern und Geschwistern, die in einer Umwelt aufwachsen, deren Gefahren und Risiken sie zu beherrschen gelernt haben, verfügen in der Regel auch in kritischen Situationen über Ressourcen, um diese ungewisse Zukunft eigenständig zu gestalten. Diese Überlegungen finden sich auch im aktuellen Bericht der EU zum kindlichen Wohlbefinden (EU 2011).

Hier wird dem Konzept des kindlichen Wohlbefindens noch ein weiterer Gedanken hinzugefügt. Es geht nicht allein darum, dass das einzelne Kind über genügend Ressourcen verfügt, um sich in einer schwierigen und offenen Lebenswelt durchzusetzen und mit Hilfe seiner Resilienz mit den Herausforderungen der Zukunft fertig zu werden. Vielmehr dient die Förderung des kindlichen Wohlbefindens auch dazu, wie in der Einleitung ausgeführt, die Kinder in der Entwicklung ihrer Selbstachtung zu stärken. Denn sie ist eine Grundvoraussetzung dafür, andere so zu achten wie sich selbst und auch am Wohlbefinden anderer so interessiert zu sein wie am eigenen Wohlbefinden.

Die Stärkung des kindlichen Wohlbefindens auf der Basis der Entwicklung der Selbstachtung setzt voraus, dass die Kinder in ihrer unmittelbaren Lebensumwelt unbedingte Zuneigung und Liebe erfahren. Dies setzt aber auch voraus, dass vor allem die Eltern und die Personen, die mit den einzelnen Kindern in Liebe und Bindung verbunden sind, selbst ebenfalls die Möglichkeit hatten, Selbstachtung und persönliche Stärken zu entwickeln. Dadurch kann erreicht werden, dass die Kinder über eine positive Identifikation mit ihren Eltern einen Teil dieser Selbstachtung von ihnen übernehmen: Starke Kinder setzen starke Eltern voraus. Damit sind weder ein besonders hoher Bildungsabschluss der Eltern noch ein besonders hohes Einkommen oder eine hohe Position in der Berufswelt gemeint. Starke Eltern bedeuten vielmehr vor allem selbstbewusste Eltern, die das Gefühl haben, in der Gesellschaft anerkannt zu sein. Ihre Leistungen stellen als Kontext für ihre Kinder einen unverzichtbaren Bestandteil im kindlichen Entwicklungsprozess dar.

Wenn hier ganz undifferenziert von Eltern gesprochen wird, müssen das nicht die leiblichen Eltern und auch nicht unbedingt beide Eltern sein. Aber es muss zumindest eine Person im Leben der Kinder geben, die „crazy“ für dieses Kind ist² (Shonkoff und Phillips 2000). Im Verlaufe der Kindheit werden bei der Entwicklung der Selbstachtung

² Damit ist gemeint, dass es eine Person geben muss, die dem Kind in Liebe verbunden und in positivem Sinne verrückt nach dem Kind ist.

in einem späteren Lebensalter möglicherweise auch andere Vorbilder an Bedeutung gewinnen. Hier lässt sich nicht die gesamte komplexe Beziehung der kindlichen Entwicklung zu den Vertrauenspersonen im Einzelnen nachzeichnen: Aber es sollte deutlich geworden sein, dass die Stärke von Kindern und ihre Resilienz auch davon abhängen, dass die kleinen Lebenskreise, in denen sich Kinder und Jugendliche im Alltag bewegen, immer von Menschen gebildet werden, die als Vorbilder für die Kinder wirken und eine entsprechende Stärke auch gegenüber den Kindern und der Umwelt darstellen können (Biedenkopf/ Bertram/ Niejahr 2009).

Daher müsste dieses Konzept des kindlichen Wohlbefindens um ein Konzept des elterlichen Wohlbefindens ergänzt werden (Bertram/ Spieß 2011). Denn elterliches Wohlbefinden, ähnlich definiert wie das kindliche Wohlbefinden, ist eine weitere zentrale Grundvoraussetzung für die beschriebenen Entwicklungsprozesse. Bei der folgenden Analyse der kindlichen Lebensbedingungen für das kindliche Wohlbefinden in den einzelnen Bundesländern und Deutschland als Ganzem wird daher immer wieder an den Punkten, an denen Informationen und Daten vorliegen, auch die Frage aufgeworfen, ob die Lebenssituation der Eltern zur Stärkung der Eltern selbst beitragen kann und damit eine Grundvoraussetzung für die Stärkung ihrer Kinder und für die Entwicklung des kindlichen Wohlbefindens besteht. Die Notwendigkeit der Stärkung der Eltern selbst wird hier deswegen so deutlich betont, weil in der deutschen öffentlichen Debatte über die Entwicklungsbedingungen von Kindern etwa in der Schule häufig argumentiert wird, das „Versagen der Eltern“ müsse durch die Schule oder staatliche Institutionen ausgeglichen oder „kompensiert“ werden (Ehmke/ Baumert 2008).

Die bisherige Argumentation dürfte deutlich gemacht haben, dass es eine spezifische Aufgabe der Eltern ist, ihren Kindern auf der Basis ihrer unverbrüchlichen Liebe die Möglichkeit zu geben, Selbstachtung zu entwickeln und zu erkennen, dass diese Selbstachtung eine Grundvoraussetzung für die Achtung anderer ist und nur so das Interesse am Wohlbefinden anderer aufgebaut wird. Diese Aufgabe kann durch eine staatliche Institution, sei sie pädagogisch noch so gut organisiert und mit noch so qualifiziertem Personal ausgestattet, weder kompensiert noch übernommen werden. Denn der Prozess der Entwicklung von Selbstachtung basiert auf der persönlichen engen Bindung zwischen Kindern und Eltern, oder technisch gesprochen zwischen Kindern und ihrer Bezugsperson. Eine solche personalisierte intime Beziehung kann in einer staatlichen Institution grundsätzlich nicht entwickelt werden, weil die Beziehungen in den Institutionen durch allgemein gültige Regeln und institutionelle Ordnungen gesteuert werden, die für alle gelten. Natürlich entstehen auch in einem solchen Kontext Sympathien und Bindungen zu den dort tätigen Personen. Sie sind aber in ihrer Struktur grundsätzlich anders, weil sie nicht exklusiv sein dürfen. Die Beziehungen zwischen Eltern und Kind hingegen zeichnen sich gerade durch diese Exklusivität aus.

Bisher gibt es in der Forschung nur wenige Modelle, die auch das elterliche Wohlbefinden untersuchen. Modelle und empirische Forschungen, die eine direkte Beziehung zwischen kindlichem und elterlichem Wohlbefinden herstellen, gibt es so gut wie gar nicht. Gleiches gilt für Untersuchungen, die den Einfluss des elterlichen Wohlbefindens auf die kindliche Entwicklung im Lebensverlauf des Kindes nachzeichnen.

5. Das kindliche Wohlbefinden im Vergleich der Bundesländer: Die empirische Basis

Wie schon beim internationalen Vergleich (Bertram/ Kohl 2010) orientiert sich das empirische Vorgehen für den Bundesländervergleich des kindlichen Wohlbefindens zunächst an dem von UNICEF entwickelten Konzept. Dabei stehen die sechs Dimensionen «Materielles Wohlergehen», «Gesundheit und Sicherheit», «Bildung», «Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie», «Verhalten und Risiken» sowie «Subjektives Wohlbefinden» im Vordergrund. Wie Abbildung 1 zeigt, sind die UNICEF-Indikatoren für den internationalen Vergleich auf Ebene der deutschen Bundesländer leider nicht in vollem Umfang reproduzierbar. Einige Daten stehen schlicht und einfach nicht zur Verfügung, andere wiederum weisen leichte Abweichungen der Erhebungsform oder der Untersuchungsgruppe auf.

Abbildung 1:
Übersicht zur Datenbasis des Bundesländervergleichs zum kindlichen Wohlbefinden.

Dimensionen	UNICEF-Indikatoren kindlichen Wohlbefindens im internationalen Vergleich	Verfügbarkeit der Indikatoren für deutsche Bundesländer	Alter der Bezugsgruppe
Materielles Wohlbefinden	Kinder in relativer Armut	Verfügbar	Jünger als 18 Jahre
	Kinder in arbeitslosen Haushalten	Verfügbar	Jünger als 18 Jahre
	Geringer Familienwohlstand	-	
	Wenige Bildungshilfsmittel		
	Weniger als 10 Bücher zu Hause		
Gesundheit und Sicherheit	Säuglingssterblichkeit	Verfügbar	Jünger als ein Jahr
	Niedriges Geburtsgewicht		
	Immunisierung	Anzahl der Kinderärzte pro 100.000 Kinder	
	Jugendsterblichkeit	Verfügbar	Älter als ein Jahr und jünger als 20 Jahre
Bildung	PISA-Schülerkompetenzen	Verfügbar	15 Jahre
	Jugendliche in Ausbildung	Ausbildungsplatzdichte	-
	Jugendliche ohne Ausbildung und Arbeit	Verfügbar	15 bis 24 Jahre
	Jugendliche mit geringen Erwartungen an die Qualifikation ihrer Arbeit		
Beziehungen	Kinder in Alleinerzieherfamilien	Verfügbar	Jünger als 18 Jahre
	Kinder in Stieffamilien	Verfügbar	Zwischen 9 und 14 Jahren
	Regelmäßige Mahlzeiten mit Eltern	Gemeinsames Hobby mit Mutter/Vater	Zwischen 9 und 14 Jahren
	Regelmäßige Gespräche mit Eltern		
	Kinder, die Gleichaltrige als freundlich und hilfsbereit einschätzen	Anteil der Kinder, die sich bei Freunden gut oder sehr gut fühlen	Zwischen 9 und 14 Jahren
Verhalten und Risiken	Kinder, die regelmäßig frühstücken		
	Kinder, die täglich Obst essen		
	Sportliche Aktivität von Kindern		
	Tatsächliches Übergewicht	Selbstwahrnehmung	Zwischen 9 und 14 Jahren
	Tabakkonsum		
	Alkoholkonsum		
	Cannabiskonsum		
	Sexuelle Aktivität		
	Verwendung von Kondomen		
	Jugendliche Geburtenrate		
	Erleben physischer Gewalt	Ersetzt durch Befürchtung	Zwischen 9 und 14 Jahren
Erleben von Schikanierungen	Ersetzt durch Befürchtung	Zwischen 9 und 14 Jahren	
Subjektives Wohlbefinden	Kinder, die sich selbst als eher ungesund einstufen	Kinder, die sich oft oder immer krank fühlen	Zwischen 9 und 14 Jahren
	Kinder, die gern zur Schule gehen	Kinder, die in der Schule immer/oft gut zurecht kommen	Zwischen 9 und 14 Jahren
	Zufriedenheit mit dem Leben	Kinder, die ihr allgemeines Wohlbefinden besser als mittelmäßig einstufen	Zwischen 9 und 14 Jahren
	Kinder, die sich negativ zum schulischen Wohlbefinden äußern	Anteil der Kinder, die ihr schulisches Wohlbefinden schlechter als mittelmäßig einstufen	Zwischen 9 und 14 Jahren

Neben den sechs Dimensionen, die gemeinsam zum Bundesländerranking führen, werden im Laufe des Berichts immer dort zusätzliche Daten herangezogen, wo es für die bessere Darstellung des Gesamtzusammenhangs hilfreich ist. Im Wesentlichen greifen wir auf fünf verschiedene Datenquellen zu:

Mikrozensus 2008: Der Mikrozensus ist eine statistische Erhebung, an der nach bestimmten Zufallskriterien ausgewählte Haushalte beteiligt sind. Der Repräsentativität der Daten kommt dabei eine hohe Bedeutung zu. Für die Erhebung des Mikrozensus in Deutschland sind die Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt verantwortlich. Jährlich werden dabei ein Prozent aller Haushalte in Deutschland befragt, die Beantwortung des Fragebogens ist rechtlich verpflichtend. Neben Berechnungen mit dem Mikrozensus fanden auch Daten der Regionalstatistik des Statistischen Bundesamtes Verwendung.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 (EVS): Die EVS wird seit 1964 als fester Bestandteil der amtlichen Statistik alle fünf Jahre durchgeführt. Wie der Mikrozensus wird diese Erhebung durch das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter durchgeführt. Die EVS ermöglicht die Untersuchung der Entwicklung der Lebensverhältnisse privater Haushalte. Im Zuge der Befragung werden 0,2 Prozent aller Haushalte nach einer quotierten Stichprobe erhoben. Im Gegensatz zum Mikrozensus ist die Befragung freiwillig.

Programme for International Student Assessment 2006 (PISA): Die PISA-Studie hat zum Ziel, alltags- und berufsrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten 15-Jähriger zu messen und international vergleichbar zu machen. Die Studie wurde in den Jahren 2000, 2002, 2006 und 2009 durchgeführt.

LBS-Kinderbarometer 2009: Im Erhebungszeitraum haben die Wissenschaftler des PROSOZ Hertens Pro-Kids-Instituts im Auftrag der LBS mehr als 12.000 Kinder in allen Bundesländern repräsentativ befragt. Die Fragen zielen auf wichtige Lebensbereiche der Kinder wie z.B. Familie, Freunde, Schule und Wohnumfeld ab. Das subjektive Wohlbefinden von Kindern ist dabei ein zentraler Faktor.

Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR): Die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) herausgegebenen Indikatoren ermöglichen die Untersuchung über die Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen.

In das Bundesländerranking gehen die verfügbaren Daten aus Abbildung 1 ein. Eine Ausnahme bildet die Dimension „Verhalten und Risiken“, weil von zwölf Indikatoren, die diesem Bereich zugeordnet werden, lediglich drei reproduziert werden konnten. Die Daten der anderen Dimensionen wurden mit Hilfe eines Standardisierungsverfahrens (z-Transformation) angepasst. Die Abweichung vom Mittelwert gilt dabei als Kriterium zur Herstellung der Vergleichbarkeit unterschiedlicher Informationen. Wie die einzelnen Indikatoren in die Teilrankings (Anhang: Abbildungen 1.0a – 6.0a) und damit auch in das Gesamtranking eingehen, kann den Abbildungen 1.0b – 6.0b im Anhang entnommen werden. Wie aber bereits in der Einleitung betont, ist es nicht unser Ziel, einzelne Bundesländer mit Hilfe der Rangreihen im positiven oder negativen Sinne wertend hervorzuheben, sondern die Vielfalt der differenzierten Ergebnisse in den einzelnen Dimensionen kindlichen Wohlbefindens herauszustellen.

6. Das kindliche Wohlbefinden im Vergleich der Bundesländer

Beim ersten Vergleich aller Bundesländer miteinander fällt zunächst auf, dass die vier südwestdeutschen Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland aus Sicht der Kinder offenkundig besonders lebenswerte Länder sind. Hier bewegen sich sowohl das materielle Wohlbefinden, die Bildung, aber auch die Beziehungen zu den Gleichaltrigen und zur Familie und - bis auf das Saarland - auch das subjektive Wohlbefinden der Kinder im oberen Drittel der 16 Bundesländer.

Abbildung 2:
Kindliches Wohlbefinden: Gesamtübersicht der deutschen Bundesländer

Dimensionen kindlichen Wohlbefindens	Durchschnittliche Platzierung	Materielles Wohlbefinden	Gesundheit und Sicherheit	Bildung	Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie	Verhalten und Risiken	Subjektives Wohlbefinden
Baden-Wuerttemberg	3,2	1	5	2	4	n/a	4
Bayern	4	2	10	1	2	n/a	5
Rheinland-Pfalz	5	5	9	4	6	n/a	1
Saarland	5,2	3	6	3	3	n/a	11
Hamburg	7	11	2	13	1	n/a	8
Brandenburg	7,6	9	1	14	8	n/a	6
Niedersachsen	8,4	8	15	9	7	n/a	3
Nordrhein-Westfalen	8,6	7	14	10	5	n/a	7
Thuringen	8,8	12	12	5	13	n/a	2
Schleswig-Holstein	9,2	6	7	8	12	n/a	13
Hessen	9,2	4	13	6	11	n/a	12
Sachsen	9,2	10	3	7	10	n/a	16
Mecklenburg-Vorpommern	10,4	15	8	11	9	n/a	9
Berlin	12,4	13	4	16	15	n/a	14
Sachsen-Anhalt	12,6	16	11	12	14	n/a	10
Bremen	15,2	14	16	15	16	n/a	15

Demgegenüber liegen Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen nicht nur beim materiellen Wohlbefinden, sondern auch bei der Bildung und – bis auf Mecklenburg-Vorpommern – auch bei den Beziehungen zur Familie und zu den Gleichaltrigen wie in der subjektiven Selbsteinschätzung im unteren Drittel der Bundesländer. Vor allem Bremen fällt durch eine Kumulation der letzten Plätze in fast allen Bereichen auf: Nach den verschiedenen hier herangezogenen Indikatoren sind die Lebensumstände der Kinder in Bremen jedenfalls im Vergleich der Bundesländer weit unterdurchschnittlich. Das muss deswegen hervorgehoben werden, weil in Hamburg als einem Stadtstaat wie Berlin und Bremen das materielle Wohlbefinden ebenso unterdurchschnittlich ausfällt wie auch die Bildungsergebnisse zu wünschen übrig lassen. Doch berichten die Kinder dort über sehr positive Beziehungen zu ihrer Familie und befinden sich subjektiv in ihrem Wohlbefinden ziemlich genau in der Mitte der Verteilung und bei Gesundheit und Sicherheit sogar auf dem zweiten Platz hinter Brandenburg.

Das hier nur knapp beschriebene Ergebnis wird später noch ausführlicher diskutiert (Kap. 8). Hier wird zunächst deutlich, dass das Wohlbefinden von Kindern in großen urbanen Zentren grundsätzlich schlechter ist als in den Flächenländern. Auch zeigen die variierenden Ergebnisse für die neuen Bundesländer, etwa der sechste Platz für

Brandenburg und der vorletzte für Sachsen-Anhalt, dass nicht von einer Ost-West-Differenzierung zu sprechen ist, sondern dass offenbar spezifische Faktoren innerhalb der einzelnen Länder und Stadtstaaten zu ganz unterschiedlichen Platzierungen führen.

Diese generelle Übersicht, die noch vertiefend diskutiert werden könnte, macht zumindest deutlich, dass ein internationaler Vergleich auf der Nationenebene, wie es die EU und die OECD praktizieren, für ein Staaten-Benchmarking möglicherweise geeignet ist. Es hat nur wenig Aussagekraft bezüglich der Variationen der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen innerhalb dieser Länder. Denn schon 2010 (Bertram/ Kohl 2010) wie auch hier in den vertiefenden Analysen wird gezeigt, dass die Variationen der Lebensbedingungen und Lebenslagen von Kindern innerhalb der Länder teilweise größer sind als die Variationen zwischen den Staaten. Deutschland als Flächenstaat bei der Kinderarmut oder der Bildung in Nationenvergleichen zu platzieren, ohne die regionale Varianz zu berücksichtigen, wie es vor allem die OECD präferiert, scheint deshalb unzureichend.

Die Bedingungen des Aufwachsens - sowohl der materiellen Möglichkeiten der Eltern als auch der Bildungserfolge - fallen für Kinder in Baden-Württemberg oder Bayern positiv aus. Im europäischen Vergleich lassen sie die meisten Staaten, einschließlich der viel gelobten nordeuropäischen Staaten, weit hinter sich (Bertram/ Bujard 2011). Das bedeutet aber nicht, dass die ökonomischen, bildungspolitischen und kinderpolitischen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg so gut sind, dass dort keine Änderungen erforderlich sind. Vielmehr ist aus solchen Ergebnissen zunächst nur abzuleiten, dass ein generelles Staaten-Ranking den Kindern in Bremen oder Mecklenburg-Vorpommern kaum hilft. Denn die durchschnittlichen Ergebnisse, die für einen großen Staat wie die Bundesrepublik ermittelt werden, berücksichtigen die Variationen der Lebensbedingungen innerhalb dieses Staates nicht.

Grundsätzlich gilt dieses Argument allerdings auch für den Vergleich zwischen den Bundesländern. Eine Indikatoren gestützte Kinder- und Familienpolitik, die sich am Kindeswohl orientiert, müsste zwingend von regionalen oder kommunalen Analysen des kindlichen Wohlbefindens begleitet werden. Diese Forderung ist nicht utopisch: Inzwischen haben mehrere Kommunen (Strohmeier 2009) in einigen Bundesländern begonnen, die Daten und Informationen, welche die verschiedenen Ämter in Bezug auf Kinder und Familien sammeln, in Kinder- und Familienberichten zusammenzufassen. So besteht auch auf kommunaler Ebene die Möglichkeit, die Stärken und Schwächen der eigenen politischen Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern sichtbar zu machen, um darauf auch politische Antworten zu geben. Regionale Ländervergleiche mit unterschiedlichen Platzierungen der Bundesländer in den einzelnen Dimensionen machen deutlich, dass es bei solchen Politiken nicht allein darum gehen kann, nur mehr Geld in diese Bereiche zu investieren. Die Gesamtplatzierung der jeweiligen Länder besagt nicht, dass die vorn liegenden in allen Punkten besonders gut abschneiden, sondern dass es in einzelnen Dimensionen erhebliche Unterschiede geben kann.

6.1. Das materielle Wohlbefinden von Kindern auf der Basis der UNICEF-Indikatoren

In Abbildung 3 sind zunächst nur zwei Spalten ausgefüllt, nämlich die Zahl der Kinder, die auf der Basis des Pro-Kopf-Einkommens pro Haushalt nach der von der OECD entwickelten Äquivalenzskala als relativ arm gelten, sowie die Anteile der Kinder, die in einem Haushalt leben, in dem kein Elternteil erwerbstätig ist. Das können Haushalte von nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden oder Haushalte von Paaren sein, in denen Mann und Frau ohne Arbeit sind.

Abbildung 3:

Daten zum materiellen Wohlbefinden von Kindern in den deutschen Bundesländern

Materielles Wohlbefinden					
	Einkommensarmut bei Kindern	Deprivation			Arbeit
	Anteil (in %) der Kinder (0-17) in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen unter 50% des Medians: 2008	Anteil (in %) der Kinder, die über geringen Wohlstand ihrer Familie berichten; 11, 13 und 15 Jahre alt	Anteil (in %) der Kinder im Alter von 15 Jahren, die berichten, weniger als 7 Bildungsgüter zu besitzen	Anteil (in %) der Kinder im Alter von 15 Jahren, die berichten, dass in ihrem Zuhause weniger als zehn Bücher vorhanden sind	Anteil (in %) der Kinder (0-17), die in Haushalten ohne einen erwerbstätigen Elternteil leben: 2008
Schleswig-Holstein	8	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.			10,3
Hamburg	10				18,3
Niedersachsen	10				11,7
Bremen	17				22,8
Nordrhein-Westfalen	8				12
Hessen	6				9,9
Rheinland-Pfalz	8				8,9
Baden-Wuerttemberg	5				5,7
Bayern	6				6,2
Saarland	5				9,1
Berlin	7				27,3
Brandenburg	9				14,3
Mecklenburg-Vorpommern	18				21,3
Sachsen	10				17
Sachsen-Anhalt	17				23
Thuringen	12				17,9

Die Daten für die leeren Spalten liegen für die einzelnen Bundesländer auf der Basis von PISA 2006 vor und stehen gut aufbereitet an der Humboldt-Universität zu Berlin zur Verfügung. Sie dürfen jedoch nicht ausgewertet werden. Die Kultusministerkonferenz hat dem Erstautor dieser Studie die Auswertung dieser Daten auf regionaler Basis ausdrücklich untersagt. Sie lässt damit keinen Vergleich der Bundesländer miteinander zu, der über das hinausgeht, was die Studiengruppe, die PISA 2006 ausgewertet hat (Prenzel et al. 2008), in ihren ersten Analysen vorgelegt hat. Mit diesem Verbot verstößt die Kultusministerkonferenz gegen die Regel, dass mit öffentlichen Mitteln finanzierte Untersuchungen der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt werden und auch dort entsprechend nach wissenschaftlichen und fachlichen Kriterien ausgewertet werden können.

Das ist nur schwer verständlich, denn möglicherweise wären diese Daten ein wichtiges Korrektiv zur Diskussion um relative Armut und zur Bedeutung der Arbeitslosigkeit von Eltern für ihre Kinder gewesen. Gerade hier wären die Daten von Bedeutung, weil in den Bundesländern, die beim Gesamtvergleich besonders schlecht abschneiden (vgl. Abbildung 1), besonders viele Kinder in Haushalten leben, in denen kein Elternteil arbeitet. Auf der Basis des Mikrozensus 2008 sind das in Berlin 27 Prozent der Kinder, in Bremen etwa 23 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern 21 Prozent und in Sachsen-Anhalt 23 Prozent. Hingegen sind es in Baden-Württemberg nur sechs Prozent und selbst im Saarland, das wirtschaftlich nicht so gut dasteht wie Baden-Württemberg, nur neun Prozent der Kinder. Ähnliches gilt auch für die Berechnung der relativen Armut. Baden-Württemberg, das Saarland, aber auch Hessen und Bayern haben einen unterdurchschnittlichen Anteil von Kindern, die nach den Daten des Mikrozensus 2008 unterhalb der relativen Armutsgrenze leben. Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wie auch Bremen unterscheiden sich mit 17 beziehungsweise 18 Prozent deutlich vom Bundesdurchschnitt.

Trotzdem könnte es sein, dass die Eltern in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern und trotz der hier aufgezeichneten ökonomisch schwierigen Situation gar nicht weniger in ihre Kinder investieren und diese trotz der schlechteren materiellen Bedingungen im Bundesländervergleich möglicherweise über hinreichende Bildungsgüter verfügen und sich in Relation zu anderen Kindern auch nicht als besonders arm oder benachteiligt wahrnehmen. Es ist keinesfalls auszuschließen dass die Eltern auch in ökonomisch schwieriger Situation und auch bei Arbeitslosigkeit dafür Sorge tragen, dass für ihre Kinder trotz dieser Schwierigkeiten die notwendigen Unterstützungsleistungen für ihre Teilhabe im Bildungssystem zur Verfügung stehen.

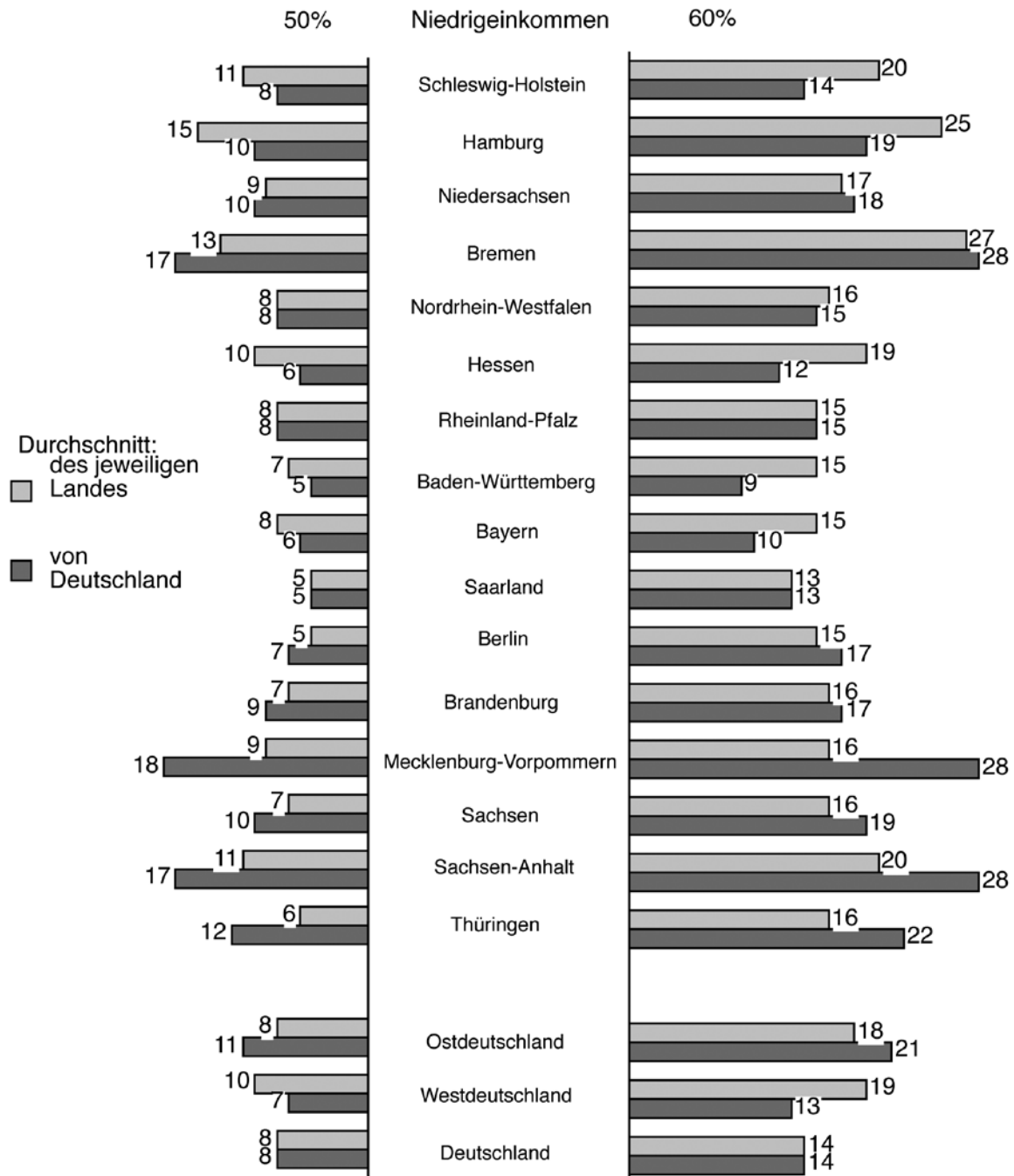
Durch das Auswertungsverbot erhalten die Kultusminister keine spezifischen Informationen über die subjektive Lebenswahrnehmung von Kindern und Jugendlichen in den einzelnen Bundesländern, obwohl das möglicherweise für Fragen der Lernmittelfreiheit oder andere Unterstützungsleistungen etwa durch Bildungsgutscheine wichtig und spannend wäre. Die Wissenschaft kann jedoch die Informationen, die die Kultusminister zurückhalten, in anderer Weise rekonstruieren.

6.2 Das materielle Wohlbefinden von Kindern in den Bundesländern

Der Indikator „Materielles Wohlbefinden“ legt es nahe, einen einheitlichen Maßstab zur Analyse der relativen Armut für ganz Deutschland zugrunde zu legen. So verfahren auch die OECD, die EU, aber auch beispielsweise das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf der Basis des Sozioökonomischen Panels, das Statistische Bundesamt und Eurostat, wenn es um die Berechnung von relativen Armutspeditionen geht (EU 2011, Grabka/ Frick 2010, Guio 2005, OECD 2011, Statistisches Bundesamt 2006). Diese generelle Betrachtungsweise verdeckt allerdings die Tatsache, dass es in Deutschland nicht nur erhebliche Variationen bei den Einkommen gibt, sondern auch

die Konsumausgaben deutlich variieren. Denn nicht nur die Nahrungsmittelpreise unterscheiden sich regional, sondern auch die Mieten, die Kosten für den Verkehr und für Freizeit, Unterhaltung, Kultur und Bildung.

Abbildung 4:
Kinder in Familien mit niedrigem Einkommen in den deutschen Bundesländern 2008



* Niedrigeinkommen 50% und 60% des Medians vom durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen

Ergebnisse des Mikrozensus

Angaben in Prozent

Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Wenn der Anteil der Kinder in Familien unterhalb des Äquivalenzeinkommens von 50 Prozent nach den Verfahren von UNICEF und der OECD berechnet wird, sind in Deutschland insgesamt 8 Prozent der Kinder als relativ arm zu bezeichnen: Bei dem von der EU präferierten 60 Prozent-Kriterium sind es etwa 14 Prozent (Mikrozensus 2008; vgl. Abb. 4).

Aber schon beim Vergleich der Einkommen in Westdeutschland wird deutlich, dass bei der Bezugsgröße nicht des gesamtdeutschen, sondern des westdeutschen Einkommens 10 Prozent der Kinder unterhalb des relativen Armutsniveaus von 50 Prozent leben und sogar 19 Prozent auf der Basis des 60 Prozent-Kriteriums. Das für Gesamtdeutschland berechnete durchschnittliche Einkommen verschleiert die Tatsache, dass die Einkommen in Ostdeutschland bis heute erheblich geringer sind als in Westdeutschland. Daher verwundert es nicht, dass auf der Basis des durchschnittlichen Einkommens in Ostdeutschland die relative Kinderarmut dort mit 8 Prozent beim 50 Prozent-Kriterium und mit 18 Prozent beim 60 Prozent-Kriterium unterhalb der relativen Armut von westdeutschen Kindern liegt.

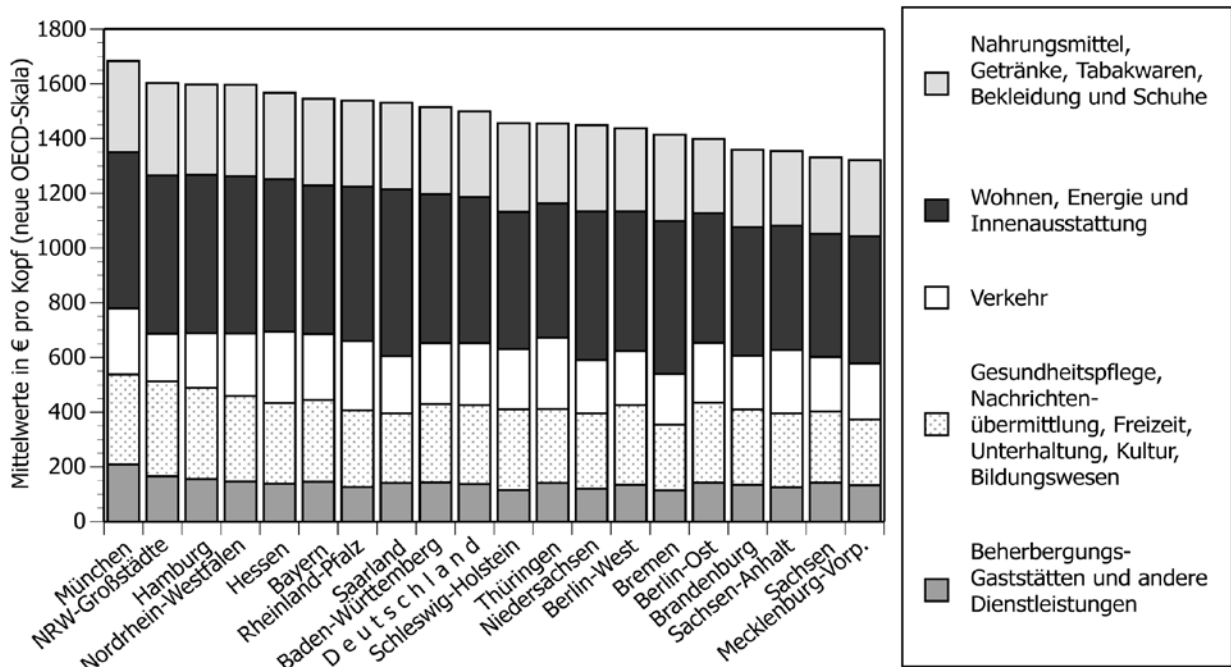
Nun sind hier die Einkommensvariationen relativ klein und berücksichtigen nicht die unterschiedlichen Einkommenssituationen in den einzelnen Bundesländern. In Abbildung 4 werden auf der Basis des bundesdurchschnittlichen Einkommens für Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis des 50 Prozent-Kriteriums 18 Prozent der Kinder als relativ arm ausgewiesen und 28 Prozent auf der Basis des 60 Prozent-Kriteriums. Legt man aber das durchschnittlich in Mecklenburg-Vorpommern erzielte Einkommen zu Grunde, so sind auf der Basis des 50 Prozent-Kriteriums lediglich 9 Prozent der Kinder in diesem Bundesland als relativ arm zu bezeichnen und auf der Basis des 60 Prozent-Kriteriums 16 Prozent. Der gleiche Effekt lässt sich für Sachsen-Anhalt feststellen und ebenso, wenn auch nicht so ausgeprägt, für Thüringen und Sachsen. Diese Analyse macht zunächst deutlich, dass die relativ schlechte materielle Situation in den neuen Bundesländern, wie sie in Abbildung 3 dargestellt ist, im Wesentlichen auf den Bundesdurchschnitt als Bezugsgröße zurückzuführen ist, der aber die Einkommenssituationen in den einzelnen Bundesländern nicht berücksichtigt.

Es gibt aber auch einen umgekehrten Effekt. Das insgesamt so positiv dastehende Baden-Württemberg weist, wenn der Durchschnitt der baden-württembergischen Einkommen zugrunde gelegt wird, 7 Prozent relative Kinderarmut auf der Basis des 50 Prozent-Kriteriums und 15 Prozent auf der Basis des 60 Prozent-Kriteriums auf. Folglich sind in Baden-Württemberg wie auch in Bayern auf der Basis des 60 Prozent-Kriteriums genauso viele Kinder relativ arm wie in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Die relative Kinderarmut auf der Basis des 60 Prozent-Kriteriums beträgt hingegen in Hessen, Hamburg und Schleswig-Holstein 20 Prozent und mehr. Die Verwendung eines einheitlichen bundesdeutschen Maßstabes überschätzt also die relative Kinderarmut in vielen Regionen Deutschlands. Gleichzeitig führt sie zu einer deutlichen Unterschätzung der relativen Kinderarmut gerade in den wohlhabenden Bundesländern, weil dort nicht alle Familien in gleicher Weise an den dort durchschnittlich gezahlten hohen Einkommen partizipieren.

Nun könnte eine solche einheitliche Betrachtungsweise als gerechtfertigt gelten, wenn die Lebenshaltungskosten in Deutschland relativ ähnlich wären. Die Einkommens- und

Verbrauchsstichprobe von 2008 eröffnet mit ihrer Größe die Möglichkeit, einzeln für die Bundesländer und sogar für die Großstädte die durchschnittlichen Konsumausgaben für die Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren zu bestimmen (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5:
Konsumausgaben in den deutschen Bundesländern 2008



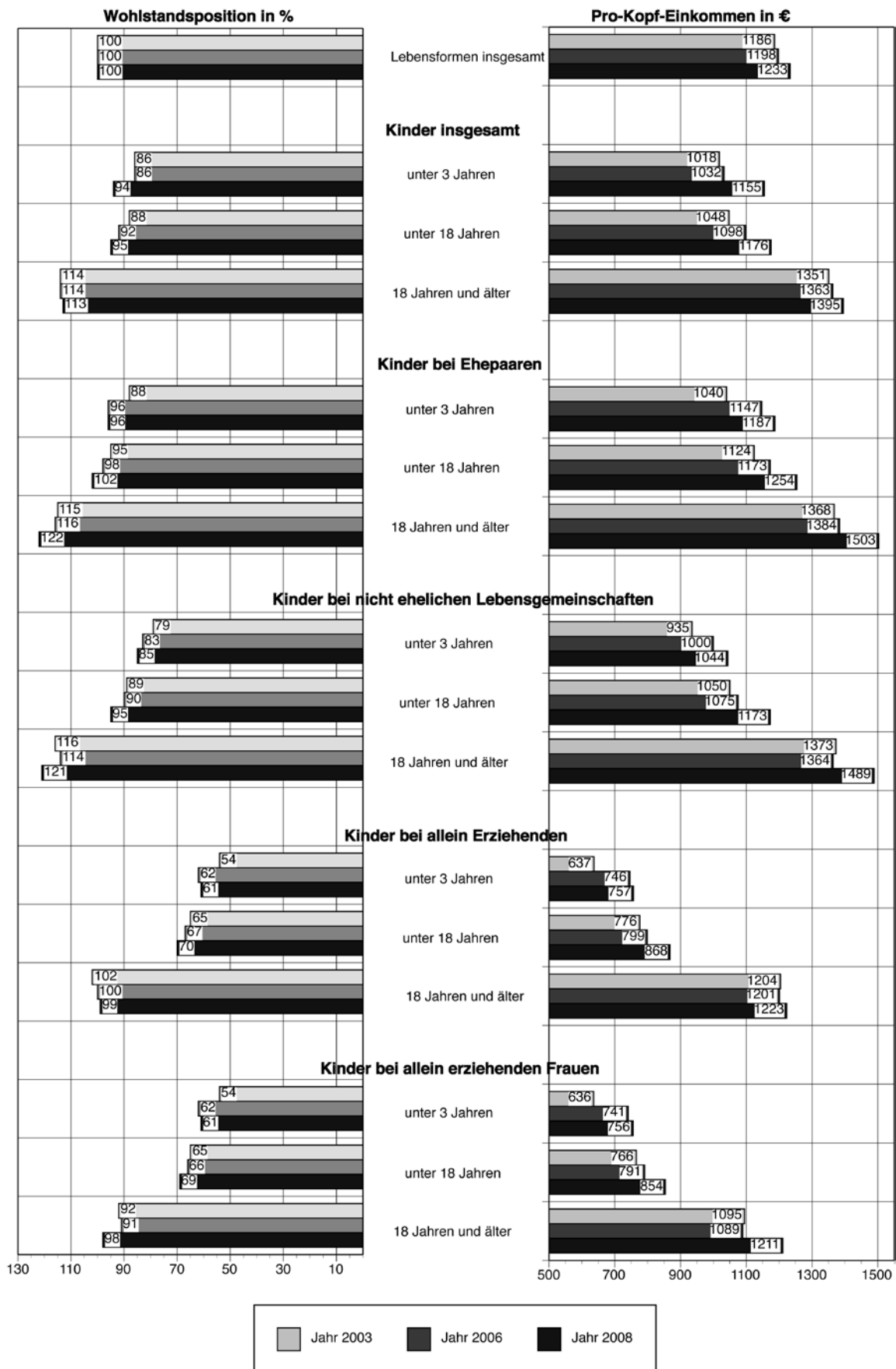
Nach den Daten dieser Tabelle liegen die Ausgaben eines Haushalts in München mit Kindern bei etwa 1700 Euro, während für einen Haushalt in Mecklenburg-Vorpommern etwas weniger als 1400 Euro an Konsumausgaben entstehen. Die Großstädte in Nordrhein-Westfalen liegen mit fast 1600 Euro auf dem gleichen Niveau wie Hamburg, während sich Berlin (West), Bremen, Berlin (Ost), Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit etwa 1500 und weniger Euro deutlich von den Lebenshaltungskosten in den anderen Regionen Deutschlands unterscheiden. Dabei sind diese Unterschiede nicht allein, wie zunächst vielleicht vermutet, auf höhere Mieten und die Ausgaben für das Wohnen in einzelnen Großstädten zurückzuführen. Vielmehr sind zum Beispiel die Kosten für Verkehr in München etwas höher als in Mecklenburg-Vorpommern, obwohl Mecklenburg-Vorpommern ein großes Flächenland ist und München ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz hat. Auch wenn hier nicht die verschiedenen Kostenblöcke für die Konsumausgaben im Einzelnen analysiert werden können, so sind doch erhebliche Variationen zu beobachten, die der Information halber im Anhang wiedergegeben werden (Anhang: Abb. 7).

Während in Berlin (Ost) oder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern pro Kopf in einem Haushalt mit Kindern unter 18 Jahren für Nahrungsmittel etwa 180 Euro aufgewandt werden, müssen Bremer Eltern mit 220 Euro rechnen, ähnlich wie in Hamburg. Hier fallen gleichzeitig Mietkosten von durchschnittlich etwa 350 Euro an, während in den neuen Bundesländern im Durchschnitt 100 Euro weniger aufgewandt werden müssen (vgl. Anhang: Abb. 7).

Diese wenigen Zahlen machen deutlich, dass die durchschnittliche Betrachtungsweise von relativer Kinderarmut in Deutschland problematisch ist. In den reichen Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg wird die relative Kinderarmut deutlich unterschätzt, weil hier die Familien nicht in gleicher Weise an den dort üblichen höheren Einkommen partizipieren. In den neuen Bundesländern hingegen wird sie eher überschätzt, weil dort die Einkommen insgesamt niedriger sind als im Bundesdurchschnitt. Ebenso wichtig ist aber die Tatsache, dass nicht nur die Einkommen variieren, sondern offensichtlich auch die Kosten für die durchschnittlichen Konsumausgaben pro Haushalt mit Kindern unter 18 Jahren. Als Konsequenz ist es bei einheitlichen Sätzen für alle Kinder in Deutschland im Rahmen von Hartz IV für die Eltern in den nordrhein-westfälischen Großstädten, in Hamburg, München, Stuttgart und Frankfurt viel schwerer, mit dieser Summe auszukommen als in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt, weil dort die Lebenshaltungskosten offenkundig erheblich niedriger sind. Die einheitliche Betrachtungsweise von Einkommen bei der Berechnung der relativen Armut wie auch bei den Ausgaben pro Kind und Haushalt mit dem Bundesdurchschnitt als Bezugsgröße führt also zu regional ganz unterschiedlichen Ergebnissen, weil nicht nur die Einkommen, sondern auch die Konsumausgaben variieren. (vgl. Abb. 6)

Wenn nun die Pro-Kopf-Einkommen als Äquivalenzeinkommen nach dem Lebensalter der Kinder und der Lebensform, in der sie leben, differenziert werden (Abbildung 6), so fallen weitere Einkommensungleichheiten auf, die mit der Lebensform der Eltern oder mit dem Lebensalter des Kindes zu tun haben. Wenn das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen als Bezugsgröße von 100 genommen wird, so liegen Kinder unter drei Jahren 2008 bei einer relativen Einkommensposition von 94 und weisen eine deutliche Verbesserung gegenüber 2006 auf. Diese Verbesserung trifft auch für Kinder bei alleinerziehenden Frauen zu, die sich in der relativen Einkommensposition von 54 auf 61 verbessert haben. Doch trotz dieser Verbesserung ist das Pro-Kopf-Einkommen einer jungen Familie mit einer alleinerziehenden Mutter und einem Kind unter drei Jahren gut 40 Prozent geringer als das des Durchschnitts aller Familien. Liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in einem Haushalt mit Kindern unter drei Jahren bei etwa 1230 Euro, so erreichen alleinerziehende Frauen mit einem Kind unter drei Jahren nur 756 Euro.

Abbildung 6:
Wohlstandspositionen und Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland für die Jahre
2003, 2006 und 2008



Hier kann und soll nicht untersucht werden, ob die deutliche Verbesserung der Einkommenssituation von Kindern unter drei Jahren insgesamt auf die Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes zurückzuführen ist. Insgesamt ist hier aber festzuhalten, dass trotz vieler familienpolitischer und finanzieller Transferleistungen in Deutschland Kinder, wenn sie jung sind und bei alleinerziehenden Frauen aufwachsen, ökonomisch systematisch benachteiligt werden. Nach diesen Daten gehört es zu einer der größten familienpolitischen Herausforderungen der Zukunft, die ökonomische Situation von Kindern bei alleinerziehenden Müttern zu verbessern. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für die Mehrkinderfamilien festzustellen. Auch dort steht in der Regel nur ein Einkommen zur Verfügung, das aber oft nicht ausreicht, um etwa eine fünfköpfige Familie ökonomisch zu sichern. Eine politische Herausforderung bestünde darin, beim Pro-Kopf-Einkommen der Kinder diese Familien den Familien mit zwei Einkommen annähernd gleichzustellen.

In diesem Zusammenhang ist unter der Perspektive des kindlichen Wohlbefindens auch die Frage zu stellen, ob eine spezifische Lebensform der Eltern unmittelbare Auswirkungen auf die ökonomische Lebenssituation ihrer Kinder haben muss. Es gibt inzwischen in Europa unterschiedliche Ansätze, mit diesem Problem umzugehen. Beispiele sind das französische Familiensplitting, das System des Children Tax Credits (Kindergrundsicherung) in Großbritannien oder die teilweise Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für Mütter mit Kleinkindern, wenn sie die Fürsorge für ihre Kinder unter anderem durch eine Reduktion der Arbeitszeit aufbringen (Schweden). Es kann nicht Aufgabe eines solchen, im Auftrag von UNICEF erarbeiteten Reports sein, hier schon konkret politische Lösungen vorzuschlagen. Aber unter der Perspektive der Teilhabe von Kindern an der Gesellschaft ist die Frage zu stellen, ob wir nicht eine intensive Diskussion darüber brauchen, wie sich die ökonomischen Leistungen des Staates für die Familien so organisieren lassen, dass nicht die Lebensform darüber entscheidet, ob ein Kind in relativer Armut aufwachsen muss oder nicht.

Das gilt in gleicher Weise für die in diesem Abschnitt intensiv kritisierte Betrachtungsweise der bundeseinheitlichen Maßstäbe zur Berechnung von relativer Armut und sozialen Unterstützungsleistungen. Denn wie oben gezeigt führt das dazu, insbesondere in den westdeutschen großen urbanen Zentren die ökonomische Situation von Kindern in Familien zu gut einzuschätzen, während dies in einer anderen Region den gegenteiligen Effekt hat. Auch für diese Situation gibt es in Europa durchaus unterschiedliche Lösungsansätze, etwa in dem ebenfalls föderal strukturierten Österreich, wo der Bund nur einheitliche Grundleistungen zur Verfügung stellt, damit die Länder diese Grundleistungen aufstocken wenngleich das auch nicht in allen Bundesländern funktioniert (Bertram/ Holzgreve/ Kohli/ Stock 2012).

7. Das kindliche Wohlbefinden und Teilhabe an Bildung

Mit Sicherheit hat die OECD durch ihre PISA-Studien (2000, 2003, 2006, 2009) dazu beigetragen, dass in Deutschland nicht nur die Frage diskutiert wird, ob und inwieweit die Kinder in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern qualitativ die Bildung bekommen, die ihren Kompetenzen und Möglichkeiten entsprechen. Durch die ergänzenden Studien auf Bundesländerebene hat es auch zwischen und in den Bundesländern eine intensive Debatte gegeben, wie jene Kinder zu fördern sind, deren Elternhaus nicht über die notwendigen Ressourcen verfügt, damit auch diese Kinder in ihrer schwierigen Lebenslage entsprechend ihrer Talente auch ihre Möglichkeiten entfalten können. Leider muss auch hier wiederum auf die Daten von 2006 zurückgegriffen werden, weil die jüngste PISA-Studie (2009) keine regionale Differenzierung mehr enthält. Hier wurde das Instrument VERA (Vergleichsarbeiten in der Schule) eingesetzt, das im Wesentlichen die Kompetenzentwicklung der Kinder in den einzelnen Schulen überprüft. Dahinter steht die Erwartung, durch diese kontinuierliche Evaluation der Schulen und die darauf aufbauende Beratung und Unterstützung der Lehrer allen Schülern die Chance zu geben, angemessen am Bildungssystem teilzuhaben.

In vielen Bundesländern hat es ganz erhebliche Verbesserungen gegeben. Etwa können Lehrer heute in vielen Schulen häufiger als Team mit einer Klasse arbeiten, so dass eine intensivere Betreuung der Kinder tatsächlich ermöglicht wird. Außerdem wurde inzwischen, auch wenn das in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde, in vielen Bundesländern die Tagesbetreuung auch für die über sechsjährigen Kinder deutlich vorangetrieben. Denn natürlich brauchen auch Schulkinder bei der Hausaufgabenbetreuung und der Nachbereitung des Unterrichts kompetente Unterstützung. Sie kann nicht in allen Fällen von den Eltern geleistet werden, weil sie entweder nicht die Zeit oder einfach nicht die Kompetenzen haben, ihre Kinder in dieser Weise zu fördern.

In der Forschung wird dieser Ansatz als Kompensationsansatz (Ehmke/ Baumert 2008) bezeichnet, weil er von dem Gedanken getragen ist, die Versäumnisse oder die möglicherweise nicht vorhandenen Fähigkeiten des Elternhauses durch zusätzliche schulische Angebote oder eine Verbesserung des Unterrichts in der Schule zu „kompensieren“. Dass Deutschland mit dem Ausbau der Tagesbetreuung auch für Schulkinder nur etwas nachvollzieht, was in fast allen entwickelten Industrieländern bereits seit den 1970er Jahren Realität ist, nämlich die Einführung einer Ganztagschule, ist vielfältig dokumentiert (Hagemann et al. 2011).

Abbildung 7:
Bildung von Kindern im Vergleich der Bundesländer

Bildung						
	Leistung			Partizipation	Ziele	
	Leistungen bezüglich der Lesefähigkeit bei 15-jährigen: 2006 (PISA)	Mathematik Leistungen bei 15-jährigen: 2006 (PISA)	Leistungen bei den naturwissenschaftlichen Fähigkeiten bei 15-jährigen: 2006 (PISA)	Ausbildungsplatzdichte - Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager: 2007	Arbeitslosenquote von 15 bis unter 25 Jahre alten Personen: 2009	Anteil (in %) der 15-jährigen Schülerinnen, die Arbeit mit niedriger Qualifizierung erwarten
Schleswig-Holstein	485	497	510	99,2	8,4	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.
Hamburg	476	488	497	97,0	8,1	
Niedersachsen	484	489	506	98,1	7,6	
Bremen	474	478	485	96,7	10,7	
Nordrhein-Westfalen	490	493	503	96,9	8,5	
Hessen	492	500	507	98,1	7,0	
Rheinland-Pfalz	499	500	516	96,6	6,6	
Baden-Wuerttemberg	500	516	523	101,1	4,6	
Bayern	511	522	533	102,6	4,6	
Saarland	497	498	512	100,7	7,6	
Berlin	488	495	508	87,3	15,3	
Brandenburg	486	500	514	94,7	12,5	
Mecklenburg-Vorpommern	480	500	515	98,7	12,0	
Sachsen	512	523	541	96,6	12,5	
Sachsen-Anhalt	487	499	518	98,7	13,0	
Thuringen	500	509	530	98,2	10,2	

Schon in früheren Berichten wurde darauf verwiesen (Bertram/Kohl 2010), dass die gemessenen Leistungsdifferenzen in den PISA-Studien von 2006 für die Bereiche Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften eine hohe Streuung aufweisen. Einzelne Bundesländer wie Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg finden sich im Spitzenfeld der von der OECD verglichenen Länder, weil die Leistungen der Kinder in diesen Bundesländern deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegen. Andere Bundesländer kommen hingegen in ihren Leistungen nicht über das letzte Drittel des internationalen Vergleichs hinaus. Die PISA-Daten von 2009 haben deutliche Verbesserungen für Deutschland insgesamt gezeigt (vgl. Abb. 8). Diese Leistungsvergleiche werden hier nicht zu sehr im Einzelnen interpretiert, weil es noch keine neueren Daten auf der Ebene der Bundesländer gibt.

Abbildung 8:
Ländervergleich der Schülerleistungen im PISA-Test 2009

	Gesamtskala Lesekompetenz	Lesekompetenz -Subskalen					Gesamtskala Mathematik	Gesamtskala Naturwissen- schaften
		Suchen und Extrahieren	Kombinieren und Interpretieren	Reflektieren und Bewerten	Kontinuierliche Texte	Nichtkontinuier- liche Texte		
Shanghai (China)	556	549	558	557	564	539	600	575
Korea	539	542	541	542	538	542	546	538
Finnland	536	532	538	536	535	535	541	554
Hongkong (China)	533	530	530	540	538	522	555	549
Singapur	526	526	525	529	522	539	562	542
Kanada	524	517	522	535	524	527	527	529
Neuseeland	521	521	517	531	518	532	519	532
Japan	520	530	520	521	520	518	529	539
Australien	515	513	513	523	513	524	514	527
Niederlande	508	519	504	510	506	514	526	522
Belgien	506	513	504	505	504	511	515	507
Norwegen	503	512	502	505	505	498	498	500
Estland	501	503	500	503	497	512	512	528
Schweiz	501	505	502	497	498	505	534	517
Polen	500	500	503	498	502	496	495	508
Island	500	507	503	496	501	499	507	496
Ver. Staaten	500	492	495	512	500	503	487	502
Liechtenstein	499	508	498	498	495	506	536	520
Schweden	497	505	494	502	499	498	494	495
Deutschland	497	501	501	491	496	497	513	520
Irland	496	498	494	502	497	496	487	508
Frankreich	496	492	497	495	492	498	497	498
Chinesisch Taipeh	495	496	499	493	496	500	543	520
Dänemark	495	502	492	493	496	493	503	499
Ver. Königreich	494	491	491	503	492	506	492	514
Ungarn	494	501	496	489	497	487	490	503
Portugal	489	488	487	496	492	488	487	493
Macau (China)	487	493	488	481	488	481	525	511
Italien	486	482	490	482	489	476	483	489
Lettland	484	476	484	492	484	487	482	494
Slowenien	483	489	489	470	484	476	501	512
Griechenland	483	468	484	489	487	472	466	470
Spanien	481	480	481	483	484	473	483	488
Tschech. Rep.	478	479	488	462	479	474	493	500
Slowak. Rep.	477	491	481	466	479	471	497	490
Kroatien	476	492	472	471	478	472	460	486
Israel	474	463	473	483	477	467	447	455
Luxemburg	472	471	475	471	471	472	489	484
Österreich	470	477	471	463	470	472	496	494
Litauen	468	476	469	463	470	462	477	491

- Statistisch signifikant über dem OECD-Durchschnitt
- Kein statistisch signifikanter Unterschied zum OECD-Durchschnitt
- Statistisch signifikant unter dem OECD-Durchschnitt

Source: OECD PISA 2009 database.

Für unsere Argumentation sind hier jedoch auch weniger die deutlichen Leistungs-
differenzen innerhalb Deutschlands interessant. Vielmehr ist zu fragen, ob die Länder mit
einer viel besser ausgebauten Infrastruktur für die frühkindliche Betreuung, etwa Fran-
kreich mit einem verpflichtenden Vorschulsystem ab dem dritten Lebensjahr, dadurch
tatsächlich die sozialen Differenzierungen bei den schulischen Leistungskompetenzen
der Kinder besser kompensieren können als das deutsche Schulsystem.

Der genauere Blick auf die Ergebnisse von PISA 2009, von der OECD 2010 publiziert,
zeigt zunächst, dass dieser Zusammenhang auf der Ebene der verglichenen Länder
nicht besteht. Dänemark, Schweden wie auch Frankreich haben in unterschiedlicher
Weise eine umfassende frühkindliche Betreuung, teilweise mit verpflichtender Vor-
schule, sowie eine Ganztagschule realisiert. Doch die Leistungen der Kinder in den
Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften liegen entweder wie in Schwe-
den auf dem Niveau von Deutschland oder unterhalb des durchschnittlichen Leistungs-
niveaus von Deutschland, was auf Frankreich und Dänemark zutrifft. Andererseits
weist die Schweiz, die ähnlich wie Deutschland kein ausgebautes frühkindliches Be-
treuungssystem hat und wesentlich auf die Vormittagsschule baut, Ergebnisse über
dem Niveau von Schweden, Dänemark und Frankreich oder zumindest auf dem glei-

chen Niveau auf. Auch Norwegen unterscheidet sich hinsichtlich der Leistungen seiner Kinder allenfalls bei der Lesekompetenz von Deutschland, während Mathematik und Naturwissenschaften nicht zu den Stärken dieser Kinder zählen.

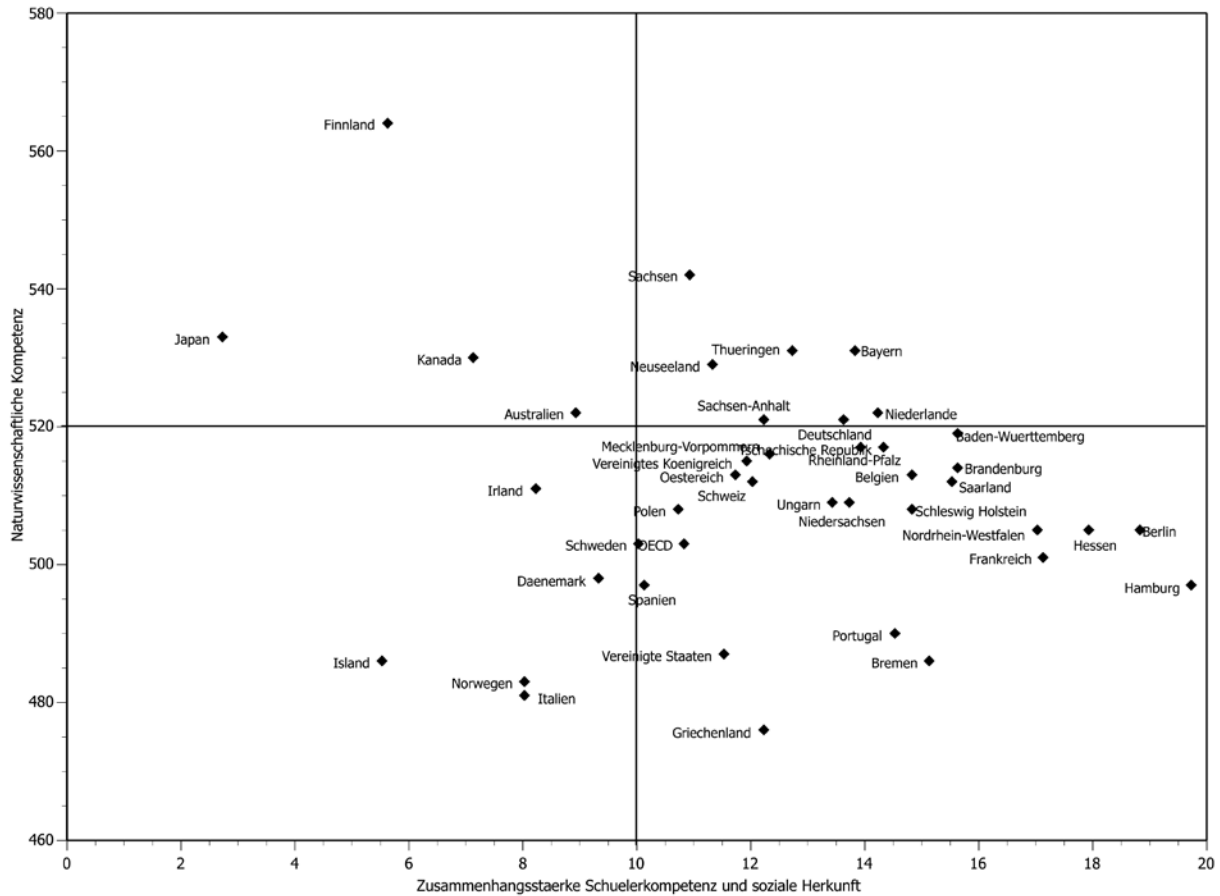
Wie auch immer diese Differenzen zwischen den Ländern zu interpretieren sind: Zunächst ist einfach festzuhalten, dass die generell in der Öffentlichkeit übliche Vorstellung des Vorrangs besonders guter Schulleistungen in Nordeuropa auf der Basis dieser von der OECD selbst publizierten Ergebnisse nicht plausibel ist. Denn lediglich die finnischen Kinder übertreffen die anderen nordeuropäischen und die deutschen Kinder deutlich. Dabei ist allerdings unklar, ob und wieweit die sehr guten Ergebnisse der finnischen Kinder auch der Tatsache geschuldet sind, dass dort der schulische Unterricht in einer sehr homogenen Kultur stattfindet, wie das auch für Japan und Korea gilt, die so gut wie keine Zuwanderung haben. Dabei bedeutet „homogene Kultur“ hier lediglich, dass die Lehrer bei der Gestaltung des Unterrichts, anders als etwa in Frankreich und Deutschland, davon ausgehen können, dass alle Kinder über die gleiche geteilte, von den Eltern vermittelte, Kultur und Geschichte verfügen. In den Ländern mit hoher Zuwanderung, etwa den USA oder auch Deutschland und Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich, kommt der Schule noch die weitere Aufgabe zu, Kinder mit ganz unterschiedlichem kulturellen Hintergrund dazu zu befähigen, auf der Basis geteilter Werte, gemeinsamer Grundüberzeugungen und kultureller Vorstellungen auch gemeinsam zu lernen.

7.1. Regionale Vielfalt

Bei der ersten Durchsicht der Ergebnisse ist zunächst einfach festzustellen: Das aus dem internationalen Vergleich nur wenig Argumente dafür abgeleitet werden können, allein durch den Ausbau der schulischen Angebote, durch die Verbesserung des Vorschulbereichs und den Ausbau der Ganztagschule mögliche Defizite der Sozialisation im Elternhaus kompensieren zu können. Denn wenn dies der Fall wäre, müssten sich die Länder mit diesen Maßnahmen deutlich von Deutschland oder auch von der Schweiz unterscheiden. Auch wenn das Gegenteil zutrifft, sollte das nicht zu der Schlussfolgerung führen, solche Maßnahmen und solche Entwicklungen seien ohne Bedeutung. Zunächst heißt das lediglich, dass die in der deutschen Literatur vor allem von Erziehungswissenschaftlern gern vertretene Kompensationsthese zur Erklärung dieser Länderdifferenzen nicht herangezogen werden kann. Denn die Streuung zwischen den Ländern mit einem gut ausgebauten vorschulischen öffentlichen Betreuungssystem, vorzüglichen Ganztagsschulangeboten und entsprechender Unterrichtsgestaltung ist so groß, dass sie sich in der Summe nicht von den Ländern unterscheiden, die solche Entwicklungen bisher nicht vollzogen haben.

Nur sagen solche durchschnittlichen Ergebnisse nichts darüber aus, ob nicht möglicherweise solche Systeme, wenn sie schon nicht zu besseren durchschnittlichen Leistungen ihrer Schüler beitragen, doch zumindest dazu führen, die soziale Ungleichheit bei der Teilhabe der Kinder am Bildungssystem zu verringern.

Abbildung 9:
Naturwissenschaftliche Kompetenz und erklärte Varianz durch die soziale Herkunft (HISEI)



Beim Zusammenhang von wissenschaftlicher Kompetenz und dem durch die soziale Herkunft erklärten Varianzanteil (vgl. Abb. 9) ist zunächst Finnland mit überdurchschnittlichen Leistungen in den Naturwissenschaften und einem Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und diesen Leistungen von etwa sechs Prozent unangefochtener Spitzenreiter. Wie schon oben thematisiert, weisen Dänemark und Norwegen eher unterdurchschnittliche Leistungen auf im Verhältnis zu einer Reihe deutscher Bundesländer wie Sachsen, Thüringen, Bayern, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern. Die sächsischen Kinder und Jugendlichen erreichen bei einer erklärten Varianz durch soziale Herkunft von etwa 11 Prozent überdurchschnittliche Werte hinsichtlich ihrer naturwissenschaftlichen Kompetenz, so dass die Differenz zu Finnland etwa 5 bis 6 Prozent beträgt. Frankreich erreicht einen deutlich schlechteren Wert bei der naturwissenschaftlichen Kompetenz als die meisten deutschen Bundesländer, die Differenz zwischen Frankreich und Finnland beträgt schon 11 Prozent. Diese Differenz wird von Berlin und Hamburg noch übertroffen, die beide unterdurchschnittliche Leistung aufweisen, zudem beide fast 20 Prozent Kovarianz zwischen sozialer Herkunft und den relativ schlechten schulischen Leistungen aufweisen.

Ohne diese Einzelwerte in ihrer Bedeutung überzuinterpretieren, fällt auf, dass die Bedeutung der sozialen Herkunft innerhalb Deutschlands eine hohe Variationsbreite aufweist, die etwa der gesamten Streuung aller OECD-Länder entspricht. In einigen Bundesländern sind offensichtlich die schulischen Leistungen der Kinder aufgrund der schulischen Angebote oder anderer Ursachen im OECD-Vergleich nicht nur weit überdurchschnittlich, sondern wiegt zugleich der Effekt der sozialen Herkunft auch unterdurchschnittlich. Dabei weist etwa Bayern mit seinem traditionellen Schulsystem nicht nur überdurchschnittliche Leistungen auf, sondern unterscheidet sich bei der Bedeutung der sozialen Herkunft für diese Leistungen kaum von Thüringen: In Thüringen sind etwa 13 Prozent Varianz durch die soziale Herkunft zu erklären und in Bayern 14 Prozent. Demgegenüber erbringen Hessen, Brandenburg, das Saarland und die Stadtstaaten nicht nur viel schlechtere Leistungen, sondern hier spielt die soziale Herkunft trotz eines vielfach umgesetzten zweigliedrigen Schulsystems auch eine stärkere Rolle als im dreigliedrigen System in Bayern. In Deutschland wird das dreigliedrige System als besonders kritisch für die Bedeutung der sozialen Herkunft interpretiert.

Abbildung 9 zeigt, wie wenig sinnvoll es ist, undifferenziert von den nordeuropäischen Ländern zu sprechen. Die Ergebnisse für das Leistungsniveau wie für die Bedeutung der sozialen Herkunft unterscheiden sich zwischen Norwegen und Italien ebenso wenig wie zwischen Dänemark und Spanien. Die Ergebnisse werfen einige Fragen auf, die viel weniger mit der richtigen Schulform, dem richtigen Unterricht in der Schule, der pädagogischen Kompetenz, der Zahl der Lehrkräfte oder der Größe der Klassen zu tun haben als damit, ob es weitere Faktoren gibt, die diese innerdeutsche Varianz zumindest so zu erklären vermögen, um daraus bestimmte Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft abzuleiten.

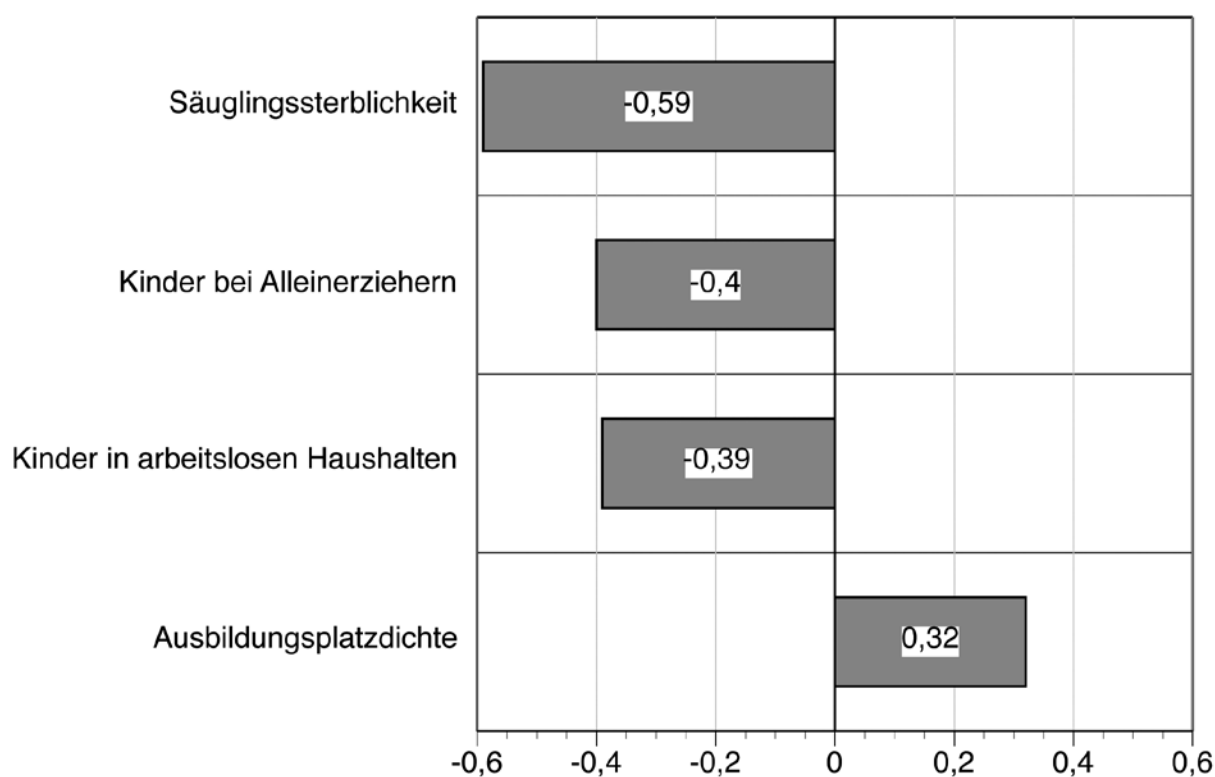
Aber auch beim internationalen Vergleich stellt sich die Frage, wie es zu so deutlichen Unterschieden bei der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme bei relativ ähnlicher Organisation kommen kann wie zwischen Finnland, Dänemark und Norwegen.

An dieser Grafik wird aber auch noch einmal deutlich, warum in Deutschland eine Diskussion um die kindliche Teilhabe an Bildung nicht greift, die sich im Wesentlichen auf die Entwicklung von Vorschule und Schule bezieht und sich vor allem auf die These stützt, die Schule müsse elterliches Versagen bei benachteiligten sozialen Gruppen kompensieren. Denn von den hier beobachteten Variationen lässt sich nur ein geringer Teil erklären. Diese Diskussion ist schon deswegen wichtig, weil nicht auszuschließen ist, dass die alleinige Fokussierung auf die Entwicklung der Schule und das pädagogische System in der Schule nur eine partielle Erklärungsmöglichkeit für die tatsächliche Bildungsteilhabe von Kindern unterschiedlicher sozialer Gruppen liefern kann.

Der Ansatz des kindlichen Wohlbefindens hingegen berücksichtigt nicht nur Faktoren, die mit dem schulischen Geschehen und den vermuteten Einflüssen des Geschehens im Elternhaus zusammenhängen. Zunächst führt die unterschiedlich hohe Erklärungskraft der sozialen Herkunft zu der Frage, ob das sehr schlechte Abschneiden von Berlin, Hamburg und Bremen mit strukturellen Faktoren zusammenhängt, die nicht auf die Schule, sondern auf die Lebenssituation von Kindern in diesen Großstädten zu-

rückzuführen sind. Da uns, wie schon ausgeführt, die Kultusminister untersagt haben, dieser Frage im Regionalvergleich auf der Basis der PISA-Daten nachzugehen, haben wir dafür einen anderen, aber mindestens ebenso effektiven Weg gewählt. Die PISA-Autoren haben die regionale Variation der naturwissenschaftlichen Kompetenz berechnet. Wir haben diese Daten mit dem Mikrozensus (2008) verknüpft und dabei natürlich nur die Personen berücksichtigt, die auch die Grundgesamtheit der PISA-Stichprobe bilden. Auf diese Weise lässt sich relativ leicht prüfen, ob es auf der strukturellen Ebene zwischen den Leistungsvariationen bei PISA und der regionalen Variation anderer Strukturvariablen eine Beziehung gibt.

Abbildung 10:
Korrelationen ausgewählter UNICEF-Indikatoren und PISA-Leistungen (Mittelwert aus den Leistungswerten für Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften)³



In den Bundesländern mit einem eher hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen, die in Haushalten ohne erwerbstätige Eltern leben, in denen die Säuglingssterblichkeit eher hoch ist und der Anteil der Kinder bei Alleinerziehenden im Mikrozensus 2008 ebenfalls hoch ist, findet sich eine eher niedrige Leistung. Hingegen sind in den Bundesländern mit einem guten Ausbildungsangebot für junge Erwachsene auch die Schulleistungen relativ gut.

³ Die hier angegebenen Werte sind Korrelationskoeffizienten. Die Berechnung dieser Zusammenhangsmaße war deshalb möglich, weil wir die Ergebnisse der PISA-Schülerkompetenzen den Daten des Mikrozensus zugespielt haben. Dabei wurde darauf geachtet, dass das Alter der Kinder in beiden Datensätzen gleich ist. Damit konnten mögliche Makrozusammenhänge auf Bundesländerebene zwischen zwei repräsentativen Datenquellen geprüft werden. Es ist zu beachten, dass es sich hier um reine Makrokorrelationen handelt, also keine Individualdaten miteinander verknüpft wurden. Die Korrelation wurde mit Daten unterschiedlicher Jahre durchgeführt: Die Daten aus dem Mikrozensus (Kinder bei Alleinerziehenden) und die Säuglingssterblichkeit stammen von 2008, PISA von 2006, die Ausbildungsplatzdichte von 2007. Auch die Altersgruppen weichen voneinander ab, da sich die Säuglingssterblichkeit auf Kinder unter einem Jahr bezieht.

Auch wenn solche Makrokorrelationen noch mit Individualdaten auf der Mikroebene zu überprüfen sind, gibt diese erste Korrelationsanalyse schon einige entscheidende Hinweise darauf, dass neben der Verbesserung von Vorschule, Schule und Unterricht möglicherweise der Stärkung der Eltern und ihrer Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft eine (mindestens) ebenso große Bedeutung zukommt wie den pädagogischen Maßnahmen im Schulsystem. 2008 lebten in Berlin fast 27 Prozent der 0- bis 17-jährigen Kinder und Jugendlichen ohne einen erwerbstätigen Elternteil und 31 Prozent bei alleinerziehenden Eltern. Gleichzeitig standen für 100 Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchten, nur 87 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Hier fällt es auch einer noch so guten Schule außerordentlich schwer, den Kindern und Jugendlichen klar zu machen, dass Engagement, Einsatzbereitschaft, Fleiß und Lernen Aspekte der Persönlichkeit sind, um nicht nur angemessen am Bildungssystem teilzuhaben, sondern auch Teilhabe an anderen Lebensbereichen zu entwickeln.

Diese Argumente sollen keinesfalls das eher schlechte Abschneiden mancher Bundesländer entschuldigen; auch Bundesländer wie Hessen mit viel besseren Indikatoren in den genannten Bereichen erbringen insgesamt eher mäßige Ergebnisse. Mit dieser Argumentation geht es zunächst um die Betonung der Tatsache, dass es zur Verbesserung der Chancengleichheit von Kindern keinesfalls genügt zu glauben, die Vorschule und die Schule könnten mögliche häusliche Defizite kompensieren. Die Argumentation zielt darauf, die Eltern und ihre Ressourcen zu stärken, weil starke Eltern eine wesentliche kontextuelle Voraussetzung für starke Kinder sind. Nicht umsonst wurde zu Beginn auf den engen Zusammenhang zwischen Achtung vor Anderen und Selbstachtung hingewiesen. Wie sollen Eltern, die sich, aus welchen Gründen auch immer, in einer Lebenssituation ohne hinreichende Teilhabechancen befinden, alle diese Voraussetzungen mitbringen, um einen entsprechenden Erziehungsprozess in Gang zu setzen?

Eine Politik, welche die Chancengleichheit für Kinder unterschiedlicher sozialer Schichten anstrebt, wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie neben der Verbesserung der Entwicklungsbedingungen von Kindern in Vorschule, Ganztagschule und beruflicher Ausbildung die Ressourcen der Eltern so stärkt, dass die Kinder in einem familiären Kontext aufwachsen, der sie auch in ihrer schulischen Entwicklung schützen und stützen kann. Dabei geht es gerade nicht darum, die Eltern lediglich bei den Hausaufgaben als „Hilfslehrer“ für die Schule einzusetzen. Im Gegenteil geht es darum, dass die Eltern ihren Kindern vermitteln können, selbstbewusst die ihnen gestellten Anforderungen auch meistern zu können, weil Kinder auf diese Weise auch ein hohes Maß an Achtung gegenüber ihren Eltern entwickeln. In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die Ergebnisse der UNICEF/ GEOlino-Erhebung verwiesen, in der die Kinder berufstätiger Mütter voller Stolz berichteten, wie ihre Mütter trotz Stress und Belastungen diese ganzen Anforderungen meisterten. Eine solche Orientierung bringt möglicherweise auch jene Faktoren viel genauer in den Blick, mit denen eine Politik für Kindern durch die Stärkung der Ressourcen der Eltern mehr erreichen kann als jede noch so gute und pädagogisch hoch qualitative Innovation im schulischen Bereich.

Aus den internationalen PISA-Vergleichen ist als ein Ergebnis auch erwiesen (OECD 2010), dass der Einfluss der alleinerziehenden Lebensform sich nicht unmittelbar auf

die Entwicklung naturwissenschaftlicher Kompetenzen auswirkt. Gleichzeitig wissen wir auf der Datenbasis des Sozioökonomischen Panels aber auch (Francesconi et al. 2006), dass die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von alleinerziehenden Müttern weiterführende Schulen besuchen, nur halb so hoch ist wie bei Kindern aus Zweieltern-Familien (vgl. dazu auch Amato 2009). Die Gründe dafür liegen nicht darin, dass diese Mütter ihren Erziehungsaufgaben weniger gut nachkommen als Mütter in Paarbeziehungen. Doch ist aus internationalen Vergleichen - in die auch Deutschland einbezogen ist - bekannt, dass diese Mütter durch ihre Doppelrolle als Ernährerin der Familie und Erzieherin der Kinder praktisch keine frei verfügbare persönliche Zeit haben. Alleinerziehende müssen das Existenzminimum für sich und ihre Kinder erwirtschaften und gleichzeitig noch die Tätigkeiten im Haushalt vollständig allein erledigen – daher sind die persönlich frei verfügbaren Zeitkontingente bei diesen Müttern sehr klein.

Dieses Dilemma wird nicht dadurch gelöst, dass allein die Schulen pädagogisch verbessert werden, sondern nur dadurch, dass sehr genau überlegt wird, wie sich die Arbeitssituation, das Einkommen, die Zeit für die Hausarbeit und die Zeit für den Beruf so optimieren und aufeinander beziehen lassen, dass ein Teil dieser Überforderung gemildert werden kann.

Ebenso gilt es zu fragen, wie sich für die Kinder, die in Haushalten ohne berufstätige Erwachsene aufwachsen, die Teilhabe der Eltern an der ökonomischen Reproduktion der Familie verbessern lässt. So könnten die Kinder erfahren, dass ein Teil der Selbstachtung ihrer Eltern auch auf dem Erfolg basiert, selbstständig und unabhängig von staatlicher Alimentierung ihr Leben bewältigen zu können. Denn ohne diesen Lebenserfolg ist es für die Eltern sehr schwer, jene so notwendige Selbstachtung als eine der Grundvoraussetzungen dafür zu entwickeln, dass auch ihre Kinder Achtung vor sich selbst gewinnen.

Selbst die hier nur vorsichtig aufgezeigte Querverbindung zwischen den verschiedenen Dimensionen des kindlichen Wohlbefindens – vor allem des materiellen Wohlbefindens und der Entwicklung der Selbstkompetenz⁴ – macht deutlich, dass ein pädagogischer Ansatz, der sich im Wesentlichen auf die Verbesserung der schulischen Situation von Kindern konzentriert, zu kurz greift. Bezüglich der Teilhabechancen von Kindern am Bildungssystem dürfen zentrale Faktoren, welche die kindliche Entwicklung im Elternhaus beeinflussen, nicht ausgeblendet werden. Möglicherweise ist ein Teil der hier aufgezeigten Differenzen nicht auf die unterschiedlichen pädagogischen Modelle in den einzelnen Ländern zurückzuführen, sondern auf die unterschiedlichen Ressourcen, die den Eltern in den einzelnen Ländern zur Verfügung stehen. Wir können das hier nur vermuten, weil wir hier nur auf der Makroebene die entsprechenden Korrelationen berechnet haben; die internationale Forschung legt diese Schlussfolgerung jedenfalls nahe. Eine Verbesserung der Teilhabe von Kindern am Bildungssystem im Sinne des kindlichen Wohlbefindens kann daher offenbar nur dann erfolgreich sein, wenn immer auch mitgedacht wird, wie sich die Ressourcen der Eltern und ihre Teilhabechancen insbesondere in der Erwerbswelt verbessern lassen.

⁴ Selbstkompetenz bezeichnet die Fähigkeit und Bereitschaft, selbständig und verantwortlich zu handeln, eigenes und das Handeln anderer zu reflektieren und die eigene Handlungsfähigkeit weiterzuentwickeln.

7.2. Von Kompetenzen zur Teilhabe

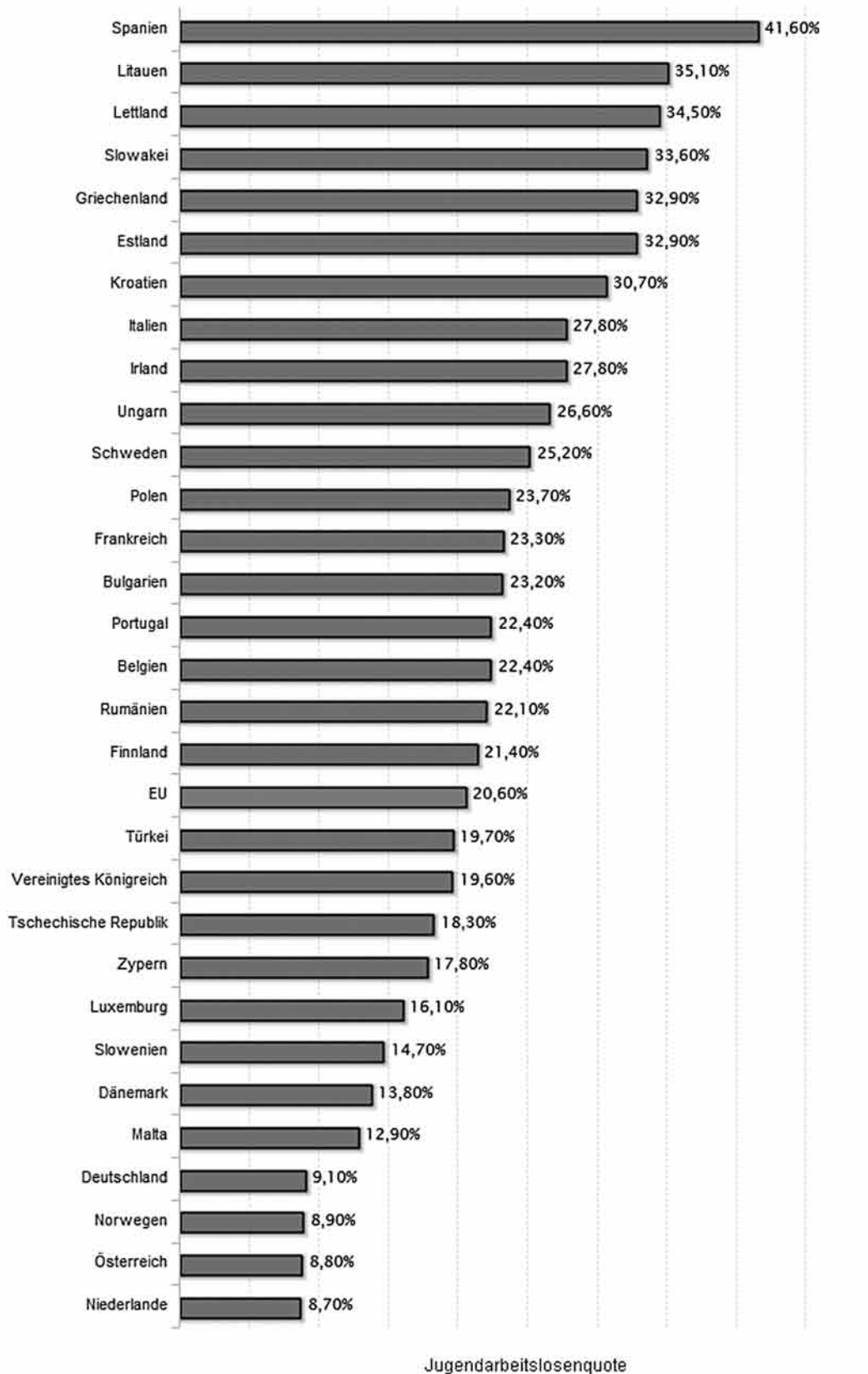
Die intensiven Bildungsdebatten der letzten Jahre haben sicherlich dazu beigetragen, dass heute das Leistungsniveau vieler Schülerinnen und Schüler beim Lesen, in der Mathematik und den Naturwissenschaften viel höher eingeschätzt werden kann als bei der ersten PISA-Studie 2000 (OECD 2001). Auch die kontinuierlichen Evaluationen der Schulen, der deutliche Anstieg von Ganztagsangeboten und der intensive Ausbau des Vorschulbereichs haben einen großen Anteil an diesen Verbesserungen. Insofern hat die OECD sicherlich einen großen und guten Einfluss auf die Veränderungen im Bildungssystem in Deutschland genommen. Doch kommt es nicht nur darauf an, dass die Leistungen der Schüler in den dort relevanten Qualifikationen gesteigert werden, sondern auch darauf, dass die Schüler und Schülerinnen mit diesen Qualifikationen später eine eigenständige und von den Eltern unabhängige Position am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft einnehmen können.

Die von der Schule vermittelten Kompetenzen sind daher im Rahmen eines Konzepts des kindlichen und jugendlichen Wohlbefindens sicherlich ein wichtiger Indikator. Doch mindestens ebenso wichtig ist die Frage der Integration der Kinder und Jugendlichen in die Welt der Erwachsenen auf der Basis eines Berufes, der es ihnen ermöglicht, ihre Teilhabe an der Gesellschaft so zu gestalten, wie das aus ihrer Sicht angemessen und richtig ist. Aus einer fachwissenschaftlichen Perspektive ist die Messung von Kompetenz für den Leistungsvergleich von Schulen ein wichtiges Instrument und liefert auch für die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schulen eine Fülle von Informationen. Um das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen zu messen, genügt es aber nicht zu wissen, dass diese Kinder und Jugendlichen in Lese-, Mathematik- und naturwissenschaftlichen Tests gut abschneiden. Das entscheidende Außenkriterium für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft ist die Möglichkeit dieser Kinder und Jugendlichen, als junge Erwachsene ökonomisch unabhängig von ihren Eltern zu leben.

Wenn unter dieser Perspektive das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in Europa betrachtet wird, ist zunächst festzustellen, dass die von der OECD aufgestellten internationalen Rankings hinsichtlich der schulischen Kompetenzen in keinem Zusammenhang mit den Möglichkeiten 15- bis 24-jähriger Erwachsener stehen, eigenständig eine berufliche Position zu erreichen (vgl. Abb. 11).

Abbildung 11:
Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Jugendarbeitslosenquote (unter 25 Jahre) in den europäischen Ländern im Jahr 2010



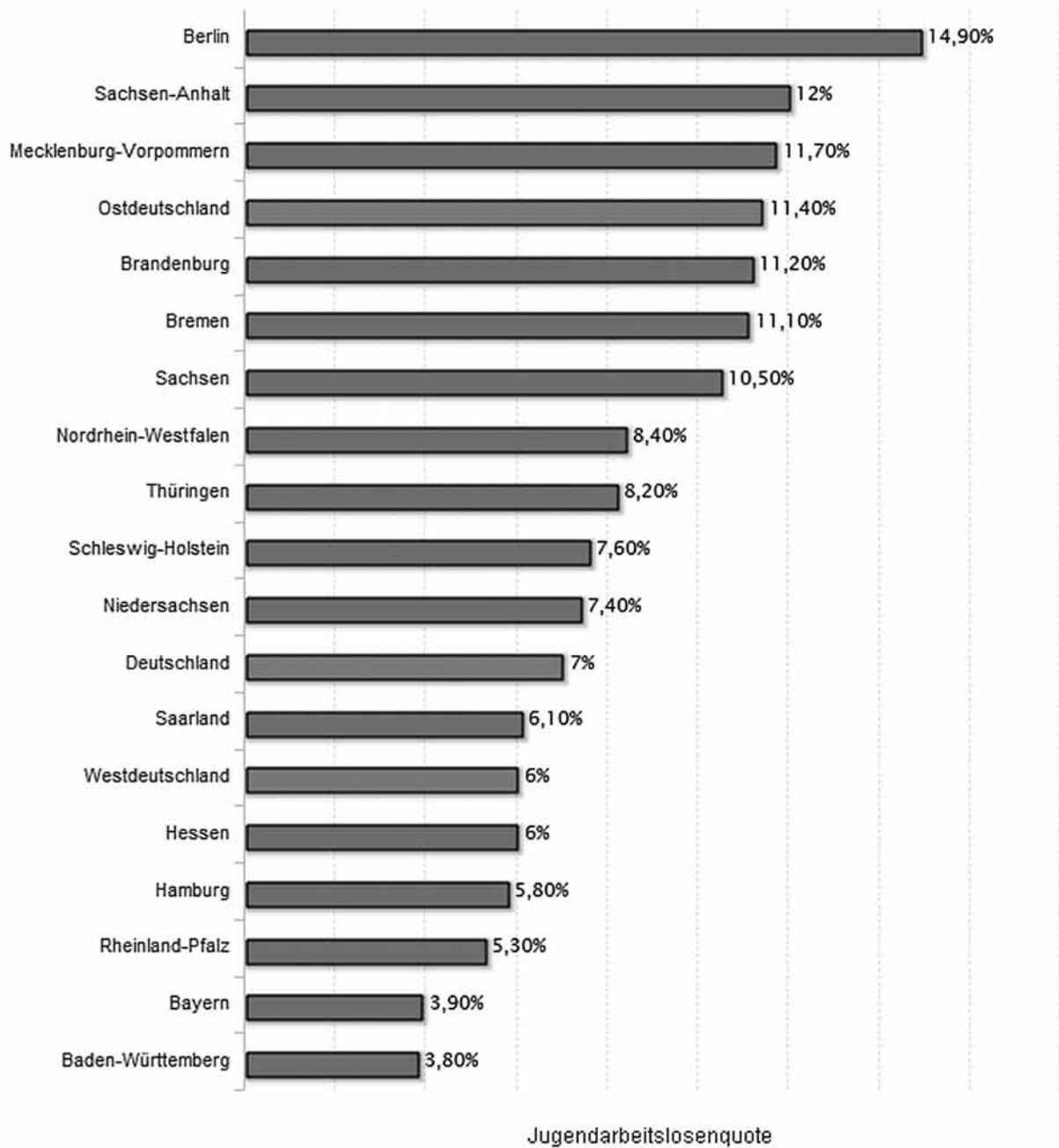
Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa lag 2010 im europäischen Durchschnitt bei 20 Prozent. Dabei weisen die Niederlande, Österreich, Norwegen und Deutschland Arbeitslosenquoten von Jugendlichen von unter 10 Prozent auf. Das in allen Bildungsrankings gelobte Finnland liegt mit 21 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Schweden kommt mit 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit auf nicht viel weniger arbeitslose Jugendliche als Italien mit 27 Prozent und liegt mit seiner Quote näher an Griechenland (32 Prozent) als an den europäischen Spitzenländern. Die Schulsysteme von Finnland und Schweden mögen zwar im Durchschnitt und gerade auch bei den unteren sozialen Gruppen hohe Kompetenzen im Bereich von Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften ermöglichen, versagen aber beim Übergang dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen in das Erwerbsleben. Nach den älteren Analysen von Aassave et al. (2005) zum europäischen Vergleich der relativen Armut von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Europa auf der Basis des Europäischen Haushaltspanels ist in den Ländern mit einer hohen Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch eine ausgeprägte relative Armut von jungen Erwachsenen nachzuweisen.

Allerdings ermöglicht der Sozialstaat in Schweden, Finnland und Norwegen den jungen Erwachsenen mit sozialen Unterstützungsleistungen eine eigenständige Lebensführung, selbst wenn die Teilhabe am Arbeitsmarkt, wie die Zahlen zeigen, nicht gelingt. Wie Newman (2012) zeigt, ist in den südeuropäischen Ländern oft nicht einmal die eigenständige Lebensführung möglich. Als Konsequenz kehren viele junge Erwachsene, die zunächst für eine berufliche Qualifikation aus dem Elternhaus ausgezogen waren, wieder in die Familien zurück, weil eine selbstständige Lebensführung weder durch einen Arbeitsplatz noch durch soziale Leistungen des Wohlfahrtsstaates abgesichert sind. Newman nennt diese Familienform „Akkordeonfamilie“, die sich durch den Auszug der Jugendlichen zur beruflichen Qualifikation zusammenzieht, um sich später wieder zu erweitern, wenn die alt gewordenen Eltern, häufig schon im Pensionsalter, ihre erwachsenen Kinder ökonomisch stützen müssen.

Wenn das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen und auch Erwachsenen Ausdruck von Selbstachtung und Selbstständigkeit ist und dies auch eine Grundvoraussetzung dafür ist, um andere zu achten und sich um deren Wohlbefinden zu kümmern, dann ist eine hohe Jugendarbeitslosigkeit ein Hinweis darauf, dass die Förderung dieser Verselbständigung und Selbstachtung der Kinder und Jugendlichen und ihrer Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung nicht gelungen ist. Unter der Perspektive des kindlichen Wohlbefindens sind solche Indikatoren der Integration der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwingend in die Analyse des Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen in einer Gesellschaft einzubeziehen.

Abbildung 12:
Jugendarbeitslosigkeit in den Bundesländern

Jugendarbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre) nach Bundesländern im August 2011



i Deutschland; 15-24 Jahre; Bundesagentur für Arbeit

Angabe zur Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der Blick auf die Jugendarbeitslosenquote in den deutschen Bundesländern (Abb. 12) zeigt, dass die Teilhabechancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland zwar in allen Bundesländern besser als in Finnland oder gar Schweden sind. Aber die Variationen zwischen den Bundesländern sind doch erschreckend groß. Die niedrigsten Quoten haben Baden-Württemberg und Bayern, wo mit 4 Prozent Arbeitslosenquote auch für Jugendliche und junge Erwachsene Vollbeschäftigung herrscht; das ist der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung Süddeutschlands zuzuschreiben. Thüringen hat mit 8 Prozent erheblich weniger arbeitslose Jugendliche als Berlin mit knapp 15 Prozent – das zeigt jedoch auch, dass die einzelnen Bundesländer die Frage, wie sich die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Arbeitsmarkt optimal organisieren lässt, sehr unterschiedlich handhaben. So ist das häufig gehörte Argument, in einer Großstadt wie Berlin sei der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund besonders hoch, als Scheinargument zurückzuweisen, weil nicht nur in Bayern und Baden-Württemberg der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in etwa dem von Berlin entspricht, sondern auch Nordrhein-Westfalen, das bis heute mit den Folgen des Untergangs der Kohle- und Stahlindustrie zu kämpfen hat, nur halb so hohe Quoten aufweist wie Berlin. Die relativ geringeren Quoten in Thüringen gegenüber Berlin und anderen neuen Bundesländern machen aber auch deutlich, dass nicht die allgemeine Arbeitsmarktlage in den einzelnen Bundesländern allein für die unterschiedlich realisierte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Arbeitsmarkt verantwortlich zu machen ist.

Auch wenn Deutschland insgesamt viel besser dasteht als die meisten anderen europäischen Länder, zeigen diese Zahlen doch deutlich, dass die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen an der gesellschaftlichen Entwicklung nur in begrenztem Umfang von den Leistungen abhängen, die das Schulsystem in Bezug auf die Entwicklung bestimmter Kompetenzen erreicht. Offenkundig ist die Frage des Übergangs und der Verknüpfung zwischen den verschiedenen institutionellen Bereichen, wie Schule, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der gesellschaftlichen Entwicklung ebenso wichtig wie die Frage der Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche in der Schule erwerben.

7.3. Vergessen und abgehängt?

In seinem Buch über das Handwerk hat Richard Sennett (2008) herausgestellt, dass es einer Gesellschaft immer auch Menschen gibt, deren sprachliche, mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen möglicherweise nicht dem entsprechen, was die Gesellschaft normativ vorgibt und versucht, in der allgemeinen Schulbildung auch allen Gesellschaftsmitgliedern zu vermitteln. Ohne hier über die Gründe dafür zu spekulieren, die im Elternhaus, der Umwelt, aber auch in den Begabungen der Menschen liegen können oder durch die Interessen von Kindern und Jugendlichen gesteuert werden, wirft Sennett die Frage auf, wie eigentlich Gesellschaften mit diesen Menschen umgehen. Denn selbst wenn der Einzelne nicht über die Kompetenzen verfügt, die ihn befähigen, das höchste oder ein mittleres Niveau zu erreichen, bedeu-

tet das aus der Perspektive der Kinderrechte nicht, dass damit kein Anspruch auf eine Teilhabe an gesellschaftlicher Entwicklung und an ökonomischer Selbstständigkeit besteht. Möglicherweise heißt das nur, dass die gesellschaftlichen Werte und Normen hinsichtlich der Qualifikation der eigenen Bevölkerung sehr eng sind. Sennett macht mit einer Fülle von Beispielen deutlich, dass die Qualifikationen und Fähigkeiten von Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen und produktiv tätig zu sein, höchst vielfältig sind. Auch wenn das hingenommen wird, fällt es schwer zu akzeptieren, dass beim Vergleich der Schulabgänger ohne Abschluss Berlin mit 9 Prozent, Sachsen-Anhalt mit 11 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 12 Prozent etwa doppelt so viele Schulabgänger ohne Abschluss haben wie das Saarland, Baden-Württemberg und Bayern. Diese Variationen sind nicht auf die ökonomische Situation der jeweiligen Bundesländer zurückzuführen, wie sich für Bremen oder Nordrhein-Westfalen zeigt.

Abbildung 13:
Schulabgänger ohne Abschluss in den Bundesländern



Unter der Perspektive der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft ist die Fokussierung auf Ländervergleiche auf der Basis der Kompetenzen in Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften offenbar kein geeigneter Zugang, um das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen auf der Basis von Selbstverantwortlichkeit und Selbstachtung zu messen. Denn die Möglichkeit, als Jugendlicher oder junger Erwachsener eigenständig und unabhängig von den Eltern zu leben, hängt im internationalen Vergleich offenkundig nicht von der Leistungsfähigkeit des Schulsystems bei der Kompetenzentwicklung innerhalb der Schule ab. Dann müssten finnische und französische Jugendliche und junge Erwachsene entweder gleiche

oder sogar bessere Chancen als ihre deutschen Altersgenossen haben. Solche Kompetenzmessungen geben keine Hinweise darauf, wie eigentlich jenen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen ist, die das Pech haben, in Regionen aufzuwachsen, in denen die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss besonders hoch, die Jugendarbeitslosigkeit besonders ausgeprägt ist und zudem der Anteil selbst nicht berufstätiger Eltern deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die zusammengetragenen Daten sprechen hinsichtlich einiger Bundesländer, die hier mehrfach genannt wurden, eine deutliche Sprache. Die Politik in diesen Ländern muss sich schon die Frage gefallen lassen, warum ausgerechnet hier eine solche Kumulation der Benachteiligungsfaktoren für Kinder und Jugendliche entstehen kann und warum diese Bundesländer in diese Bereiche nicht viel mehr investieren als andere.

Eine kompetenzorientierte Konzeption für die schulische Entwicklung wird auch dann, wenn sie das durchschnittliche Niveau der sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Entwicklung bei der nachwachsenden Generation insgesamt verbessert und es gelingt, die Unterschiede zwischen den obersten und untersten Gruppen zu verkleinern, Schulabgänger haben, die aus unterschiedlichen Gründen den Abschluss nicht oder nur knapp schaffen. Ein Modell, das sich am kindlichen Wohlbefinden orientiert, fragt aber gerade auch für diese Kinder und Jugendlichen nach ihren Teilhabechancen an der Gesellschaft. Denn solange nur Kompetenzvergleiche durchgeführt werden und das durchschnittliche Leistungsniveau erhöht wird, ergeben sich genauso viele Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen den Anforderungen der Berufswelt zunächst nicht gewachsen sind, weil mit der durchschnittlichen Kompetenzsteigerung aller auch die Ansprüche der Arbeitswelt an die nachwachsende Generation steigen.

Die Teilhabeorientierung des Ansatzes des kindlichen Wohlbefindens, wie UNICEF sie unter Bezug auf Amartya Sen⁵ versteht, ist daher eine notwendige Ergänzung des Vorgehens von OECD und EU, die zentral auf die Kompetenzentwicklung setzen. Denn Teilhabeorientierung heißt, dass selbst in einer Gesellschaft mit Spitzenleistungen im Schulsystem, etwa in Finnland, die Frage aufgeworfen werden muss, wie denn die Teilhabe für diejenigen organisiert wird, die solche Spitzenleistungen nicht erbringen. Dabei sei noch einmal betont, dass die Gründe dafür, warum manche Kinder und Jugendlichen solche Leistungen ohne Schwierigkeiten erbringen und andere nicht, eigentlich keine Rolle spielen, weil jedes Kind und jeder Jugendliche ein Recht auf eine angemessene Teilhabe an der Gesellschaft hat.

Aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen führt diese Teilhabeorientierung zu der Forderung an die Arbeitgeber, die Kommunen und die Bildungspolitiker in Bund und Ländern, zu prüfen, wie sich jedes Kind individuell entsprechend seiner Interessen und Begabungen so fördern lässt, dass es in der Gesellschaft Teilhabechancen hat.

⁵ In seinem Aufsatz „Equality of What?“ von 1980 vertrat Sen erstmals die Auffassung, dass es nicht vorrangig um die Verteilung von Gütern, sondern um die Verwirklichungschancen geht, die Menschen in der Gesellschaft erreichen können.

Eingedenk der Mahnung von Sennett, dass in einer Gesellschaft höchst unterschiedliche Fertigkeiten und Fähigkeiten gebraucht werden, sollte man sich auch klarmachen, dass die einseitige Orientierung der Bildung und Ausbildung an der Entwicklung kognitiver Kompetenzen auch dazu führen kann, dass in der nächsten Generation Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aufwachsen, denen mit der Unterstützung durch das Elternhaus, die Schule und auch ihrer Begabung die Welt offen steht. Gleichzeitig wächst aber auch eine Gruppe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen heran, die solche Leistungen nicht erbringen und nicht über solche Unterstützung verfügen und dann mehr oder minder vergessen beziehungsweise abgehängt werden. Denn die Vorstellung, ein möglichst hoher Anteil von Akademikern in der Gesellschaft trage dazu bei, dass alle von diesem Bildungspotenzial profitieren, stimmt zumindest für Deutschland nicht. So liegt der Anteil der Hochqualifizierten (Akademiker) in Berlin bei fast 15 Prozent, in Bayern und Thüringen bei 10,5 Prozent und im Saarland bei 8,3 Prozent. Doch leben gleichzeitig nirgendwo wie in Berlin so viele Kinder in nicht erwerbstätigen Haushalten, in denen entweder beide oder ein alleinerziehender Elternteil ohne Erwerb sind. Zusätzlich verlassen etwa 9 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss – im Saarland sind es dagegen nur 5 Prozent, in Bayern 5,9 Prozent und Thüringen mit 7,2 Prozent. Wenn dann noch hinzugenommen wird, dass das kleine Saarland eine Jugendarbeitslosigkeit von rund 6 Prozent hat, Bayern 4 Prozent und Thüringen 8 Prozent, Berlin aber fast 15 Prozent erreicht, dann macht das sehr deutlich, dass die Fokussierung auf die Kompetenzsteigerung nur eine, wenn auch wichtige, Facette der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen darstellen kann.

Eine Politik für Kinder und Jugendliche, die diesen Zusammenhang nicht berücksichtigt, wird vermutlich auf Dauer Ergebnisse produzieren, wie sie heute schon in anderen europäischen Ländern zu beobachten sind. Möglicherweise ist Berlin ein Vorbote dieser problematischen Entwicklung. Die Teilhabechancen für die gut qualifizierten und flexiblen Jugendlichen und jungen Erwachsenen steigen, und gleichzeitig werden, quasi systematisch, Verlierer produziert. Die Botschaft von Richard Sennett lautet, dass die Gesellschaften, die einseitig das Wissen und die kognitiven Kompetenzen zum Maßstab erfolgreichen Handelns in der Gesellschaft machen, damit gleichzeitig alle anderen Qualifikationen und Fähigkeiten von Menschen abwerten. In einer solchen Gesellschaft lassen sich diejenigen mit privilegierten Teilhabechancen gegenüber denjenigen ohne jede Teilhabechance gut ausdifferenzieren. Man sollte sich aber im Klaren darüber sein, dass dies möglicherweise auch als Ergebnis politisch einseitiger Entscheidungen zugunsten bestimmter Qualifikationen und Fähigkeiten in der Gesellschaft zu werten ist.

8. Beziehungen zu Eltern und Gleichaltrigen

Bisher wurde in Deutschland nur in wenigen Untersuchungen versucht, auf regionaler Ebene die Beziehungen von Kindern und Jugendlichen zu Gleichaltrigen und zur Familie zu erheben, obwohl die Variationen der Lebensformen von Kindern in Deutschland viel stärker ausgeprägt sind als sich die Differenzen zwischen einzelnen Regionen derzeit begründen lassen.

Abbildung 14:
Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie

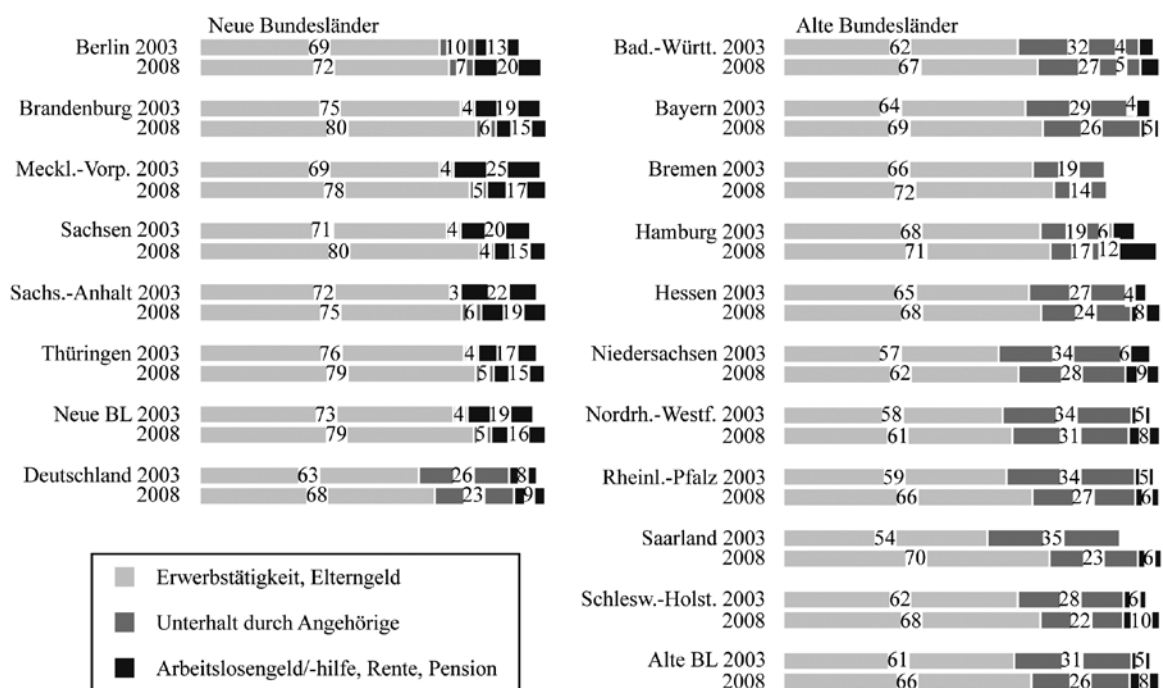
Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie					
	Familienstrukturen		Familienbeziehungen		Beziehungen zu Gleichaltrigen
	Anteil (in %) junger Menschen, die in alleinerziehenden Familienstrukturen leben: 2008	Anteil (in %) junger Menschen, die in Stieffamilienstrukturen leben: 2008	Anteil (%) der SchülerInnen, deren Eltern mit ihnen die Hauptmahlzeit mehrmals in der Woche an einem Tisch einnehmen, 15 Jahre	Anteil der Kinder, die ein gemeinsames Hobby mit der Mutter/ dem Vater haben (Mittelwert): 2008	Anteil der Kinder, die sich bei ihren Freunden gut oder sehr gut fühlen: 2008
Schleswig-Holstein	17,7	10,5	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.	55,4	87,9
Hamburg	25,7	9,0		65,4	89,7
Niedersachsen	16,5	6,8		54,7	89,4
Bremen	27,5	10,5		58,3	83,7
Nordrhein-Westfalen	15,2	7,3		58,7	88,0
Hessen	14,6	8,1		56,1	86,1
Rheinland-Pfalz	15,8	5,1		59,9	85,8
Baden-Wuerttemberg	12,6	5,6		57,0	90,0
Bayern	14,1	6,3		60,4	89,1
Saarland	17,0	9,7		62,1	89,3
Berlin	31,0	8,3		57,9	84,9
Brandenburg	24,0	12,3		59,5	89,2
Mecklenburg-Vorpommern	25,0	10,0		56,5	89,3
Sachsen	22,3	9,1		56,2	87,9
Sachsen-Anhalt	25,0	13,2		53,5	90,0
Thüringen	21,5	13,3		54,2	89,1

In Berlin leben fast 40 Prozent der Kinder bei alleinerziehenden Elternteilen oder in Stieffamilien, also nicht mehr in der klassischen familiären Lebensform der leiblichen Zweieltern-Familie (vgl. Abb. 14), in Baden-Württemberg sind es etwas mehr als 18 Prozent, also weniger als die Hälfte. Bei der Durchsicht der Tabelle ist zunächst festzuhalten, dass sich die Stadtstaaten und die neuen Bundesländer von den alten Flächenstaaten deutlich unterscheiden, denn auch in Nordrhein-Westfalen mit einem hohen Anteil an städtischen Gebieten wohnen knapp 23 Prozent der Kinder nicht bei beiden leiblichen Eltern. Demgegenüber sind es in Bremen 38 Prozent, in Brandenburg knapp 37 Prozent und in Thüringen 34 Prozent. Diese doch erheblichen Variationen zeigen sich auch, wenn die Lebensformen, wie Alleinerziehende oder Stieffamilien, einzeln untersucht werden.

Aus diesen Zahlen wird auch deutlich, dass eine Politik für Kinder immer auch diese regionalen Variationen berücksichtigen muss. Bei Unterstützungsleistungen für Eltern zur Förderung der kindlichen Entwicklung ist in Berlin in Rechnung zu stellen, dass sich bei 30 Prozent Kindern bei Alleinerziehenden die zeitlichen und finanziellen Belastungen der Mütter und das Fehlen der Väter die Fürsorge für die Kinder schwieriger gestalten als etwa in Rheinland-Pfalz. Hier leben nur halb so viele Kinder bei Müttern, die diese Doppelrolle der Alleinerzählerin der Familie und der Erzieherin der Kinder ausfüllen müssen.

Nun könnte man meinen, dass diese enormen Unterschiede auch damit zusammen hängen, dass in den westdeutschen Flächenländern noch das klassische Familienmodell des Haupternährers mit der Hausfrau und Mutter dominiert. Gerade das trifft aber offensichtlich nicht zu (vgl. Abb. 15).

Abbildung 15:
Überwiegender Lebensunterhalt der 35- bis unter 45-jährigen Frauen in den Bundesländern, 2003 und 2008



Beispielsweise in der Altersgruppe der 35- bis 45-jährigen Frauen bezieht im Osten wie im Westen die Mehrheit der Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit. Die Differenzen zwischen den Bundesländern betragen mit wenigen Ausnahmen etwa 5 bis 10 Prozent. Die meisten Flächenländer der alten Bundesrepublik weisen knapp 70 Prozent von 35- bis 45-jährigen Frauen, die neuen Bundesländer knapp 80 Prozent von Frauen auf, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten. Die entscheidende Differenz zwischen den Bundesländern liegt in der unterschiedlichen Unterstützung von Familien. Gut ein Viertel der Frauen dieser Altersstufe leben in den alten Bundesländern, in Nordrhein-Westfalen sogar ein Drittel, im klassischen Modell des Unterhalts durch den Ehemann, während das in den neuen Bundesländern in der Regel zwischen nur 5 und 7 Prozent

sind. Auf der anderen Seite beziehen in den neuen Bundesländern rund 16 Prozent der Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus staatlichen Unterstützungsleistungen, während das in den alten Bundesländern nur knapp halb so viele, nämlich 8 Prozent der Frauen betrifft.

Aus der Sicht der Kinder heißt das jedenfalls in den neuen Bundesländern für eine signifikant größere Gruppe als in den alten Bundesländern, dass der Staat und nicht die eigenen Eltern die ökonomische Existenz der Kinder sichert. Wenn es aber richtig ist, dass die Eltern für die Entwicklung von Selbstbewusstsein und Selbstachtung positive Vorbilder sein sollten, indem sie auch selbst über ein hohes Maß an Selbstachtung verfügen und damit ihren Kindern das Gefühl, selbst etwas zu leisten, auch vermitteln und glaubhaft vorzuleben, dann bedeutet in einem solchen Kontext eine Politik für Kinder vor allem, die Eltern in die Lage zu versetzen, auch unabhängig von staatlichen Unterstützungsleistungen leben zu können. Umgekehrt bedeutet das für die alten Bundesländer, dass für Frauen eine Wahlmöglichkeit zwischen dem Alleinverdiener Modell mit ökonomischer Abhängigkeit vom Ehemann und ökonomischer Selbstständigkeit geschaffen wird.

Das bedeutet keine Forderung, dass nun alle Mütter etwa mit zwei oder drei Kindern arbeiten sollten und dies auch in jedem Lebensalter der Kinder. Vielmehr verlangt das von einer Politik, welche die Teilhabe der Kinder als ein wesentliches Element ihrer eigenen Ziele formuliert und die von der Erkenntnis ausgeht, dass für die Entwicklung von Teilhabemöglichkeiten die Achtung vor sich selbst und vor anderen ein wesentlicher Ausgangspunkt der eigenen Entwicklung ist, zumindest die Möglichkeit zu schaffen, dass Mutter und Vater ihren Kindern gegenüber glaubwürdige Lebensentwürfe leben können, auf welche die Kinder stolz sein können. Glaubwürdigkeit mag in Ostdeutschland heißen, dass eine Arbeitsmarktpolitik sicherstellt, dass auch Mütter mit Kindern unabhängig von staatlichen Leistungen selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. In Westdeutschland bedeutet das, dass die Infrastruktur für Kinder in allen Altersstufen so beschaffen ist, dass die gewählte Lebensform von Mutter und Vater auch den Kindern gegenüber glaubwürdig gelebt werden kann. Glaubwürdigkeit der Eltern in ihrer Lebensführung stellt eine der wichtigsten Ressourcen der Eltern gegenüber ihren Kindern dar. Sie wird aber unterlaufen und zerstört, wenn die eigene ökonomische Lebensführung den jeweiligen Umständen geschuldet ist statt der eigenen autonomen Entscheidung.

Leider wird in den PISA-Untersuchungen nicht mehr danach gefragt, wie häufig die Kinder in den einzelnen Bundesländern mit ihren Eltern gemeinsam eine Hauptmahlzeit einnehmen. Denn auch solche gemeinsamen Mahlzeiten stellen einen wichtigen Indikator für die Art des Umgangs einer Familie dar (Kaufmann 1995). Ersatzweise haben wir auf der Basis des LBS-Kinderbarometers des Pro Kids-Instituts PROSOZ Herten von 2009 zusammengestellt, wie viele Kinder ein gemeinsames Hobby mit der Mutter oder mit dem Vater genannt haben (Abb. 14). Zunächst fällt auf, dass unabhängig von den vielseitigen Variationen der Lebensformen, in allen Bundesländern mehr als die Hälfte aller Kinder von einem gemeinsamen Hobby mit Vater oder Mutter berichten. Trotzdem gibt es ganz erhebliche Unterschiede. So berichten in Sachsen-Anhalt knapp 54 Prozent der Kinder von einem gemeinsamen Hobby, während die

Hamburger Kinder das sogar zu 65 Prozent tun. Auch die saarländischen Kinder nennen zu 62 Prozent gemeinsame Hobbys, ähnlich wie die bayerischen Kinder mit 60 Prozent. Offensichtlich entfaltet eine Mehrheit der Eltern aus Sicht der Kinder gemeinsame Aktivitäten und Hobbys mit Söhnen und Töchtern. Andererseits gibt es umgekehrt auch in allen Bundesländern einen signifikanten Anteil an Kindern, die das nicht berichten. Wenn man aber die Eltern als eine wichtige Ressource für die kindliche Entwicklung begreift, dann gehört es auch zur medialen Aufklärung für die Eltern, zu verdeutlichen, wie wichtig gemeinsame Aktivitäten mit den eigenen Kindern sind. Denn Kinderrechte sind auch Rechte, die den Umgang in Bezug auf die eigenen Eltern einfordern, woraus sich ein Anspruch an die Eltern ableitet.

Bei den Beziehungen zu den Freunden unterscheiden sich die Bundesländer noch weniger als bei den gemeinsamen Hobbys. In fast allen Bundesländern berichten praktisch alle Kinder, sich gemeinsam mit ihren Freunden gut oder sehr gut zu fühlen; lediglich in Berlin und Bremen stimmen weniger als 85 Prozent der Kinder zu.

Auch wenn dieser Bereich aufgrund der Datenlage in Bezug auf den internationalen Vergleich des Vorgängerberichts nicht vollständig reproduziert werden konnte, so ist aus den vorläufigen Ergebnissen doch ersichtlich, dass die Kinder in den meisten Bundesländern überwiegend und in den südwestdeutschen Flächenländern fast ausschließlich mit beiden Eltern zusammenleben. Doch ist die Variation der Lebensformen in den Bundesländern so unterschiedlich, dass sich die Stärkung der Eltern und die Mobilisierung der Ressourcen der Eltern für ihre Kinder an den konkreten kommunalen und landesspezifischen Gegebenheiten zu orientieren hat. In diesem Sinne kann eine Politik für Kinder und auch eine Familienpolitik nur dann erfolgreich sein, wenn die Kommunen und die Länder auch akzeptieren, dass die bundesdurchschnittliche Betrachtungsweise von Lebensformen, etwa der Alleinerziehenden oder der Scheidungsfamilien, nur partiell etwas über die konkrete Lebensrealität vor Ort aussagt. Daher ist eine Politik für Kinder vor Ort immer darauf angewiesen, dass diese konkreten Bedingungen den verschiedenen Beteiligten auch bekannt sind und man sich nicht darauf verlässt, mit bundesdurchschnittlichen Daten zu operieren.

Auch ist davon auszugehen, dass heute für die meisten Kinder im schulpflichtigen Alter eine erwerbstätige Mutter, die überwiegend vom eigenen Einkommen lebt, Realität ist. Das bedeutet aber auch, dass die Kommunen, die Länder und auch der Bund sicherstellen müssen, dass die Entscheidung zur Partizipation am Arbeitsmarkt nicht damit endet, keine Arbeit zu finden, wie häufig in den neuen Bundesländern. Umgekehrt ist in den alten Bundesländern sicherzustellen, dass vorhandene Wünsche nach ökonomischer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit auch selbst getroffen werden können, weil die entsprechende Infrastruktur vor Ort tatsächlich vorhanden ist. Auch aus diesen Beispielen wird deutlich, dass die teilweise ganz unterschiedlichen Problemlagen zu durchaus verschiedenen Strategien führen müssen, welche die kommunalen und länderspezifischen Gegebenheiten reflektieren.

9. Gesundheit, Verhalten und Risiken

In diesem Bericht wurde schon mehrfach kritisiert, dass im Wesentlichen nur Daten zur Kompetenzentwicklung von Kindern in Deutschland regional differenziert werden, während andere zentrale Dimensionen der kindlichen Entwicklung aus der Sicht von Ministerien, Wissenschaft und auch der Öffentlichkeit offenkundig einer solchen Differenzierung nicht bedürfen. Wegen der vielen Lücken der vorliegenden Daten zu Gesundheit und Sicherheit, beziehungsweise Verhalten und Risiken werden hier die entsprechenden Ergebnisse in einem Abschnitt zusammengefasst. Das bedeutet nicht, dass diese Bereiche weniger wichtig wären als die anderen Aspekte. Es zeigt lediglich, dass sie bisher gesamtgesellschaftlich von denjenigen, die in diesen Bereichen forschen, publizieren, finanzielle Mittel aufwenden und politische Entscheidungen treffen, als wenig bedeutungsvoll angesehen werden.

Kaum nachzuvollziehen ist es, warum die unterschiedliche gesundheitliche Entwicklung und die unterschiedlichen Todesfallrisiken in den einzelnen Bundesländern zwar bekannt sind, aber eine differenzierte Analyse der unterschiedlichen Aspekte des kindlichen Wohlbefindens in Bezug auf Verhalten und Risiken nicht weiter verfolgt wird. In vielen Bereichen gibt es inzwischen eine kontinuierliche Berichterstattung zu bestimmten gesundheitlichen Risiken und Verhaltensrisiken. Eine länderspezifische oder auf bestimmte Großstädte hin organisierte Stichprobe zur Analyse dieser Risiken liegt allerdings bis heute nicht vor. Das ist deswegen so unverständlich, weil kaum ein System in Deutschland so sehr präventive Maßnahmen propagiert wie das medizinische System. Dabei wird jedoch vergessen, dass damit auch systematisch die kindliche Entwicklung in den unterschiedlichen konkret zu benennenden Kontexten untersucht werden müsste. Das Robert Koch Institut hat mit großer Akribie einen Längsschnitt zur gesundheitlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auf den Weg gebracht. Jedoch fehlen weiterhin länderspezifische Informationen wie auch genaue Informationen über Großstädte wie Berlin, die möglicherweise sogar nach Bezirken differenziert erhoben werden sollten.

Beim Vergleich der Datensituation im Bereich der Bildungsentwicklung von Kindern mit der Gesundheitsentwicklung und den Risiken für Kinder lässt sich über die einseitige Fokussierung der Forschung auf den kleinen Entwicklungsbereich der Bildung und die Konzentration der Mittel hierauf nur staunen. Dabei wären solche Daten nicht nur wichtig, um in unterschiedlichen regionalen Kontexten erkennbare Risiken zu minimieren. Auch weil die jetzt geborenen Kinder ein sehr viel längeres Leben vor sich haben als jede Generation vor ihnen, wäre es wichtig zu wissen, welche Konditionen in welchen Regionen die gesundheitliche Entwicklung der Kinder und ihr Risikoverhalten entscheidend beeinflussen.

Abbildung 16:
Übersicht aktueller Daten zur Gesundheit und Sicherheit im Vergleich
der Bundesländer

Gesundheit und Sicherheit				
	Gesundheit bei der Geburt		Medizinische Versorgungsstruktur	Jugendsterblichkeit
	Säuglingssterblichkeitsrate (pro 1000 Lebendgeborene); 2008	geringes Geburtsgewicht (Prozentanteil der Neugeborenen unter 2500g)	Kinderärzte je 100.000 Kinder unter 15 Jahren: 2007	Anteil der Todesfälle bei unter 19-Jährigen: 2008
Schleswig-Holstein	3,2	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.	48,0	17,2
Hamburg	2,9		61,0	12,1
Niedersachsen	4,2		40,0	18,2
Bremen	5,0		83,0	25,3
Nordrhein-Westfalen	4,3		47,0	16,2
Hessen	4,0		47,0	15,5
Rheinland-Pfalz	3,1		46,0	18,6
Baden-Wuerttemberg	3,1		49,0	15,2
Bayern	3,1		47,0	19,2
Saarland	3,4		55,0	16,8
Berlin	3,4		81,0	15,8
Brandenburg	2,2		65,0	15,6
Mecklenburg-Vorpommern	3,7		74,0	22,0
Sachsen	2,6		80,0	19,6
Sachsen-Anhalt	3,4		70,0	23,2
Thüringen	3,2		69,0	24,4

So variiert die Säuglingssterblichkeit in Deutschland zwischen 2,2 Sterbefällen auf 1000 Lebendgeburten in Brandenburg und bis zu fünf Sterbefällen auf 1000 Lebendgeburten in Bremen. Die Variationen mögen auf den ersten Blick klein erscheinen, aber es sollte doch ein Ziel des bundesdeutschen medizinischen Systems sein, solche Variationen möglichst insgesamt nach unten zu reduzieren. Dabei hängen diese Unterschiede nicht mit dem Versorgungsgrad an Kinderärzten zusammen, weil ausgerechnet in diesem Fall ein hoher Versorgungsgrad mit hoher Säuglingssterblichkeit einhergeht. Es handelt sich offenkundig um eine Scheinkorrelation. Denn hier ist eher die Frage zu stellen, ob und inwieweit in den einzelnen Bundesländern präventive Maßnahmen, etwa die Betreuung in der Schwangerschaft oder direkt nach der Geburt, solche positiven Effekte erzielen können. Brandenburg hat nun eine zusätzliche unterstützende Betreuung von Schwangeren und Familien mit Neugeborenen aufgebaut. Im „Netzwerk gesunde Kinder“ (MASF 2011) findet eine kontinuierliche Begleitung während der Schwangerschaft und im ersten Lebensjahr statt, die möglicherweise hilft, etwaige Risiken zu minimieren. Weil diese Betreuungsinitiative erst seit wenigen Jahren besteht ist es noch zu früh, etwas zu den mittel- und langfristigen Effekten zu sagen.

Eine ähnlich kritische Einschätzung ist auch für die Todesfälle der unter 19-Jährigen zu formulieren. Auch hier ist zu fragen, wie es kommt, dass in Hamburg zwölf Todesfälle auf 100.000 zu verzeichnen sind, jedoch in Bremen, Thüringen und Sachsen-

Anhalt fast die doppelte Zahl. An diesen Vergleichen der Länderkammer lässt sich gut verdeutlichen, dass es bei solchen Analysen nicht darum gehen kann, das eine oder andere Land an den Pranger zu stellen. Vielmehr ist im Interesse der gesunden Entwicklung von Kindern zu fragen, ob sich nicht zumindest die negativen Abweichungen vom Durchschnitt der Bundesländer aufklären lassen, um auch in diesen Bundesländern im Sinne des Schutzes der jungen Menschen entsprechend handeln zu können. Denn diese Variationen, die sich weder auf Stadt-/Land-Differenzen noch auf Ost-/West-Zuordnungen zurückführen lassen, beeinträchtigen gerade aus der Perspektive, dass jedes einzelne Kind wichtig ist, das Kindeswohl in erheblichem Umfang und sind möglicherweise leicht zu verändern.

Abbildung 17:
Daten zu Verhalten und Risiken von Kindern im Vergleich der Bundesländer (1. Teil)

Verhalten und Risiken I						
	Risikoverhalten					
	Anteil (in %) der 11-, 13- und 15-jährigen, die mindestens einmal in der Woche Zigaretten rauchen	Anteil (in %) der 11-, 13- und 15-jährigen jungen Menschen, die 2 mal oder mehrmals betrunken waren	Anteil (in %) junger Menschen, die in den letzten 12 Monaten Cannabis konsumiert haben, 15 Jahre	Jugendfertilität, Geburten pro 1000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren	Anteil (in %) junger Menschen, die bereits sexuellen Verkehr hatten, 15 Jahre	Anteil (in %) junger Menschen, die bei ihrem letzten sexuellen Verkehr ein Kondom benutzt haben, 15 Jahre
Schleswig-Holstein	<p>Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.</p>					
Hamburg						
Niedersachsen						
Bremen						
Nordrhein-Westfalen						
Hessen						
Rheinland-Pfalz						
Baden-Wuerttemberg						
Bayern						
Saarland						
Berlin						
Brandenburg						
Mecklenburg-Vorpommern						
Sachsen						
Sachsen-Anhalt						
Thuringen						

Es mag den Leser wundern, hier eine leere Tabelle vorzufinden. Aber diese Leerstelle soll demonstrativ deutlich machen, dass auch die Verhaltensrisiken von Kindern und Jugendlichen, wie sie von der Weltgesundheitsorganisation WHO erhoben werden (WHO 2004), bis heute nur im Nationenvergleich vorliegen. Selbstverständlich müssen sie auch für die großen Metropolen und die Bundesländer zusammengestellt werden (vgl. Abb.17). Denn auch in diesem Bereich wäre es sinnvoll, differenziert zu wissen, was eigentlich in den einzelnen Regionen und Metropolen die hauptsächlichen Verhaltensrisiken sind. Denn die Erstellung hilfreicher Strategien für die Entwicklung des gesundheitlichen Bewusstseins von Kindern und die Verbesserung ihrer Lebenschancen hängt genau davon ab. Jede effiziente Form von Prävention setzt eine genaue Kenntnis der Lage in den jeweiligen Regionen voraus. Gleichzeitig macht es ein solcher regionaler Vergleich auch möglich zu prüfen, wie effizient die regional geplanten und

durchgeführten Maßnahmen sind. Eine am Kindeswohl orientierte Gesundheitspolitik müsste doch alles daran setzen, damit eine Einrichtung wie das Robert Koch Institut die Möglichkeit bekommt, die entsprechenden Daten nicht nur auf Bundesebene auszuwerten, sondern auch so, dass sie sich regional den jeweiligen Metropolen und Ländern zuordnen lassen.

Es ist als ein großer Verdienst der Bertelsmann Stiftung anzusehen, dass sie angefangen hat, erstmals auf der Basis der Kinder- und Jugend-Gesundheitsstudie (KiGGS) des Robert Koch Instituts die regionalen Effekte auf die gesunde Entwicklung von Kindern zu prüfen. Allerdings konnten auch in dieser Analyse nur generelle regionale Faktoren herangezogen werden, ohne einzelne Regionen und Metropolen spezifisch auszuweisen (Bertelsmann Stiftung/ RKI 2010).

Abbildung 18:
Daten zu Verhalten und Risiken von Kindern im Vergleich der Bundesländer (2. Teil)

Verhalten und Risiken II						
	Erfahrungen mit Gewalt		Gesundheitsverhalten			
	Anteil der Kinder, die in der Schule befürchten, manchmal, oft oder immer verprügelt zu werden: 2009	Anteil der Kinder, die in der Schule befürchten, manchmal, oft oder immer von Anderen geärgert zu werden: 2009	Anteil (in %) junger Menschen, die täglich Obst essen; 11, 13 und 15 Jahre	Anteil (in %) junger Menschen, die an jedem Schultag Frühstück; 11, 13 und 15 Jahre	Anteil (in %) junger Menschen, die angeblich mindestens eine Stunde pro Tag moderat bis stark zu bewegen, 11, 13 und 15 Jahre	Anteil der Kinder, die sich zu dick fühlen: 2009
Schleswig-Holstein	11,9	25,8	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.			20,6
Hamburg	8,6	22,6				17,4
Niedersachsen	8,1	23,8				20,6
Bremen	12,7	27,1				19,6
Nordrhein-Westfalen	9,1	26,7				19,3
Hessen	11,2	27,2				17,2
Rheinland-Pfalz	7,7	19,6				15,1
Baden-Wuerttemberg	8,0	26,2				15,8
Bayern	6,6	23,2				18,2
Saarland	11,6	28,5				17,3
Berlin	8,2	30,6				17,4
Brandenburg	10,8	27,6				23,6
Mecklenburg-Vorpommern	11,3	30,3				23,3
Sachsen	10,2	31,7				24,1
Sachsen-Anhalt	12,5	30,7				23,2
Thuringen	7,9	25,6				23,0

Eine solche konkrete Zuordnung zu einzelnen Regionen und Metropolen kann von großer Bedeutung sein. Dies zeigt die zweite Tabelle zu Verhalten und Risiken (vgl. Abb. 18), die auf dem wesentlich von den Landesbausparkassen geförderten Kinder-survey von Pro Kids aufsetzt (Pro Kids-Institut PROSOZ Hertel 2007). Denn die Erfahrungen mit Gewalt, die Angst, in der Schule von Anderen verprügelt zu werden, oder der Anteil der Kinder, die sich subjektiv zu dick fühlen, verteilen sich keinesfalls gleichmäßig auf alle Bundesländer, sondern weisen, ähnlich wie bei den Todesfallrisiken und der Säuglingssterblichkeit, erstaunliche Variationen auf. Wenn etwa in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin mehr als 30 Prozent der Kinder befürchten, in der Schule von anderen Kindern geärgert zu werden, in

Rheinland-Pfalz weniger als 20 Prozent und in Niedersachsen und Bayern zwischen 23 und 24 Prozent, dann stellt sich schon die Frage, warum es aus der Sicht der Kinder in den vier erstgenannten Bundesländern so viel unfreundlicher zugeht als in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bayern. Hintergrund mögen auch statistische Ausreißer sein, weil bei Fragebogenerhebungen immer entsprechende Unsicherheiten bestehen. Aber im Sinne einer positiven Lebensumwelt von Kindern ist eine solche Frage schon geboten. Dabei handelt es sich wiederum nicht um eine Ost-West-Wahrnehmung, wie an den Ergebnissen für Thüringen mit etwa 26 Prozent deutlich wird. Auch hier würde die Orientierung an den Besten die Lebensumwelt von Kindern sicherlich deutlich verbessern. Denn solche Indikatoren weisen doch deutlich darauf hin, dass die Kinder in den verschiedenen Bundesländern das Schulklima sehr unterschiedlich wahrnehmen.

Eine ähnliche Variation zeigt sich auch bei den Kindern, die befürchten, in der Schule von anderen verprügelt zu werden. Auch hier erreichen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch das Saarland Spitzenwerte, während Bayern, Rheinland-Pfalz und wiederum Thüringen ähnlich wie Baden-Württemberg geringe Werte aufweisen. Aber auch das subjektive Gefühl, mit dem eigenen Körper zufrieden zu sein oder sich zu dick zu fühlen, weist ähnliche regionale Variationen auf. Hier stellt sich schlicht die Frage, ob solche hohen Werte tatsächlich sein müssen oder ob es nicht zu einer klugen und vorausschauenden Politik für Kinder gehört, den Kindern ein entsprechendes Lebensgefühl zu vermitteln, damit sie mit ihrem Körper angemessen umgehen. Auch hier weisen die leeren Spalten in der Tabelle wieder auf eine erhebliche Informationslücke hin.

10. Subjektives Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen

In Abbildung 19 sind die Dimensionen aufgeführt, die auf der Basis vorhandener Daten dem subjektiven Wohlbefinden von Kindern zuzurechnen waren. Die Kinder, die sich subjektiv gesund fühlen und das Gefühl haben, insgesamt „gut drauf“ zu sein, die auch in der Schule immer gut zurechtzukommen, sind sicherlich zu Recht als Kinder zu bezeichnen, die subjektiv mit ihrer Umwelt und mit sich selbst zufrieden sind. Die Kinder mit dem subjektiven Gefühl, in der Schule meist nicht zurechtzukommen, lassen sich sicherlich so einstufen, dass ihnen ein wesentliches Element zur Entwicklung des eigenen Selbstbewusstseins fehlt.

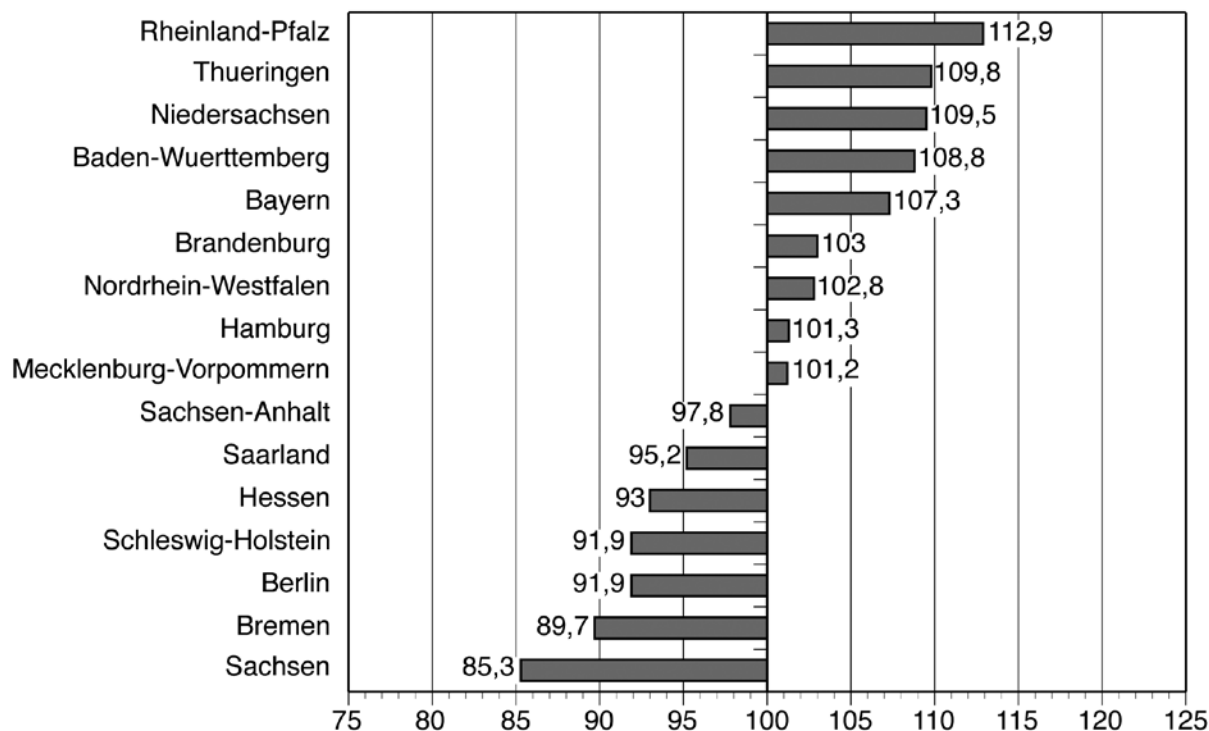
Abbildung 19:
Subjektives Wohlbefinden von Kindern im Vergleich der Bundesländer

Subjektives Wohlbefinden				
	Gesundheit	persönliches Wohlbefinden		Bewältigung des Schulalltags
	Anteil der Kinder, die sich oft oder immer krank fühlen: 2009	Anteil der Kinder, die ihr allgemeines Wohlbefinden besser als mittelmäßig einstufen 2009	Anteil der Kinder, die sich in der Schule unwohl fühlen (sehr schlecht, schlecht, eher schlecht) 2009	Anteil der Kinder, die in der Schule (oft/immer) gut zurecht kommen 2009
Schleswig-Holstein	8,2	78,2	15,4	74,9
Hamburg	8,4	81,8	14,7	79,9
Niedersachsen	6,0	81,6	11,4	79,4
Bremen	8,4	80,4	17,0	73,4
Nordrhein-Westfalen	7,3	81,1	13,1	78,2
Hessen	9,4	81,9	14,7	75,3
Rheinland-Pfalz	5,6	85,7	11,1	78,5
Baden-Wuerttemberg	6,7	84,0	13,3	80,1
Bayern	6,8	82,4	12,1	79,2
Saarland	10,1	81,8	12,0	76,5
Berlin	10,2	78,8	12,7	76,4
Brandenburg	7,7	80,8	12,1	78,6
Mecklenburg-Vorpommern	7,7	79,2	10,3	76,8
Sachsen	9,1	76,6	15,4	72,4
Sachsen-Anhalt	8,9	80,2	12,3	77,4
Thuringen	6,8	79,5	12,3	83,1

Der Blick auf die Zahlen zeigt, dass sich der größte Teil, nämlich durchschnittlich 90 Prozent aller Kinder in allen Bundesländern subjektiv gut fühlen und sich auch als gesund einschätzen. Im Durchschnitt sind auch 80 Prozent der Kinder subjektiv der Meinung, es gehe ihnen insgesamt gut. Auch ist hier mit Fug und Recht festzustellen, dass die meisten Kinder in Deutschland gern in die Schule gehen, denn in allen Bundesländern sind es immer mehr als 70 Prozent, die angeben, in der Schule gut zurechtzukommen. Allerdings ist hier zu sagen, dass trotz dieser hohen Zustimmungswerte je nach Bundesland 11 bis 17 Prozent der Kinder das Gefühl haben, in der Schule nicht zurechtzukommen. Auch wenn die Bundeslanddifferenzen insgesamt nur im einstel-

ligen Prozentbereich variieren, lässt sich aus diesen vollständigen Zahlen für alle Bundesländer einer Rangreihe bilden, um in etwa abzuschätzen, in welchen Bundesländern die Kinder insgesamt ein besonders ausgeprägtes Gefühl des eigenen Wohlbefindens angeben (vgl. Abb. 19).

Abbildung 20:
Subjektives Wohlbefinden von Kindern in den deutschen Bundesländern

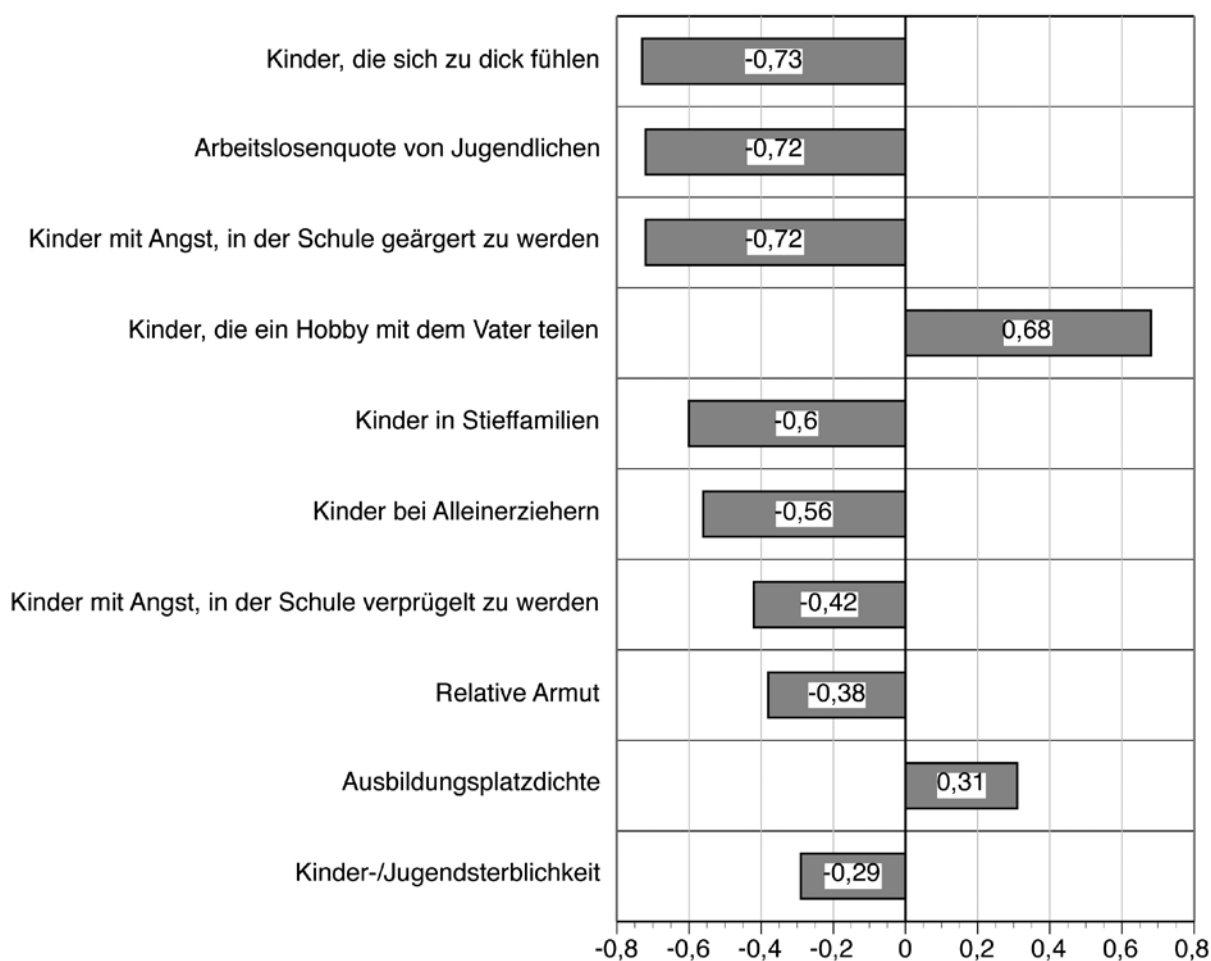


Es wundert nicht, dass die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Thüringen und Bayern gemeinsam mit Niedersachsen und Baden-Württemberg weit vorn platziert sind. Diese Bundesländer liegen schon in den vorher diskutierten Bereichen immer wieder bei den einzelnen Dimensionen des Wohlbefindens von Kindern relativ weit vorn. Insoweit spiegelt das subjektive Wohlbefinden von Kindern vermutlich auch einen Teil der Lebenserfahrung wider, die Kinder in den anderen Bereichen, die hier diskutiert wurden, gemacht haben. Es ist auch auszuschließen, dass die Unterschiede in dieser Rangreihe einen Ost-West-Unterschied wiedergeben, weil Thüringen und Brandenburg hier überdurchschnittliche Werte aufweisen. Ebenso wenig handelt es sich hier um Stadt-Land-Differenzen, weil die Kinder in Hamburg insgesamt positiver gestimmt sind als die Kinder in Berlin und Bremen. Auch das ist wiederum gut nachzuvollziehen, weil in den vorhergehenden Abschnitten immer wieder deutlich wurde, dass gerade Berlin und Bremen in vielen einzelnen Dimensionen der kindlichen Entwicklung gegenüber den anderen Bundesländern zurückstehen, was sich offenkundig auch in der Selbstwahrnehmung der Kinder niederschlägt.

Dass das kindliche subjektive Wohlbefinden nicht einfach nur ein diffuses Gefühl ist, sondern einen Teil der gesellschaftlichen Realität spiegelt, in der die Kinder leben, zeigen die Korrelationen zwischen diesem subjektiven Wohlbefinden und den Indikatoren, die wir in den früheren Kapiteln auf der Basis des Mikrozensus zur Analyse

verschiedener Dimensionen des kindlichen Wohlbefindens herangezogen haben. Nach der Korrelationstabelle (vgl. Abb. 21) sind die Kinder in den Bundesländern mit einer deutlich ausgeprägten relativen Kinderarmut tendenziell unglücklicher als in den anderen Bundesländern. Das gilt ebenso auch für das Todesfallrisiko, den Anteil an Alleinerziehenden und Stieffamilien, aber insbesondere auch für die Arbeitslosenquote der 15- bis 25-Jährigen. Diese Korrelationen sind immer mit einem Minuszeichen versehen und fallen deutlich ausgeprägt aus. Umgekehrt führen eine hohe Ausbildungsplatzdichte, aber auch ein gemeinsames Hobby mit dem Vater zu größerem subjektiven Wohlbefinden bei den Kindern.

Abbildung 21:
Korrelationen ausgewählter UNICEF-Indikatoren und dem subjektiven Wohlbefinden von Kindern⁶



Es ist auch nicht verwunderlich, dass die Kinder, die befürchten, in der Schule verprügelt oder von Anderen geärgert zu werden, tendenziell ein geringeres Wohlbefinden artikulieren als andere Kinder. Ebenso ist es auch sehr plausibel, dass die Kinder, die sich in Bezug auf ihren Körper nicht wohl fühlen, auch insgesamt ein eher geringes Wohlbefinden äußern.

⁶ Die Korrelationsmaße sind hier nach dem gleichen Prinzip abgebildet, wie in Abbildung 10 (vgl. Fußnote 3). Die Zusammenhänge bestehen hier zum subjektiven Wohlbefinden von Kindern gemessen an den Aussagen der Kinder zu ihrer „Zufriedenheit mit dem Leben“. Auch hier ist zu beachten, dass es sich hier um reine Makrokorrelationen handelt, also keine Individualdaten miteinander verknüpft wurden. Die Korrelation wurde mit Daten unterschiedliche Jahre durchgeführt: Die Jahre variieren von 2007 bis 2009. Auch die verglichenen Altersgruppen variieren (vgl. Abb. 1).

Aus diesen wenigen Daten wird deutlich, dass das eingangs formulierte Postulat - die Selbstachtung von Kindern als eine Grundvoraussetzung für die Achtung von Anderen und dem Interesse an dem Wohlbefinden von anderen - nicht allein davon abhängt, ob die Kinder gute Schulnoten und hohe Bildungskompetenzen entwickeln. Stattdessen spielen auch andere objektive und subjektive Dimensionen eine erhebliche Rolle, die das Selbstbewusstsein und die Selbstachtung von Kindern stärken können. Das sind zum einen die konkret erfahrenen Lebensbedingungen, wie relative Armut oder hohe Arbeitslosigkeit und ein eher unfriedlich wahrgenommenes Klima in der Schule: Aber es sind auch ganz zentrale Dimensionen der subjektiven Selbstwahrnehmung bezüglich des eigenen Körpers, der eigenen Gesundheit und des Umgangs mit den Eltern.

Mit den uns hier vorliegenden Daten lassen sich die Ursachen für diese Korrelationen nicht im Einzelnen analysieren. Es wird aber sehr nachhaltig deutlich, dass eine Politik für Kinder, welche die Teilhabe von Kindern im Sinne von Amartya Sen als Teilhabe an der materiellen Entwicklung der Gesellschaft und an Bildung sowie als deren subjektive Zufriedenheit interpretiert, gut daran tut, die konkreten Zukunftsbedingungen von Kindern zu verbessern. Dazu zählen etwa Ausbildungsangebote genauso wie eine geringe Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. Gleichzeitig muss so eine Politik Antworten auf die Frage finden, wie sich die Lebenssituation in spezifischen familiären Lebensformen besser unterstützen lässt und wie sie auch dazu beitragen kann, dass die Väter begreifen, dass gemeinsame Interessen und gemeinsame Tätigkeit mit den Kindern für das Kindeswohl von großer Bedeutung sind.

Daraus ist zunächst einmal abzuleiten, dass den Eltern, den Erziehern, den Lehrern und anderen für Kinder verantwortlichen Erwachsenen ganz klar verdeutlicht wird, dass die Selbstachtung der heranwachsenden Generation von den objektiven Lebensbedingungen der Kinder beeinflusst wird, denn diese bestimmen ihre Zukunftschancen mit. Wenn es den verantwortlichen Erwachsenen gelingt, die objektiven Lebensbedingungen in jedem einzelnen Fall möglichst konstruktiv zu entwickeln, dann können auch die Kinder an ihre Zukunft glauben. Dabei gilt es, sich auch sehr genau zu fragen, ob nicht die Erwachsenen durch spezifische Leitbilder und Vorstellungen, etwa beim eigenen Körper, auch bestimmte Idealbilder vermitteln, welche die Kinder, und zwar Jungen wie Mädchen, nur in Ausnahmefällen erreichen können.

11. Perspektiven für die weitere Arbeit und Schlussfolgerungen

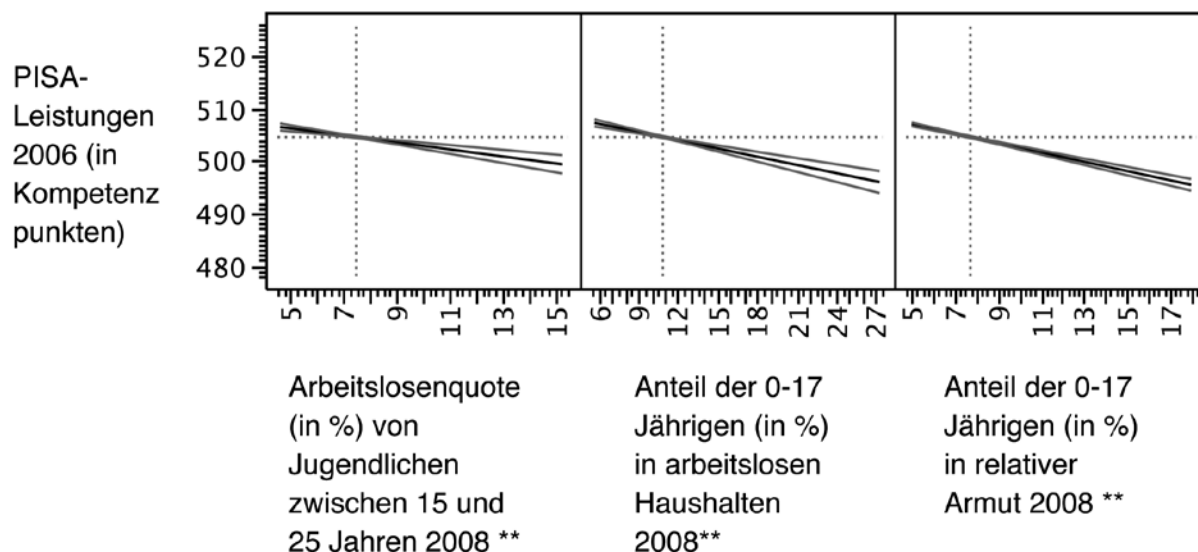
Die Diskussion in den bisherigen Abschnitten hat sehr deutlich gemacht, dass die Lebensbedingungen für Kinder in den einzelnen Bundesländern in hohem Maße heterogen sind. Daher scheitert eine einheitlich formulierte Perspektive auf der Bundesebene zur Förderung des kindlichen Wohlbefindens schon daran, dass regional sehr unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen sind, um das kindliche Wohlbefinden angemessen zu fördern. Besonders deutlich wurde das bei der Analyse des materiellen Wohlbefindens von Kindern. Denn ein ausschließlich bundeseinheitlicher Maßstab zur Berechnung der relativen Armut führt dazu, dass in den Großstädten München, Köln oder Hamburg oder auch in Bayern der Anteil der Kinder, die sich in schwierigen ökonomischen Lebenslagen befinden, zu gering geschätzt wird, während das für andere Regionen nicht zutrifft. Wenn sich diese Ergebnisse auch in anderen Studien und auf einer breiteren empirischen Analyse bestätigen lassen, wie sie in einem solchen Bericht nicht möglich ist, hat eine solche Feststellung erhebliche politische Konsequenzen.

Denn wenn Kinder in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort einen gesetzlichen Anspruch auf ein sozioökonomisches Existenzminimum haben, dieses Existenzminimum jedoch aufgrund der verschiedenen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Regionen Deutschlands unterschiedlich zu beziffern ist, dann leitet sich daraus die Notwendigkeit für eine sorgfältige regionale Differenzierung bei der Berechnung des Existenzminimums für Kinder ab. Diese Aussage gilt analog auch für die Erwachsenen.

Wie auch immer man zu solchen Überlegungen steht, bestätigen diese Ergebnisse jedenfalls in vielem die Kritik der Sozialverbände, die sich kritisch mit der Festlegung des Existenzminimums für Kinder auseinandergesetzt haben: Im lokalen Kontext sind die hier dargestellten Zusammenhänge Teil ihrer alltäglichen Erfahrung.

Nun ließe sich argumentieren, dass die relativen Unterschiede in der materiellen Lebenssituation von Kindern in Deutschland für die kindliche Entwicklung nur von untergeordneter Bedeutung sind. Zur Prüfung dieser These wurden die Ergebnisse der PISA-Untersuchungen insgesamt und zusätzlich nur für die naturwissenschaftliche Kompetenz (2006) für die Altersgruppe der 14- und 15-Jährigen im Mikrozensus 2008 zugespielt und geprüft, welchen Einfluss das Ausmaß der relativen Armut in den einzelnen Bundesländern auf die entsprechenden PISA-Ergebnisse hat. Zusätzlich wurden die Quoten der Kinder, die bis zum 17. Lebensjahr in einem Haushalt ohne erwerbstätige Eltern aufwachsen, und der relativen Jugendarbeitslosigkeit (2008) hinzugefügt (vgl. Abb. 22).

Abbildung 22:
Regression zur Erklärung schulischer Leistungen durch Arbeitslosigkeit und relative Armut in deutschen Bundesländern



Beobachtungen: 9311
 Anteil erklärter Varianz: 28,5%
 ** Signifikanz < .01

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass alle drei Faktoren gemeinsam, nämlich die relative Armut, der Anteil an Kindern mit arbeitslosen Eltern und die Jugendarbeitslosigkeit, mit 28 Prozent erklärter Varianz für die PISA-Ergebnisse in den verschiedenen Bundesländern von erheblicher Bedeutung sind. Die von der OECD im Ländervergleich der Nationen für die Bedeutung der sozialen Herkunft berichteten Ergebnisse bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung (2011). Eine Schlussfolgerung aus diesen Befunden liegt sicherlich in der Erkenntnis, dass eine Politik für Kinder, allein verstanden als Bildungspolitik, zu kurz greift. Denn Faktoren wie Arbeitslosigkeit oder relative Armut sind nicht durch Bildungspolitik, sondern durch Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu beeinflussen.

Da die sprachlichen Fähigkeiten in besonderem Maße von sozialen und kulturellen Faktoren abhängen und die Anteile der Kinder mit Migrationshintergrund in den einzelnen Bundesländern und im Ost-West-Vergleich sehr unterschiedlich sind, wurde die gleiche Analyse zusätzlich nur für die naturwissenschaftliche Kompetenz berechnet. Im Ergebnis können hier nur etwa 18 Prozent Varianz erklärt werden. Dabei fällt allerdings auf, dass die Bedeutung der relativen Armut und der Arbeitslosenquote in der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen deutlich zurückgeht, während diese Faktoren bei den 0- bis 17-Jährigen in Arbeitslosen-Haushalten die gleiche Bedeutung behalten wie in der Gesamtanalyse.

Daraus lässt sich die These ableiten, dass es Kindern, die in solchen Haushalten leben, möglicherweise schwer fällt, sich an ihren Eltern hinsichtlich Leistung und Arbeit zu orientieren. In einem lesenswerten Artikel (ZEITmagazin 41/2011) beschreibt Undine Zimmer sehr einfühlsam, wie sich ihre Eltern als Hartz IV-Empfänger immer bemüht haben, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, dies aber aus vielerlei Gründen nicht geschafft haben. Deshalb war es für sie als Tochter besonders schwer, ihre Eltern zu

respektieren und sich eine eigene Zukunft aufzubauen. In ihrem Aufsatz wird deutlich, dass es unterschiedlichste Gründe geben kann, die nicht unbedingt in der Person selbst liegen müssen, warum die Teilhabe an der Gesellschaft auch für Eltern selbst sehr schwer werden kann und sie in diesem Sinne eben keine starken Eltern für ihre Kinder darstellen.

Allerdings muss sich eine Gesellschaft fragen lassen, was sie denn für diese Eltern und für ihre Kinder tut, damit sich ihre Teilhabechancen auch unter solch schwierigen Bedingungen verbessern. Der amerikanische Präsident Bill Clinton, selbst aus schwierigen familiären Verhältnissen stammend, hat eine Reihe von Programmen entwickelt, um insbesondere alleinerziehenden Müttern zu helfen: Sie stehen vor besonders großen Herausforderungen, um in der Arbeitswelt einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Die Wirtschaftszeitung *New Economist* hat diese sozialpolitischen Bemühungen von Clinton als seine fast wichtigsten politischen Leistungen bezeichnet, da er für einen großen Teil dieser Mütter dauerhafte Arbeitsplätze schaffen konnte. Die Verbesserung der Teilhabechancen dieser Mütter bedeutet nicht nur, nun für ihr eigenes Leben sorgen zu können und auf eigenen Füßen zu stehen. Vielmehr geben sie damit auch ihren Kindern die Chance, stolz auf die Leistungen ihrer Mütter in solch schwierigen Lebenslagen zu sein und dies als ein positives Modell für sich selbst zu erleben. Angesichts der Kumulation des Anteils der 0- bis 17-Jährigen, die in Arbeitslosenhaushalten aufwachsen, und des Anteils der gleichen Altersgruppe, die bei Alleinerziehenden leben, ist in manchen Bundesländern und Großstädten in Deutschland folgender Schluss zu ziehen: Eine Politik, welche die Teilhabechancen der Eltern am Arbeitsmarkt deutlich verbessert und dabei insbesondere die alleinerziehenden Mütter mit ihren spezifischen Anforderungsprofilen einbezieht, stärkt damit indirekt auch die Teilhabechancen der Kinder im Bildungssystem und später im Ausbildungssystem einfach dadurch, dass diese ein familiäres Vorbild haben, das ihnen glaubhaft zeigt, wie die eigene Zukunft aufgebaut werden kann.

Der im Ländervergleich doch deutliche Effekt der Arbeitslosigkeit der Eltern auf das schulische Leistungsvermögen ihrer Kinder und die eher schwächere Bedeutung der relativen Armut macht aber auch deutlich, dass sich die Unterstützung der Kinder in solchen Lebenssituationen nicht allein auf Geld und auf die Sicherung des Existenzminimums konzentrieren darf. Vielmehr müssen Angebote entwickelt werden, die den Kindern die Möglichkeit eröffnen, sich in anderen Kontexten die soziale Unterstützung und Entwicklungschancen zu erschließen, die sie in dieser Form allein in ihrem Elternhaus nicht finden können.

Diese Überlegung führt die Argumentation zurück zur Einleitung: Unter Bezug auf Urie Bronfenbrenner wurde erläutert, dass eine Stärkung der Kinder nicht allein bedeutet, weitere und zusätzliche Angebote für benachteiligte Kinder zu entwickeln, wie etwa *Head Start*. Der Anspruch lautet sehr klar, dass beides notwendig ist – die Förderung der Kinder und die Stärkung der Eltern. In Deutschland werden solche Programme allenfalls als Projekte einzelner Bundesländer durchgeführt. Daneben gibt es den Versuch des Bundes, die Teilhabechancen von Kindern aus besonders benachteiligten familiären Kontexten durch Bildungsgutscheine zu verbessern. Sie sind ein richtiger

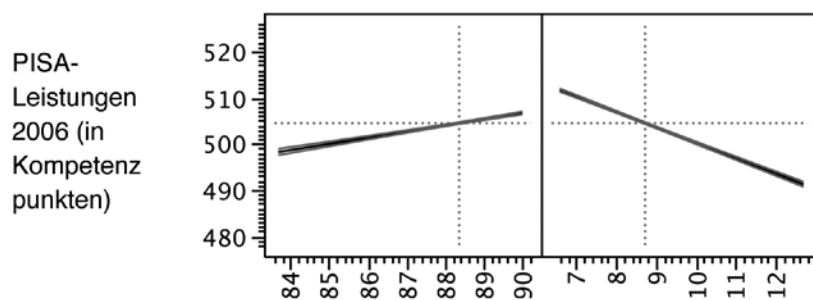
und wichtiger Schritt auf kommunaler Ebene. Die hier vorgelegten Ergebnisse führen allerdings zu der Anregung, dass der Bund, die Länder und die Kommunen über die Bildungsgutscheine hinaus auch darüber nachdenken müssen, wie weitere Prozesse in Gang zu setzen sind, und zwar vor allem in besonders benachteiligten Regionen. Das bedeutet keinesfalls, dass nun alle Kinder ganz ausgezeichnete Schulleistungen erreichen müssen, was sicherlich eine Utopie ist. Möglicherweise wäre schon viel erreicht, wenn die Quote derjenigen, welche die Schule ohne Abschluss verlassen oder die nach dem Wechsel mehrerer Lehrstellen dem Arbeitsmarkt ohne Ausbildung zur Verfügung stehen, neue Chancen finden, um einen ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechenden Platz in der Gesellschaft zu finden.

Das kann nicht allein eine Regierungsaufgabe sein, sondern setzt ein vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement auch all derjenigen Menschen voraus, die im Laufe ihres Lebens Kompetenzen entwickelt haben, die Kindern und Jugendlichen bei der Integration in diese Gesellschaft helfen können. Denn erst wenn wir die Eltern stärken, ist davon auszugehen, dass sich das Wohlbefinden der Kinder in der Gesellschaft deutlich verbessert. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung der Institutionen, die die Eltern bei der Entwicklung ihrer Kinder unterstützen, so dass die Teilhabechancen möglichst vieler Kinder gewährleistet ist. Darüber hinaus muss der Kontext, in dem sich Eltern und Kinder bewegen, diese Entwicklungen durch ein zivilgesellschaftliches Engagement weiter befördern.

UNICEF hat gegenüber anderen Ansätzen zum kindlichen Wohlbefinden, wie auch in diesem Bericht, immer wieder Wert darauf gelegt, die subjektiven Lebensvorstellungen der Kinder und die subjektive Einschätzung der eigenen Lebenssituation der Kinder zu berücksichtigen. Am Beispiel der PISA-Befunde lässt sich damit deutlich zeigen, dass die Variationen zwischen den Ländern auch darauf zurückzuführen sind, wie die Kinder in den einzelnen Bundesländern ihre schulischen und persönlichen Befindlichkeiten zur Schule selbst einschätzen (vgl. Abb. 23).

Abbildung 23:

Regression zur Erklärung schulischer Leistungen durch subjektives Wohlbefinden



Anteil der Kinder (in %), die sich bei ihren Freunden gut oder sehr gut fühlen 2009 **

Anteil der Kinder (in %), die Angst haben, manchmal, oft oder immer in der Schule verprügelt zu werden 2009 **

Beobachtungen: 9311

Anteil erklärter Varianz: 30,8%

** Signifikanz < .01

Mit nur zwei Faktoren der verschiedenen Aspekte des kindlichen Wohlbefindens aus dem Kindermonitor (PROKIDS 2009) lassen sich 31 Prozent der Differenzen der Ergebnisse von PISA zwischen den Ländern erklären: In den Bundesländern, in denen mehr Kinder berichten, sich bei ihren Freunden gut oder sehr gut zu fühlen, sind auch die schulischen Leistungen besser als in den anderen Bundesländern. Hingegen sind in den Bundesländern, wo mehr Kinder befürchten, in der Schule oft oder immer wieder verprügelt zu werden, die Leistungen im Vergleich zu den anderen Bundesländern deutlich schlechter. Man mag einwenden, dass das nur geringe Differenzen seien, wenn in einem Bundesland 7 Prozent der Kinder befürchten, manchmal oder oft verprügelt zu werden, und in einem anderen Bundesland mehr als 12 Prozent. Wenn es aber um das kindliche Wohlbefinden geht und darum, Kindern die Chance zu geben, in einer Umwelt aufzuwachsen, die sie subjektiv als fördernd erleben und nicht als Gefahr, dann sind solche möglicherweise zunächst klein erscheinenden Variationen nicht hinzunehmen. Auch 7 Prozent im Bundesland mit den besten Leistungen stellen grundsätzlich einen zu hohen Anteil von Kindern dar, die sich in der Schule Aggressionen durch andere ausgesetzt sehen. Auch hier ist zunächst festzustellen, dass diese beiden Variablen zusammen auf der Makroebene der Bundesländer eine ebenso große Erklärungskraft haben wie die Faktoren des materiellen Wohlbefindens und nicht weniger erklärungsstark sind als die Faktoren, die die OECD üblicherweise einbezieht, nämlich die schulische Ausbildung und das Einkommen der Eltern.

Weil uns nach Beschluss der Kultusministerkonferenz der regionalisierte Datensatz der PISA- Untersuchungen nicht zur Verfügung gestellt werden durfte, bestand keine Möglichkeit zu prüfen, ob sich die Differenzen auf Makroebene zwischen den Bundesländern auch auf der individuellen Ebene rekonstruieren lassen. Aus der Forschungsperspektive des kindlichen Wohlbefindens, in dem subjektive und objektive Faktoren

zusammengefasst werden, ist das aber kein grundsätzliches Problem. Denn auf diese Weise kann zumindest der Nachweis erbracht werden, dass zur Förderung der kindlichen Entwicklung neben der Verbesserung der Teilhabechancen von Eltern benachteiligter Kinder auch eine Perspektive zu konstruieren ist, die sicherstellt, dass der sozialen Entwicklung von Kindern in Krippe, Kindergarten, Schule und anderen Lebensbereichen die gleiche Bedeutung zukommt wie der Förderung der kognitiven Fähigkeiten. Nicht umsonst hat Bronfenbrenner betont, dass sich die kindliche Entwicklung nicht nur auf die kognitiven Kompetenzen bezieht, sondern die emotionale und die sozial-moralische Entwicklung von ebenso großer Bedeutung sind. Die öffentliche Debatte verdrängt aber diese Einsicht häufig zugunsten der Frage des kognitiven Leistungsvermögens.

Die Teilhabe von Kindern, Eltern und anderen Erwachsenen an der gesellschaftlichen Entwicklung hängt also nicht nur von der Entwicklung der kognitiven Leistungsfähigkeit ab, sondern auch von den sozial-moralischen Orientierungen, ob und inwieweit die Einzelnen in der Lage sind, sich selbst und andere persönlich zu achten und am Wohlergehen anderer interessiert zu sein. Nach den verschiedenen Kinderwertemonitoren, die UNICEF gemeinsam mit GEOLino durchgeführt hat, sehen Kinder zwischen acht und 14 Jahren zuallererst ihre Eltern als die wichtigsten Personen an, die ihnen Werte vermitteln, danach kommen ihre Lehrerinnen und Lehrer. Hier stellt sich nur die Frage, ob im gegenwärtigen Schulsystem für solche Dinge überhaupt Zeit vorgesehen ist.

Kinder wachsen in verschiedenen Elternhäusern auf und erhalten ganz unterschiedliche Anregungen. Sie sind glücklicherweise sehr individuelle Persönlichkeiten und verfügen über höchst unterschiedliche Fähigkeiten, in dieser Welt zu bestehen. Keine demokratische Gesellschaft kann darauf verzichten, diese Unterschiede der Fähigkeiten und Entwicklungsperspektiven zu fördern. Zugleich darf es keine demokratische Gesellschaft zulassen, dass solche Unterschiede als Ausdruck einer pluralen und ausdifferenzierten Gesellschaft für einzelne Gruppen von Kindern zu Nachteilen führen, die ihre Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung infrage stellen oder zumindest gefährden. Wie wir hier aufgezeigt haben, werden die verschiedenen Entwicklungsperspektiven der Kinder in unserer Gesellschaft sowohl durch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Eltern, ihre Kinder zu fördern, als auch die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den verschiedenen Regionen Deutschlands, verstärkt. Es macht einen Unterschied, ob ein Kind in einer süddeutschen Großstadt oder in einem Dorf im Erzgebirge aufwächst. Unter anderem diese Unterschiede repräsentieren die Vielfalt einer modernen ausdifferenzierten Gesellschaft und sind deswegen zu respektieren. Doch gilt auch hier, dass diese Unterschiede und Ausdifferenzierungen nicht dazu führen dürfen, dass Kinder in bestimmten Kontexten in ihren Entwicklungsperspektiven gegenüber Kindern in anderen Kontexten deutlich eingeschränkt werden, etwa weil die Arbeitslosigkeit der Eltern oder die geringen Chancen der älteren Geschwister am Arbeitsmarkt eigene Motivation und eigene Orientierung auf berufliche Leistungen nicht so ohne weiteres entstehen lässt.

Die hier gewählte Perspektive des kindlichen Wohlbefindens, und zwar sowohl des objektiven wie subjektiven Wohlbefindens von Kindern, eingebettet in eine Analyse der regionalen Differenzierungen, ermöglicht es aber, jene Faktoren sehr genau zu identifizieren, die in verschiedenen sozialen Kontexten sowie in verschiedenen regionalen Kontexten kumulativ zu solchen Benachteiligungen führen können.

Es ist nicht Aufgabe dieses Berichtes, detaillierte politische Programme zu formulieren. Vielmehr ist hier im Sinne der Anwaltsrolle für Kinder einzufordern, dass wir beginnen, die kindliche Entwicklung nicht nur in der Familie, sondern auch in den Institutionen als einen ganzheitlichen Prozess zu betrachten, der alle Aspekte der kindlichen Persönlichkeit und des kindlichen Wohlbefindens umfasst und auch in ihrer Gesamtheit ganzheitlich zu fördern ist.

Darüber hinaus dürfte auch deutlich geworden sein, dass die Eltern als die zentralen Vertrauenspersonen ihrer Kinder in eine solche Perspektive der Unterstützung und Förderung einbezogen werden müssen. Denn nur starke Eltern können gewährleisten, dass sich auch starke Kinder entwickeln. Das kann aber nur dann gelingen, wenn wir bereit sind zu akzeptieren, dass solche Entwicklungsprozesse nicht allein auf der Ebene des Bundes gefördert und unterstützt werden können, sondern dass die Länder, die Kreise und die Kommunen eine ebenso große Verantwortung haben. Zudem ist es Aufgabe der Forschung, in den Forschungsprojekten und Programmen, die sich auf einzelne Aspekte der kindlichen Entwicklung beziehen, wie etwa Gesundheit oder Bildung, auch die anderen der hier thematisierten Aspekte einzubeziehen.

Danksagung

Wir bedanken uns bei Anja Beisenkamp von der Prosoz Herten GmbH, dass sie uns freundlicherweise den Zugang zu ausgewählten Daten des aktuellen LBS-Kinderbarometers ermöglicht hat. Ohne diese Daten hätten wir die Dimension des subjektiven Wohlbefindens von Kindern nicht abbilden können. Dank gebührt auch Erich Stutzer und Dr. Bernd Eggen von der FaFo Familienforschung Baden-Württemberg. Sie haben, wie auch in früheren Berichten, die Aufbereitung der aktuellen Einkommensdaten übernommen. Last but not least danken wir Pia Debuschewitz von der Humboldt-Universität Berlin für ihre wertvolle Hilfe bei der Manuskriptbearbeitung.

12. Literaturverzeichnis

Aassve/A., Davia/M. A., Iacovou/M., Mazzuco/S. (2005): Does leaving home make you poor? Evidence from 13 European countries. ISER Working Paper. Colchester: University of Essex.

Amato/P. R. (2009): Institutional, Companionate, and Individualistic Marriages: A Social Psychological Perspective on Marital Change., in: Peters/E., Kamp Dush/C. (Hrsg.): Marriage and Family: Perspectives and Complexities, New York: Columbia University Press, 75-93.

Baumert/J., Klieme/E., Neubrand/M., Prenzel/M., Schiefele/U., Schneider/W., Stanat/P., Tillmand/K.-J., Weiß/M. (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen: Leske + Budrich.

Baumert/J., Artelt/C., Klieme/E., Neubrand/M., Prenzel/M., Schiefele/U., Schneider/W., Tillmand/K.-J., Weiß/M. (Hrsg.) (2002): PISA 2000 - Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich.

Bertelsmann Stiftung, Robert-Koch Institut und empirica AG (2010): Gesundheit lernen. Wohnquartiere als Chance für Kinder. Gütersloh: Selbstverlag.

Bertram/H. (2007): Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung. Innocenti Working Paper, 2006(02).

Bertram/H., Bujard/M. (2011): Fertility, Future with Children and the Importance of Regional Context, in: edited volume of the interdisciplinary working group "future with children". In Begutachtung.

Bertram/H., Kohl/S. (2010): Zur Lage der Kinder in Deutschland: Kinder stärken für eine ungewisse Zukunft. Köln: Deutsches Komitee für UNICEF.

Bertram/H., Spieß/K. (Hrsg.) (2011): Fragt die Eltern! Ravensburger Elternsurvey Elterliches Wohlbefinden in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.

Bertram/H., Fürnkranz-Prskawetz/A., Holzgreve/W., Kohli/M., Staudinger/U., Stock/G.- Interdisziplinäre Akademiegruppe Fertilität (2012): Zukunft mit Kindern – Fertilität und Gesellschaftsentwicklung. Campus Verlag. Im Erscheinen.

Biedenkopf/K., Bertram/H., Niejahr/E. (2009): Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Bronfenbrenner, Urie (1990). Ökologische Sozialisationsforschung. In: L. Kruse, C. F. Graumann & E. D. Lantermann (Hrsg.), Ökologische Psychologie (S. 76-79). Stuttgart: Enke.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2010): INKAR Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. Berlin: Selbstverlag.

Children's Charta in: League of Nations (1924): Geneva Declaration of the Rights of the Child.

Coleman/J. S. (1986): Die asymmetrische Gesellschaft. Vom Aufwachsen mit unpersönlichen Systemen. Weinheim & Basel: Beltz.

Ehmke/T., Baumert/J. (2008): Soziale Disparitäten des Kompetenzerwerbs und der Bildungsbeteiligung in den Ländern: Vergleiche zwischen PISA 2000 und PISA 2006. in: Prenzel/M. et. al.: PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich. Münster: Waxmann, 319-321.

EU Hungarian TARKI Social Research Institute (Hrsg.) (2011): Child Well-Being in the European Union. Better Monitoring Instruments for better policies, by Gabos/A., Gyorgy/T., Budapest: TARKI Inc.

Eurostat (2004): How Europeans spend their time. Everyday life of women and men 1989-2002. Luxemburg: European Communities.

Francesconi/M., Jenkins/S.P., Siedler/T. (2006): Childhood Family Structure and Schooling Outcomes: Evidence for Germany, Berlin: DIW Discussion Papers 610.

Galinsky/E. (1999): Ask the Children: What America's Children Really Think About Working Parents. New York: William Morrow.

Grabka/M., Frick/J. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene besonders betroffen, in: Zimmermann/K. et al. (Hrsg.): Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 7.

GEOLino/UNICEF, BMAS (2010): Kinderwertemonitor 2010. Ergebnisse einer Untersuchung im Auftrag von GEOLino in Kooperation mit UNICEF, unterstützt vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Guio/A. (2005): Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in EU-25, in: Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen, Eurostat, 13.

Hagemann/K., Jarausch/K. H., Allemann-Ghionda/C. (Hrsg.) (2011): Children, Families, and States: Time Policies of Childcare, Preschool and Primary Education in Europe. New York & Oxford: Berghahn.

Kaufmann/F.-X. (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München: Beck.

MASF Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Land Brandenburg (Hrsg.) (2011): Ratgeber für Familien 2011. Potsdam: MASF

Newman/K. (2012): The Accordion Family. Boomerang Kids, Anxious Parents, and the Private Toll of Global Competition. Boston: Beacon Press.

OECD (Hrsg.) (2009): PISA 2009. Assessment Framework. Key Competencies in Reading, Mathematics and Science.

- - - (2001): Lernen für das Leben. Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2000. Paris: OECD.

OECD (2011): Doing better for Families. www.oecd.org/social/family/doingbetter.

- - - (2009): Doing Better for Children? www.oecd.org/els/social/childwellbeing.

Prenzel/M., Baumert, J./ Blum/W., Lehmann/R., Leutner/D., Neubrand/R.P., Rolff/H.-G., Rost/J., Schiefele/U. (Hrsg.) (2004): PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland - Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster: Waxmann.

Prenzel/M., Artelt/C., Baumert/J., Blum/W., Hammann/M., Klieme/E., Pekrum/R. (Hrsg.) (2008): PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich. Münster: Waxmann.

ProKids-Institut PROSOZ Herten (2007): LBS-Kinderbarometer Deutschland 2007. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern in sieben Bundesländern. <http://www.prokids-institut.de>.

Rawls, J. (1982): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Robert-Koch-Studie (2007): Erste Ergebnisse der KIGGS-Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Sennett/R. (2008): Handwerk. Berlin: Berlin Verlag.

Shonkoff/J. P., Phillips/D. (2000): From Neurons to Neighborhoods: The Science of Early Childhood Development, Children, Youth, and Families Board on Development, Committee on Integrating the Science of Early Childhood, National Research Council, Washington, D.C: National Academies Press.

Statistisches Bundesamt (2006): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005. Wiesbaden: Selbstverlag.

Strohmeier/K. P., Wunderlich/H., Lersch/P. (2009): Kindheiten in Stadt(teil) und Familie, APuZ- Aus Politik und Zeitgeschichte 17, 25-32.

UNICEF Innocenti Research Centre (2007): Child Poverty in Perspective: An Overview of Child Well-Being in Rich Countries. A Comprehensive Assessment of the Lives and Well-Being of Children and

Adolescents in the Economically Advanced Nations, Innocenti Report Card No. 7, Florence.

--- (2005): Child Poverty in Rich Countries, Innocenti Report Card No. 6, Florence.

United Nations General Assembly (1959): The second Declaration of the Rights of the Child.

WHO World Health Organisation (2004): Young People's Health in Context. Health Behaviour in School-aged Children (HBSC). International report from the 2001/2002 survey. Copenhagen: WHO.

Zimmer, Undine (2011): Langzeitarbeitslosigkeit. Meine Hartz-IV-Familie, in: ZEITmagazin, Nr. 41/2011; <http://www.zeit.de/2011/41/Hartz-IV-Familie> (Zugriff 14.11.2011)

Daten-/Tabellenanhang

Abbildungsverzeichnis

Die Nummerierung der Abbildungen korrespondiert mit der Nummerierung der Indikatoren aus dem internationalen UNICEF Berichten von 2007 und 2010 (UNICEF 2007, Bertram und Kohl 2010). Auf der Ebene der Bundesländer liegen allerdings nicht zu allen Indikatoren Daten vor.

Materielles Wohlbefinden 73

Abbildung 1.0 a: Materielles Wohlbefinden von Kindern in den deutschen Bundesländern: Zusammenfassung der Daten in Abbildung 1.0 b: 2008 73

Abbildung 1.0 b: Übersicht aktueller Daten zum materiellen Wohlbefinden von Kindern im Bundesländervergleich 73

Abbildung 1.1: Anteil (in %) der Kinder (0-17) in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen unter 50% des Medians: 2008 74

Abbildung 1.2: Anteil (in %) der Kinder (0-17), die in Haushalten ohne einen erwerbstätigen Elternteil leben: 2008 74

Gesundheit und Sicherheit 75

Abbildung 2.0 a: Gesundheit und Sicherheit von Kindern in den deutschen Bundesländern: Zusammenfassung der Daten in Abbildung 2.0 b: 2007/2008 75

Abbildung 2.0 b: Übersicht aktueller Daten zu Gesundheit und Sicherheit von Kindern im Bundesländervergleich 75

Abbildung 2.1: Säuglingssterblichkeitsrate (pro 1.000 Lebendgeborene): 2008 76

Abbildung 2.2: Kinderärzte je 100.000 Kinder unter 15 Jahren: 2007 76

Abbildung 2.3: Anteil der Todesfälle bei unter 20-Jährigen: 2008 77

Bildung 77

Abbildung 3.0 a: Bildung von Kindern in den deutschen Bundesländern: Zusammenfassung der Daten in Abbildung 3.0 b: 2006-2009 77

Abbildung 3.0 b: Übersicht aktueller Daten zur Bildung von Kindern im Bundesländervergleich 78

Abbildung 3.1: PISA-Leistungen 15-Jähriger in den Bereichen Lesen, Mathe und Naturwissenschaften (arithmetisches Mittel): 2006 78

Abbildung 3.2: Ausbildungsplatzdichte - Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager: 2007 79

Abbildung 3.3: Arbeitslosenquote von 15 bis unter 25 Jahre alten Personen: 2009 79

Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie 80

Abbildung 4.0 a: Beziehungen von Kindern zu Gleichaltrigen und Familie in den deutschen Bundesländern: Zusammenfassung der Daten in Abbildung 4.0 b: 2008/2009 80

Abbildung 4.0 b: Übersicht aktueller Daten zur Beziehungen von Kindern zu Gleichaltrigen und Familie im Bundesländervergleich 80

Abbildung 4.1 a: Anteil (in %) junger Menschen, die in alleinerziehenden Familienstrukturen leben: 2008 81

Abbildung 4.1 b: Anteil (in %) junger Menschen, die in stieffamiliären Strukturen leben: 2009 81

Abbildung 4.3: Anteil der Kinder, die ein gemeinsames Hobby mit der Mutter/ dem Vater haben: 2009 82

Abbildung 4.4: Anteil der Kinder, die sich bei ihren Freunden gut oder sehr gut fühlen: 2009 83

Verhalten und Risiken 84

Abbildung 5.0: Übersicht aktueller Daten zu Verhalten und Risiken von Kindern im Bundesländervergleich 84

Abbildung 5.1 d: Anteil der Kinder, die sich zu dick fühlen: 2009 85

Abbildung 5.3 a: Anteil der Kinder, die in der Schule befürchten, manchmal, oft oder immer verprügelt zu werden: 2009 85

Abbildung 5.3 b: Anteil der Kinder, die in der Schule befürchten, manchmal, oft oder immer von anderen geärgert zu werden: 2009 86

Subjektives Wohlbefinden 87

Abbildung 6.0 a: Subjektives Wohlbefinden von Kindern in den deutschen Bundesländern: Zusammenfassung der Daten in Abbildung 6.0 b: 2009 87

Abbildung 6.0 b: Übersicht aktueller Daten zum subjektiven Wohlbefinden von Kindern im Bundesländervergleich	87
Abbildung 6.1: Anteil der Kinder, die sich oft oder immer krank fühlen: 2009	88
Abbildung 6.2: Anteil der Kinder, die in der Schule (oft/immer) gut zurecht kommen 2009	88
Abbildung 6.3 a: Anteil der Kinder, die ihr allgemeines Wohlbefinden besser als mittelmäßig einstufen 2009	89
Abbildung 6.3 d: Anteil der Kinder, die ihr schulisches Wohlbefinden schlechter als mittelmäßig einstufen (sehr schlecht, schlecht, eher schlecht) 2009	89

Zusätzliche Abbildungen 90

Abbildung 7 a-d: Pro-Kopf-Ausgaben von Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren für Nahrungsmittel/Getränke, Alkohol/Tabak, Bekleidung/Schuhe und Miete 2008	90
---	----

Quellen und Anmerkungen s. S. 91/92

Materielles Wohlbefinden

Abbildung 1.0 a:

Materielles Wohlbefinden von Kindern in den deutschen Bundesländern:

Zusammenfassung der Daten in Abbildung 1.0 b: 2008

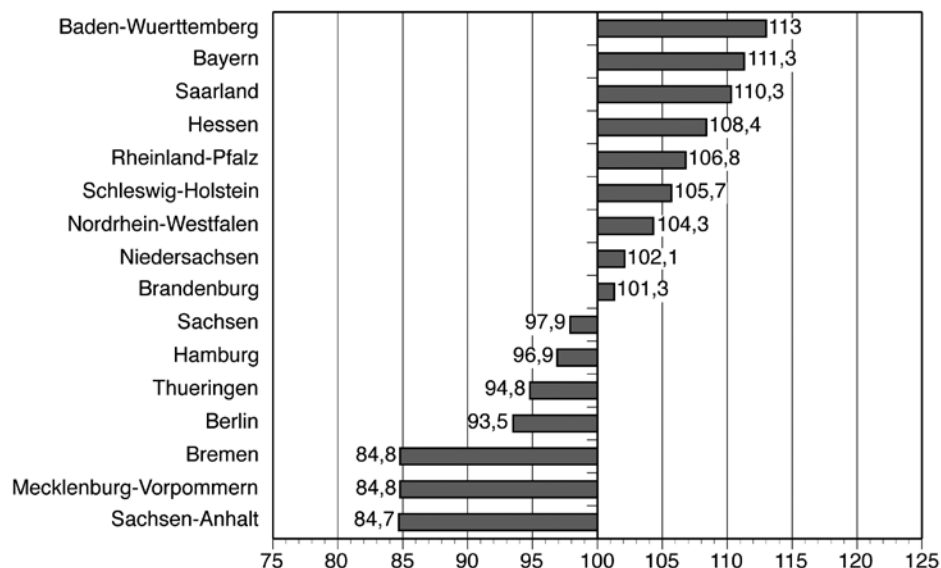


Abbildung 1.0 b:

Übersicht aktueller Daten zum materiellen Wohlbefinden von Kindern im Bundesländervergleich

Materielles Wohlbefinden					
	Einkommensarmut bei Kindern	Deprivation			Arbeit
	Anteil (in %) der Kinder (0-17) in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen unter 50% des Medians: 2008	Anteil (in %) der Kinder, die über geringen Wohlstand ihrer Familie berichten: 11, 13 und 15 Jahre alt	Anteil (in %) der Kinder im Alter von 15 Jahren, die berichten, weniger als 7 Bildungsgüter zu besitzen	Anteil (in %) der Kinder im Alter von 15 Jahren, die berichten, dass in ihrem Zuhause weniger als zehn Bücher vorhanden sind	Anteil (in %) der Kinder (0-17), die in Haushalten ohne einen erwerbstätigen Elternteil leben: 2008
Schleswig-Holstein	8	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.			10,3
Hamburg	10				18,3
Niedersachsen	10				11,7
Bremen	17				22,8
Nordrhein-Westfalen	8				12
Hessen	6				9,9
Rheinland-Pfalz	8				8,9
Baden-Wuerttemberg	5				5,7
Bayern	6				6,2
Saarland	5				9,1
Berlin	7				27,3
Brandenburg	9				14,3
Mecklenburg-Vorpommern	18				21,3
Sachsen	10				17
Sachsen-Anhalt	17				23
Thuringen	12				17,9

Abbildung 1.1:
Anteil (in %) der Kinder (0-17) in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen unter 50% des Medians: 2008

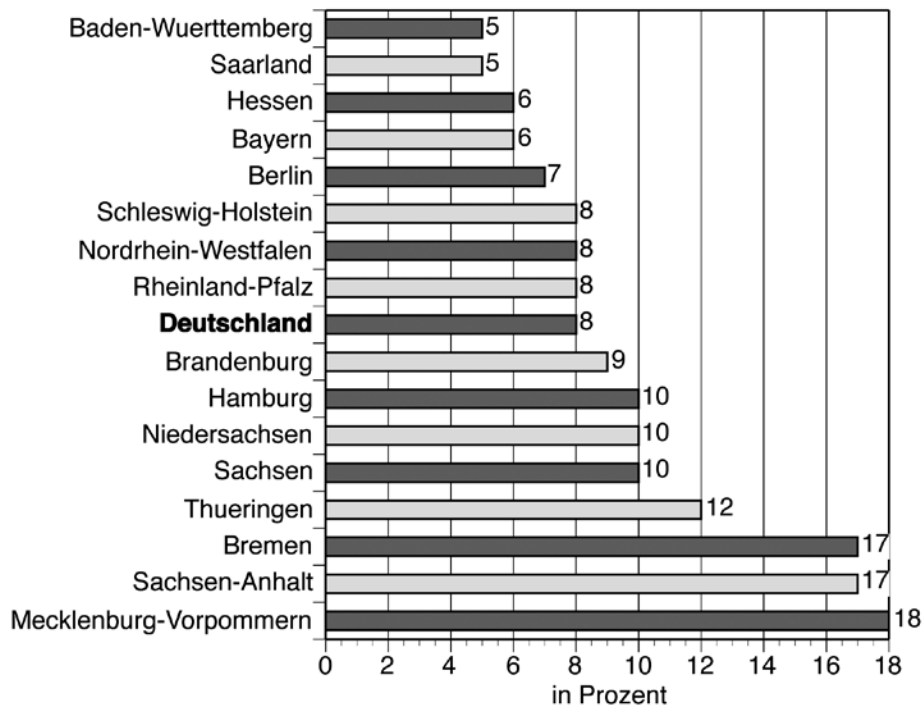
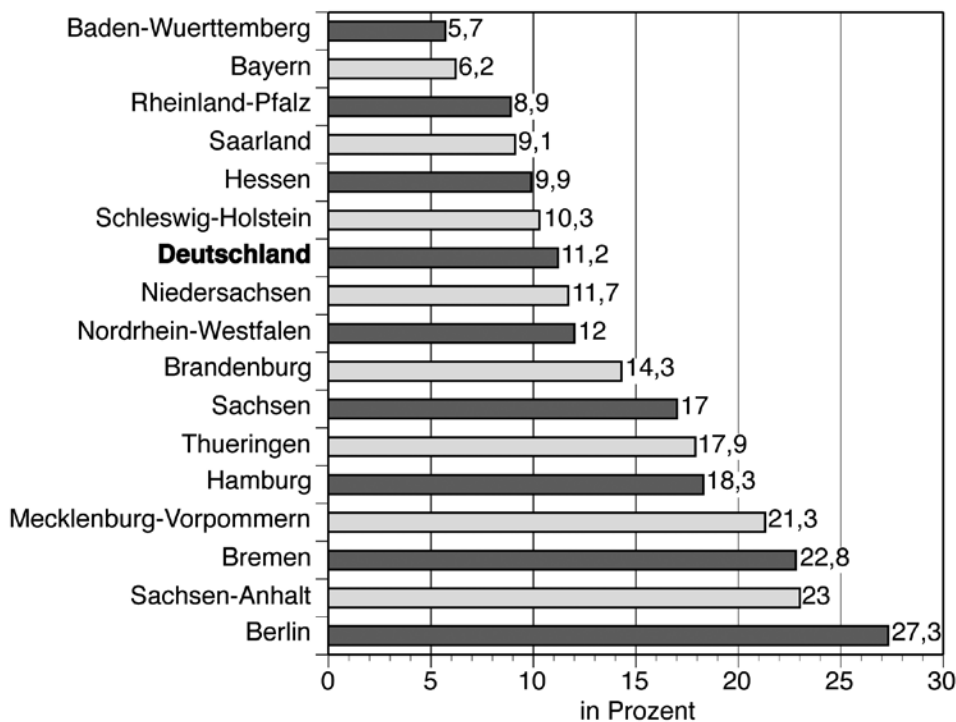


Abbildung 1.2:
Anteil (in %) der Kinder (0-17), die in Haushalten ohne einen erwerbstätigen Elternteil leben: 2008



Gesundheit und Sicherheit

Abbildung 2.0 a:

Gesundheit und Sicherheit von Kindern in den deutschen

Bundesländern: Zusammenfassung der Daten in Abbildung 2.0 b: 2007/2008

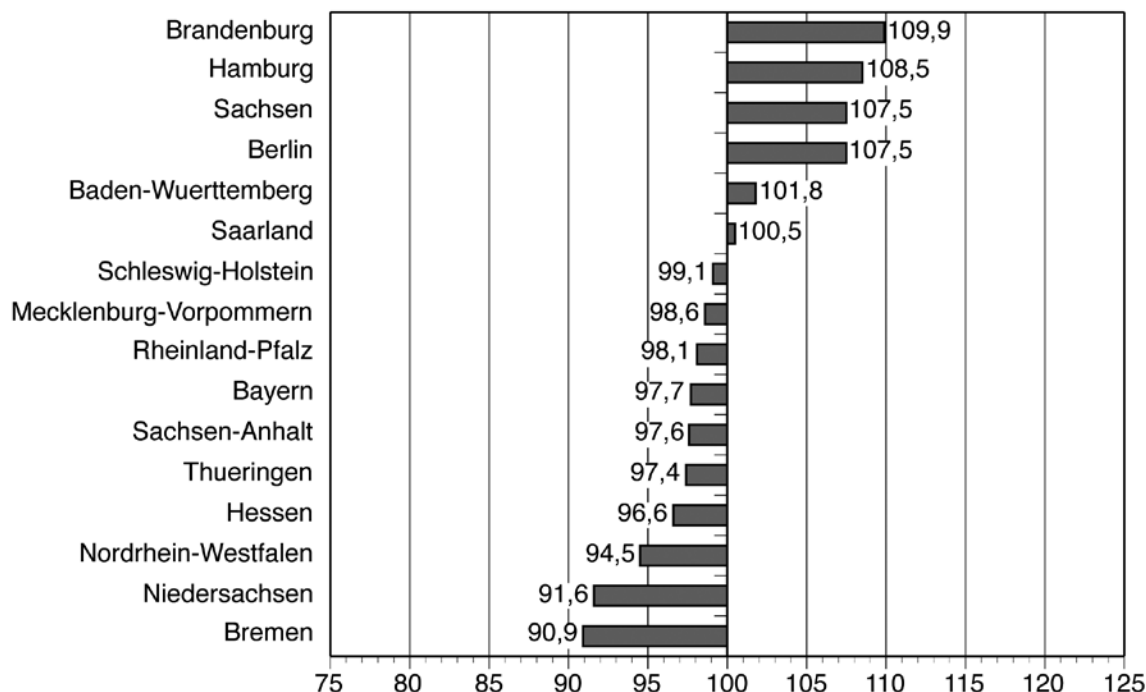


Abbildung 2.0 b:

Übersicht aktueller Daten zu Gesundheit und Sicherheit von Kindern im Bundesländervergleich

Gesundheit und Sicherheit				
	Gesundheit bei der Geburt		Medizinische Versorgungsstruktur	Jugendsterblichkeit
	Säuglingssterblichkeitsrate (pro 1.000 Lebendgeborene): 2008	geringes Geburtsgewicht (Prozentanteil der Neugeborenen unter 2.500g)	Kinderärzte je 100.000 Kinder unter 15 Jahren: 2007	Anteil der Todesfälle bei unter 20-Jährigen: 2008
Schleswig-Holstein	3,2	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.	48,0	17,2
Hamburg	2,9		61,0	12,1
Niedersachsen	4,2		40,0	18,2
Bremen	5,0		83,0	25,3
Nordrhein-Westfalen	4,3		47,0	16,2
Hessen	4,0		47,0	15,5
Rheinland-Pfalz	3,1		46,0	18,6
Baden-Wuerttemberg	3,1		49,0	15,2
Bayern	3,1		47,0	19,2
Saarland	3,4		55,0	16,8
Berlin	3,4		81,0	15,8
Brandenburg	2,2		65,0	15,6
Mecklenburg-Vorpommern	3,7		74,0	22,0
Sachsen	2,6		80,0	19,6
Sachsen-Anhalt	3,4		70,0	23,2
Thuringen	3,2		69,0	24,4

Abbildung 2.1:
Säuglingssterblichkeitsrate (pro 1.000 Lebendgeborene): 2008

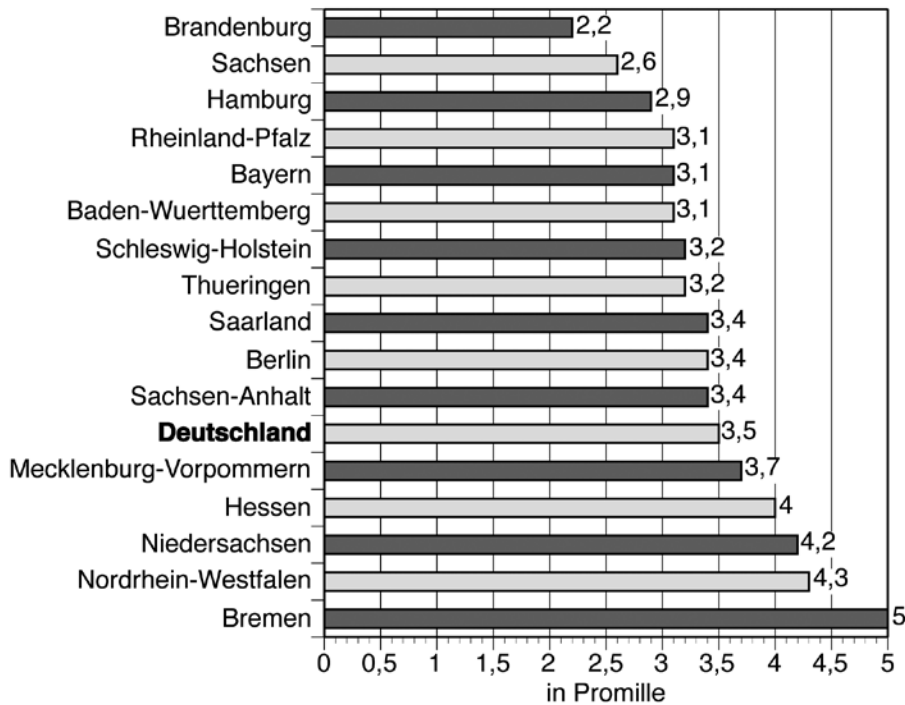


Abbildung 2.2:
Kinderärzte je 100.000 Kinder unter 15 Jahren: 2007

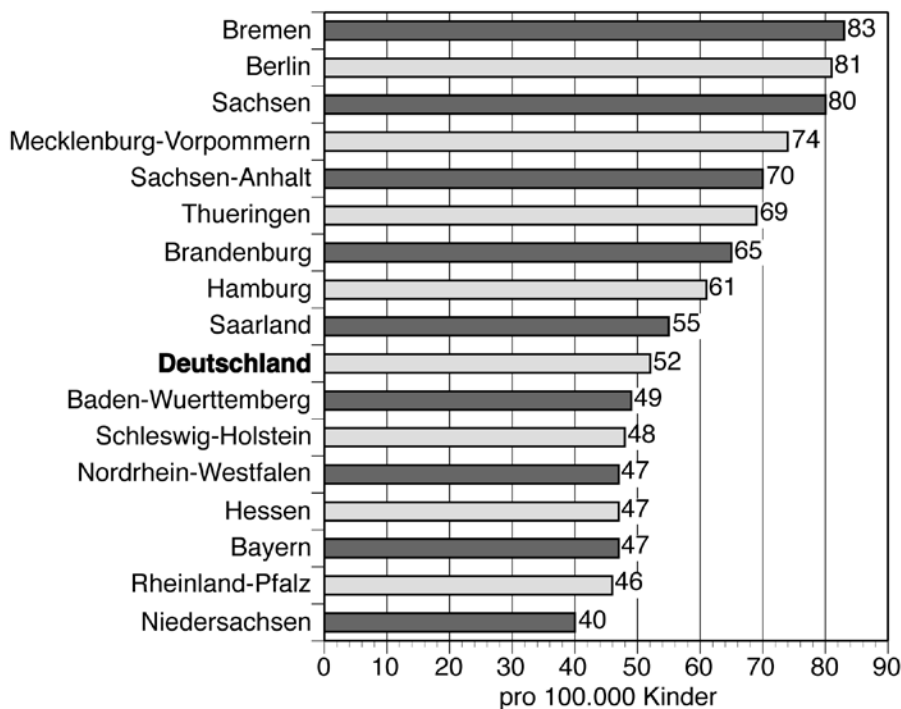
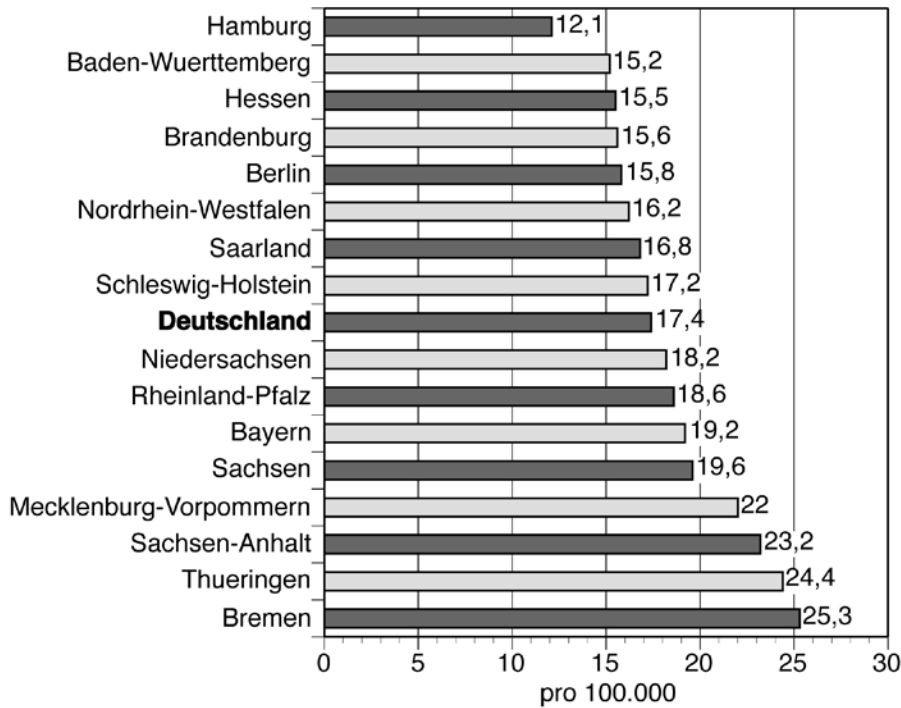


Abbildung 2.3:
Anteil der Todesfälle bei unter 20-Jährigen: 2008



Bildung

Abbildung 3.0 a:
Bildung von Kindern in den deutschen Bundesländern: Zusammenfassung der Daten in Abbildung 3.0 b: 2006-2009

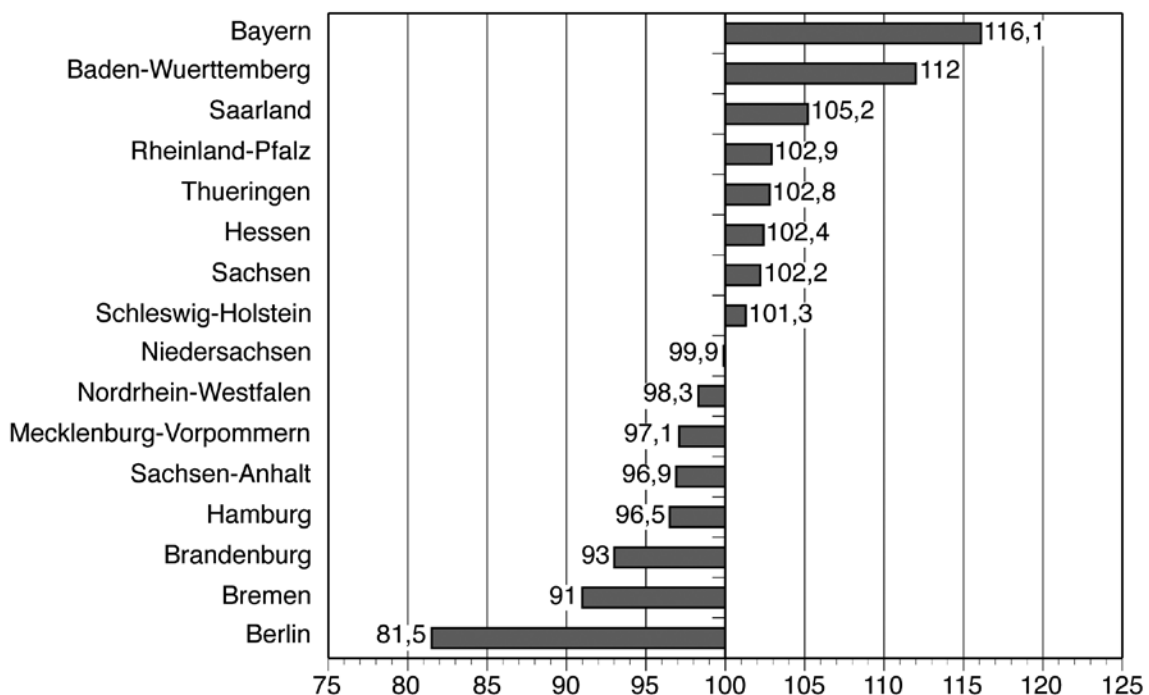


Abbildung 3.0 b:
Übersicht aktueller Daten zur Bildung von Kindern im Bundesländervergleich

Bildung						
	Leistung			Partizipation	Ziele	
	Leistungen bezüglich der Lesefähigkeit bei 15-Jährigen: 2006 (PISA)	Mathematik Leistungen bei 15-Jährigen: 2006 (PISA)	Leistungen bei den naturwissenschaftlichen Fähigkeiten bei 15-Jährigen: 2006 (PISA)	Ausbildungsplatzdichte - Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager: 2007	Arbeitslosenquote von 15 bis unter 25 Jahre alten Personen: 2009	Anteil (in %) der 15-jährigen Schülerinnen, die Arbeit mit niedriger Qualifizierung erwarten
Schleswig-Holstein	485	497	510	99,2	8,4	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.
Hamburg	476	488	497	97,0	8,1	
Niedersachsen	484	489	506	98,1	7,6	
Bremen	474	478	485	96,7	10,7	
Nordrhein-Westfalen	490	493	503	96,9	8,5	
Hessen	492	500	507	98,1	7,0	
Rheinland-Pfalz	499	500	516	96,6	6,6	
Baden-Wuerttemberg	500	516	523	101,1	4,6	
Bayern	511	522	533	102,6	4,6	
Saarland	497	498	512	100,7	7,6	
Berlin	488	495	508	87,3	15,3	
Brandenburg	486	500	514	94,7	12,5	
Mecklenburg-Vorpommern	480	500	515	98,7	12,0	
Sachsen	512	523	541	96,6	12,5	
Sachsen-Anhalt	487	499	518	98,7	13,0	
Thuringen	500	509	530	98,2	10,2	

Abbildung 3.1:
PISA-Leistungen 15-Jähriger in den Bereichen Lesen, Mathe und Naturwissenschaften (arithmetisches Mittel): 2006

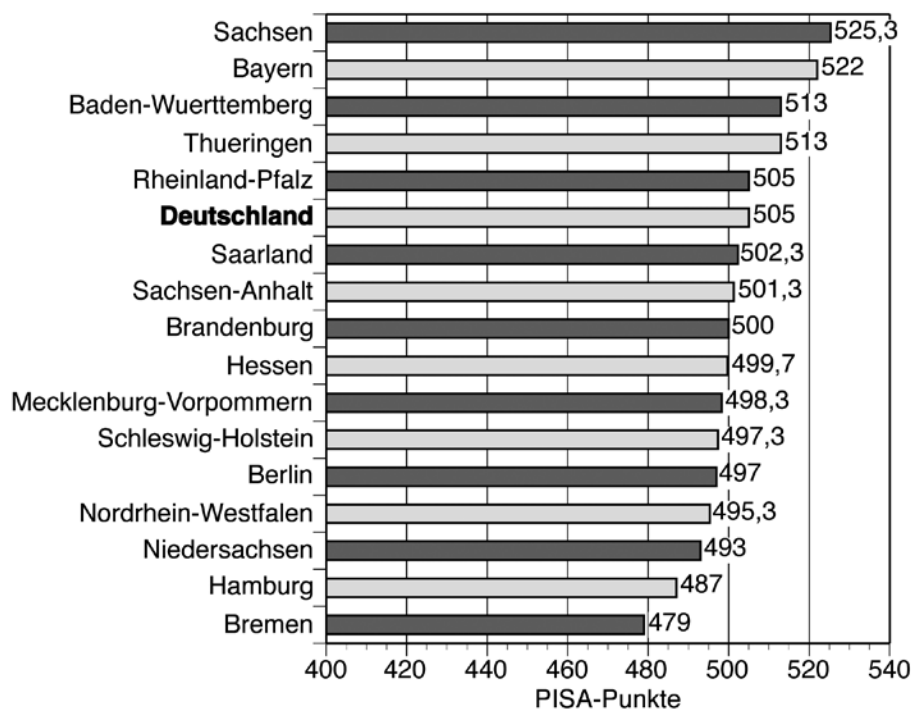


Abbildung 3.2:
Ausbildungsplatzdichte - Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager: 2007

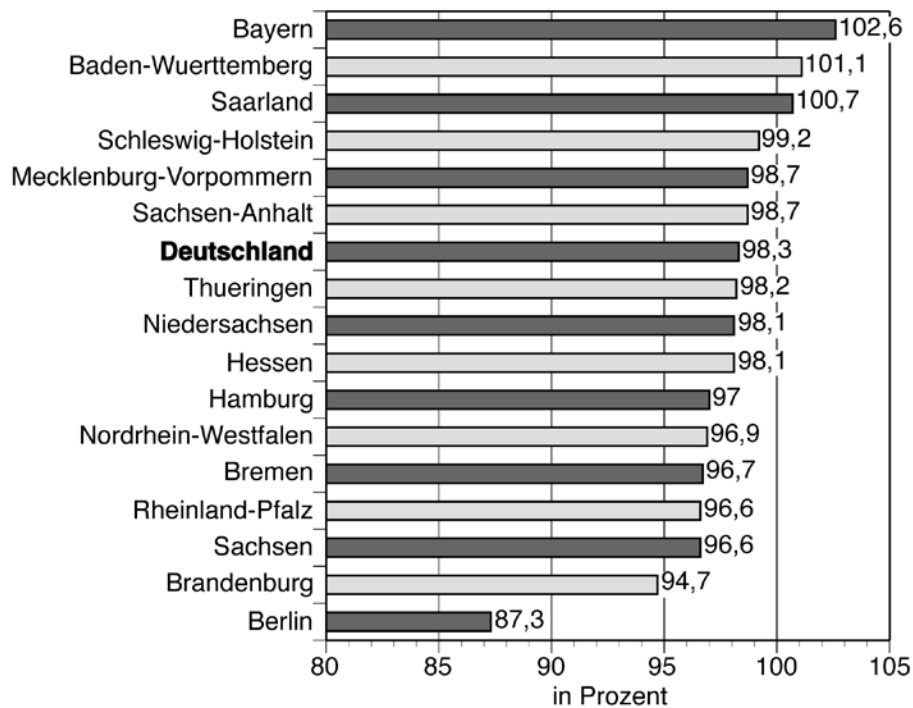
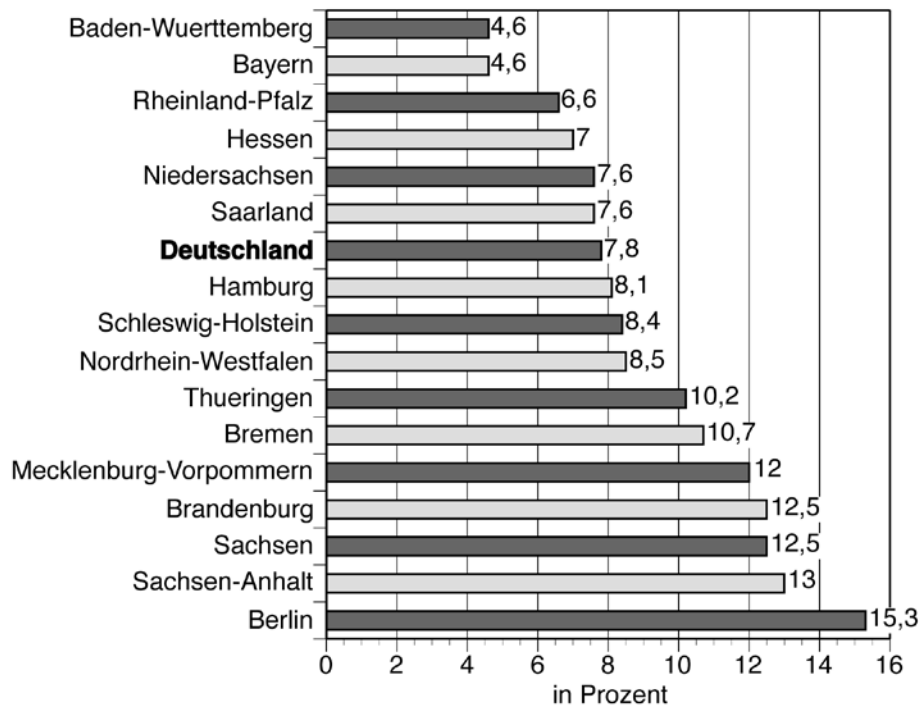


Abbildung 3.3:
Arbeitslosenquote von 15 bis unter 25 Jahre alten Personen: 2009



Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie

Abbildung 4.0 a:
Beziehungen von Kindern zu Gleichaltrigen und Familie in den deutschen Bundesländern: Zusammenfassung der Daten in Abbildung 4.0 b: 2008/2009

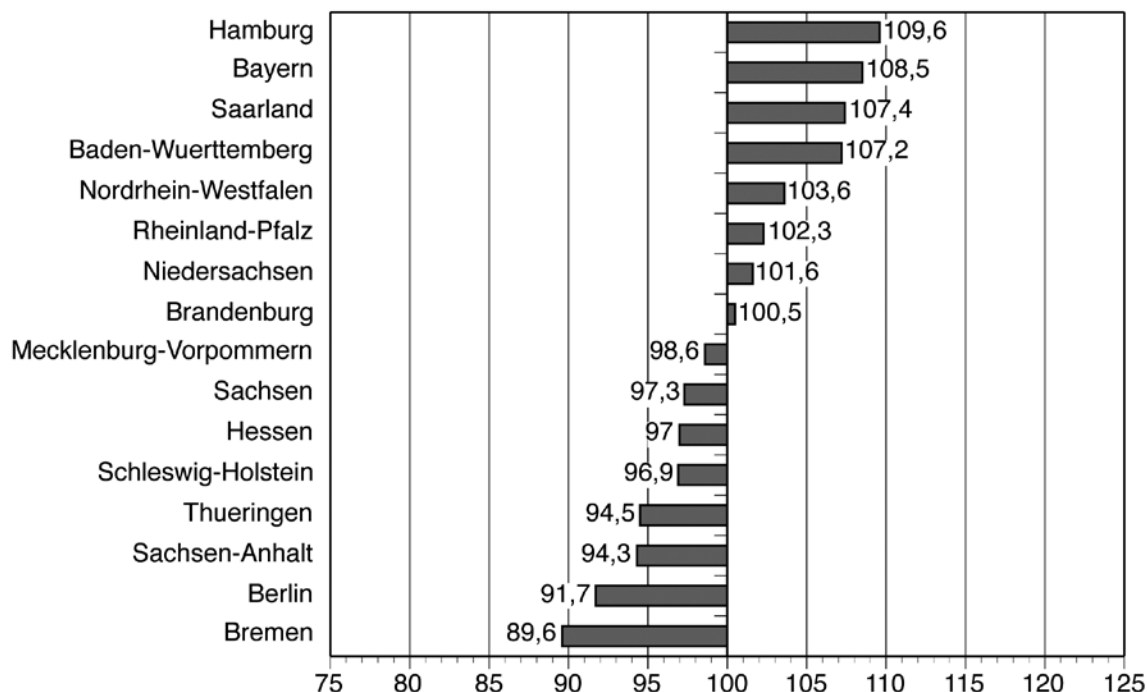


Abbildung 4.0 b:
Übersicht aktueller Daten zur Beziehungen von Kindern zu Gleichaltrigen und Familie im Bundesländervergleich

Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie					
	Familienstrukturen		Familienbeziehungen		Beziehungen zu Gleichaltrigen
	Anteil (in %) junger Menschen, die in alleinerziehenden Familienstrukturen leben: 2008	Anteil (in %) junger Menschen, die in Stieffamilienstrukturen leben: 2008	Anteil (%) der Schülerinnen, deren Eltern mit ihnen die Hauptmahlzeit mehrmals in der Woche an einem Tisch einnehmen, 15 Jahre	Anteil der Kinder, die ein gemeinsames Hobby mit der Mutter/ dem Vater haben (Mittelwert): 2008	Anteil der Kinder, die sich bei ihren Freunden gut oder sehr gut fühlen: 2008
Schleswig-Holstein	17,7	10,5	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.	55,4	87,9
Hamburg	25,7	9,0		65,4	89,7
Niedersachsen	16,5	6,8		54,7	89,4
Bremen	27,5	10,5		58,3	83,7
Nordrhein-Westfalen	15,2	7,3		58,7	88,0
Hessen	14,6	8,1		56,1	86,1
Rheinland-Pfalz	15,8	5,1		59,9	85,8
Baden-Wuerttemberg	12,6	5,6		57,0	90,0
Bayern	14,1	6,3		60,4	89,1
Saarland	17,0	9,7		62,1	89,3
Berlin	31,0	8,3		57,9	84,9
Brandenburg	24,0	12,3		59,5	89,2
Mecklenburg-Vorpommern	25,0	10,0		56,5	89,3
Sachsen	22,3	9,1		56,2	87,9
Sachsen-Anhalt	25,0	13,2		53,5	90,0
Thueringen	21,5	13,3	54,2	89,1	

Abbildung 4.1 a:

Anteil (in %) junger Menschen, die in alleinerziehenden Familienstrukturen leben: 2008

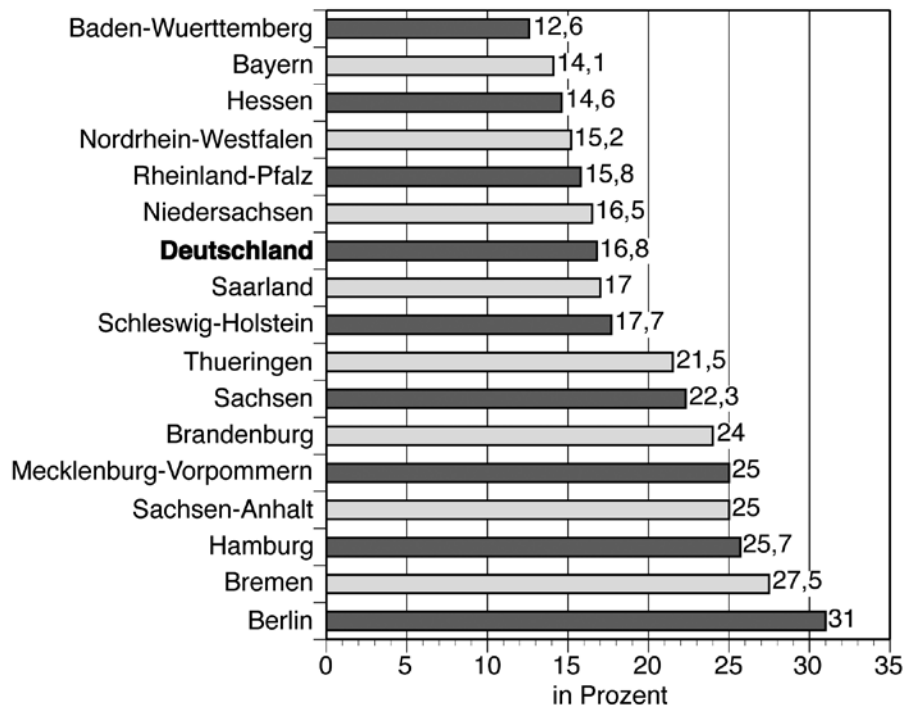


Abbildung 4.1 b:

Anteil (in %) junger Menschen, die in stieffamiliären Strukturen leben: 2009

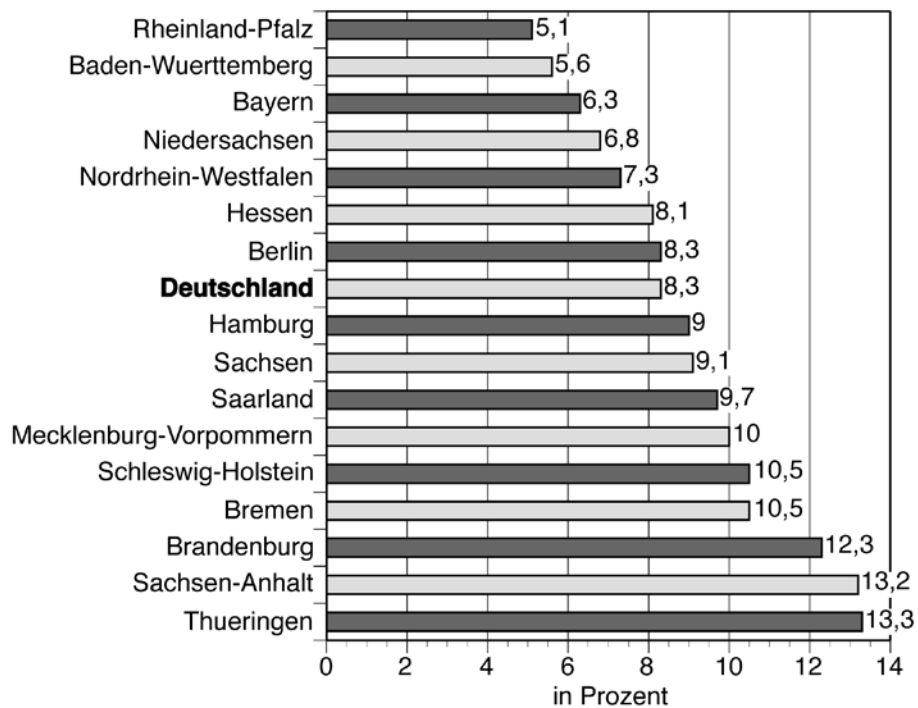


Abbildung 4.3:

Anteil der Kinder, die ein gemeinsames Hobby mit der Mutter/ dem Vater haben: 2009

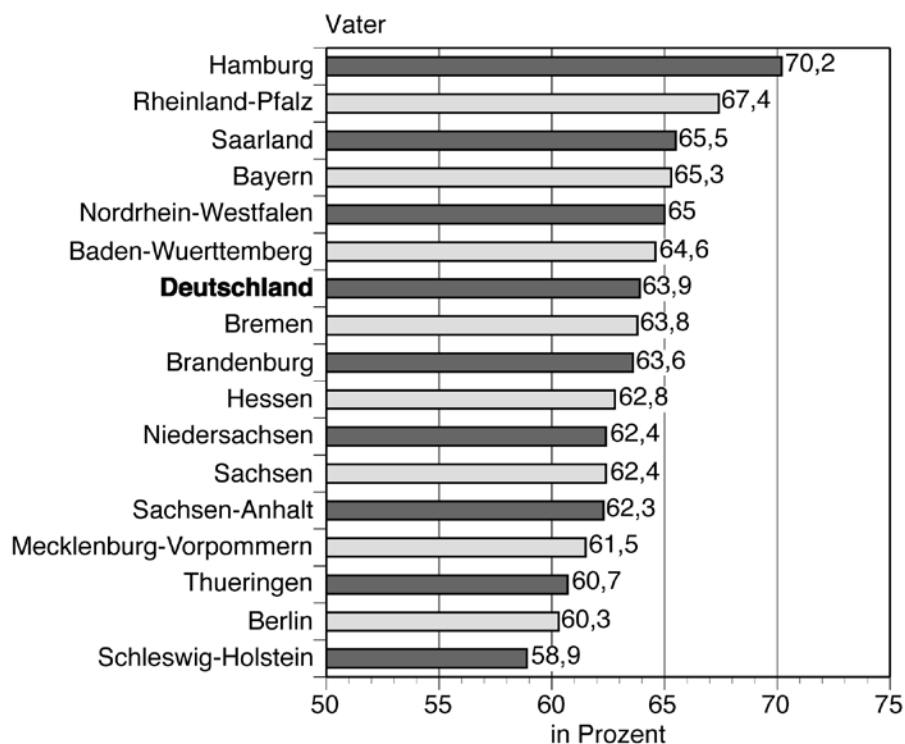
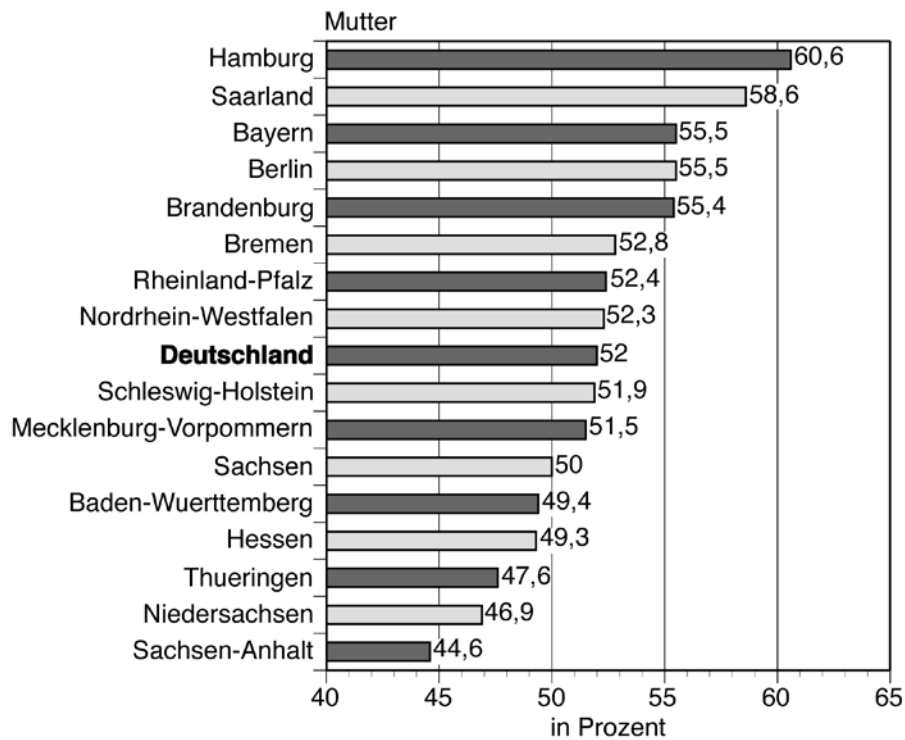
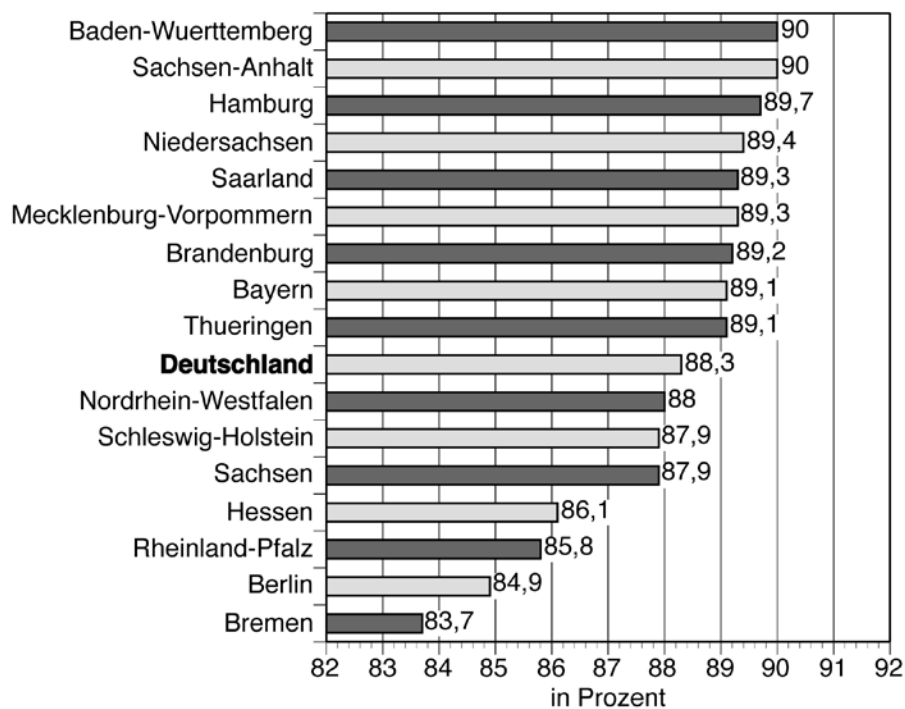


Abbildung 4.4:

Anteil der Kinder, die sich bei ihren Freunden gut oder sehr gut fühlen: 2009



Verhalten und Risiken

Abbildung 5.0:
Übersicht aktueller Daten zu Verhalten und Risiken von Kindern im Bundesländervergleich

Verhalten und Risiken I						
	Risikoverhalten					
	Anteil (in %) der 11-, 13- und 15-Jährigen, die mindestens einmal in der Woche Zigaretten rauchen	Anteil (in %) der 11-, 13- und 15-Jährigen, die 2 mal oder mehrmals betrunken waren	Anteil (in %) junger Menschen, die in den letzten 12 Monaten Cannabis konsumiert haben, 15 Jahre	Jugendfertilität, Geburten pro 1.000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren	Anteil (in %) junger Menschen, die bereits sexuellen Verkehr hatten, 15 Jahre	Anteil (in %) junger Menschen, die bei ihrem letzten sexuellen Verkehr ein Kondom benutzt haben, 15 Jahre
Schleswig-Holstein	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.					
Hamburg						
Niedersachsen						
Bremen						
Nordrhein-Westfalen						
Hessen						
Rheinland-Pfalz						
Baden-Wuerttemberg						
Bayern						
Saarland						
Berlin						
Brandenburg						
Mecklenburg-Vorpommern						
Sachsen						
Sachsen-Anhalt						
Thuringen						
Verhalten und Risiken II						
	Erfahrungen mit Gewalt		Gesundheitsverhalten			
	Anteil der Kinder, die in der Schule befürchten manchmal, oft oder immer verprügelt zu werden: 2009	Anteil der Kinder, die in der Schule befürchten, manchmal, oft oder immer von Anderen geärgert zu werden: 2009	Anteil (in %) junger Menschen, die täglich Obst essen; 11, 13 und 15 Jahre	Anteil (in %) junger Menschen, die an jedem Schultag frühstücken; 11, 13 und 15 Jahre	Anteil (in %) junger Menschen, die angeben, sich mindestens eine Stunde pro Tag moderat bis stark zu bewegen, 11, 13 und 15 Jahre	Anteil der Kinder, die sich zu dick fühlen: 2009
Schleswig-Holstein	11,9	25,8	Bislang sind keine regionalen Daten für Deutschland verfügbar.			
Hamburg	8,6	22,6				
Niedersachsen	8,1	23,8				
Bremen	12,7	27,1				
Nordrhein-Westfalen	9,1	26,7				
Hessen	11,2	27,2				
Rheinland-Pfalz	7,7	19,6				
Baden- Wuerttemberg	8,0	26,2				
Bayern	6,6	23,2				
Saarland	11,6	28,5				
Berlin	8,2	30,6				
Brandenburg	10,8	27,6				
Mecklenburg-Vorpommern	11,3	30,3				
Sachsen	10,2	31,7				
Sachsen-Anhalt	12,5	30,7				
Thuringen	7,9	25,6				

Abbildung 5.1 d:
Anteil der Kinder, die sich zu dick fühlen: 2009

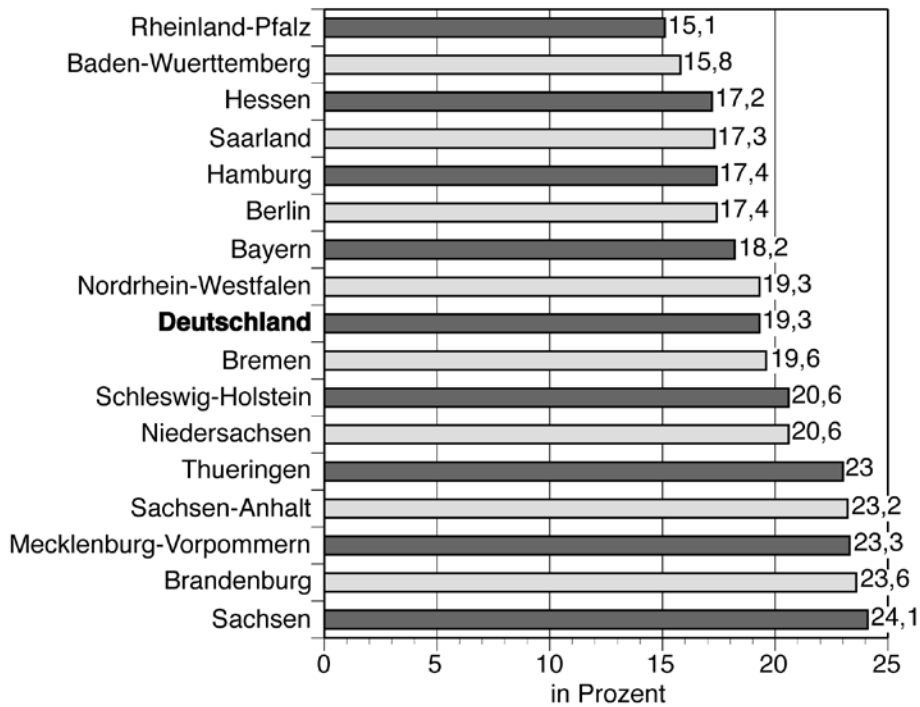


Abbildung 5.3 a:
Anteil der Kinder, die in der Schule befürchten manchmal, oft oder immer verprügelt zu werden: 2009

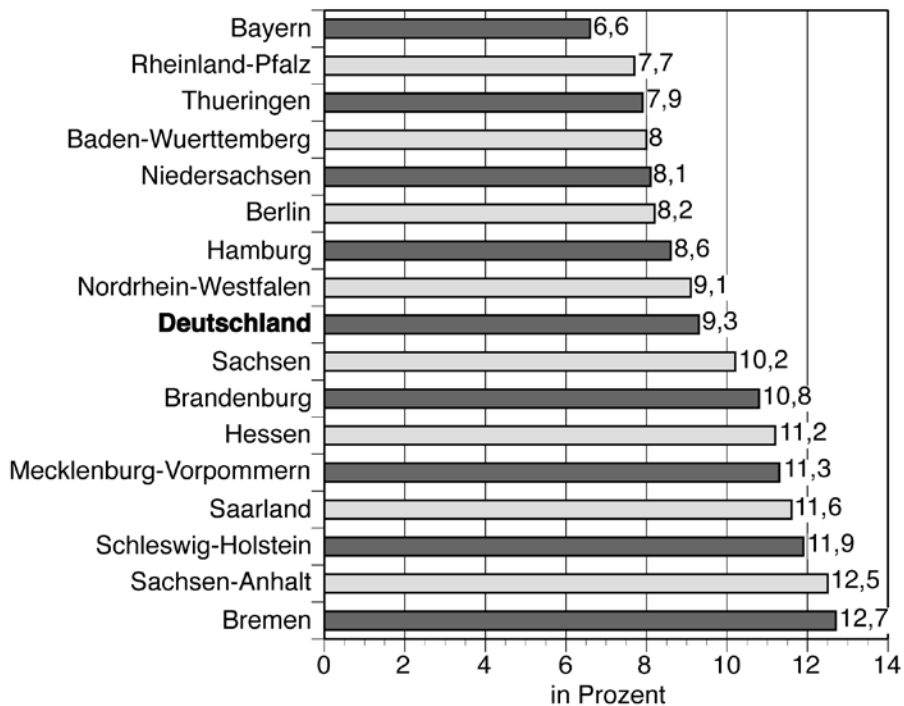
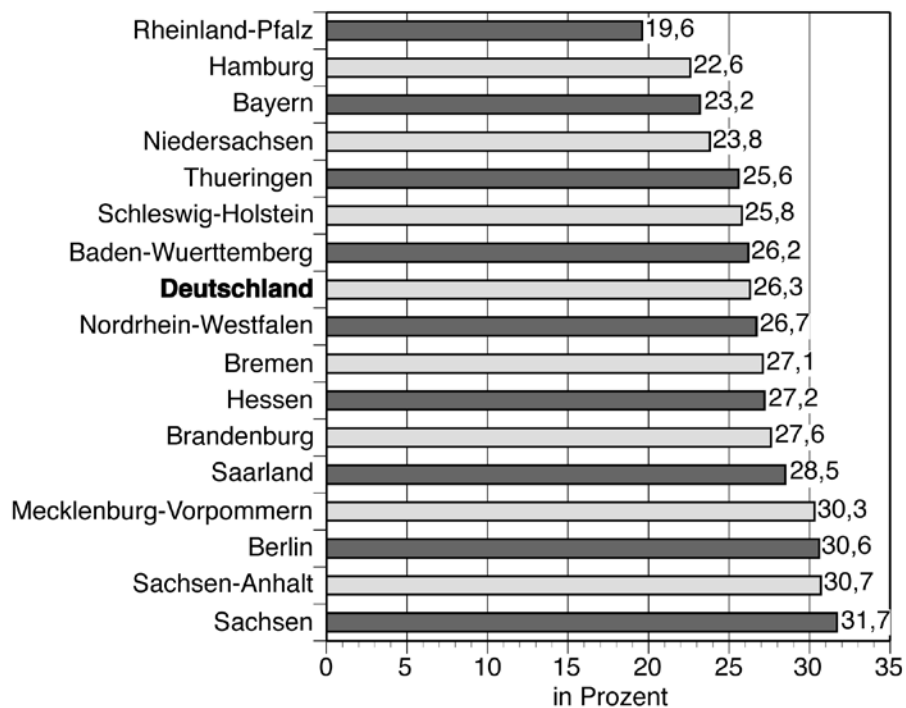


Abbildung 5.3 b:
Anteil der Kinder, die in der Schule befürchten, manchmal, oft oder immer von anderen geärgert zu werden: 2009



Subjektives Wohlbefinden

Abbildung 6.0 a:

**Subjektives Wohlbefinden von Kindern in den deutschen Bundesländern:
Zusammenfassung der Daten in Abbildung 6.0 b: 2009**

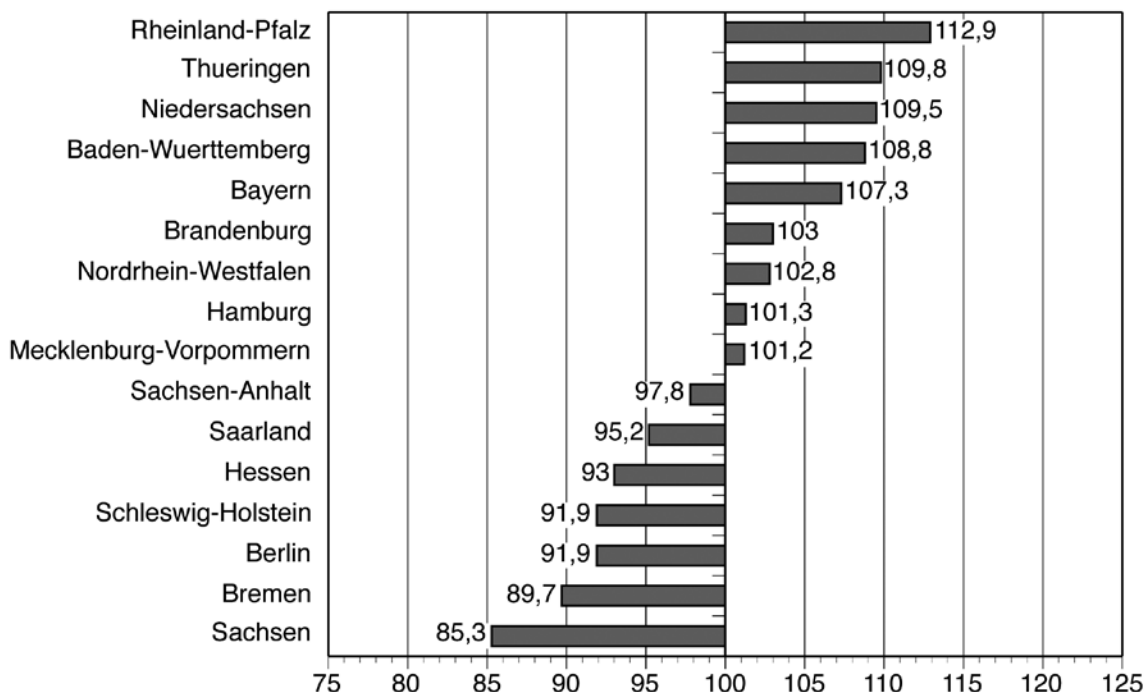


Abbildung 6.0 b:

**Übersicht aktueller Daten zum subjektiven Wohlbefinden von Kindern im
Bundesländervergleich**

Subjektives Wohlbefinden					
	Gesundheit		persönliches Wohlbefinden		Bewältigung des Schulalltags
	Anteil der Kinder, die sich oft oder immer krank fühlen: 2009	Anteil der Kinder, die ihr allgemeines Wohlbefinden besser als mittelmäßig einstufen 2009	Anteil der Kinder, die sich in der Schule unwohl fühlen (sehr schlecht, schlecht, eher schlecht) 2009	Anteil der Kinder, die in der Schule (oft/immer) gut zurecht kommen 2009	
Schleswig-Holstein	8,2	78,2	15,4	74,9	
Hamburg	8,4	81,8	14,7	79,9	
Niedersachsen	6,0	81,6	11,4	79,4	
Bremen	8,4	80,4	17,0	73,4	
Nordrhein-Westfalen	7,3	81,1	13,1	78,2	
Hessen	9,4	81,9	14,7	75,3	
Rheinland-Pfalz	5,6	85,7	11,1	78,5	
Baden-Württemberg	6,7	84,0	13,3	80,1	
Bayern	6,8	82,4	12,1	79,2	
Saarland	10,1	81,8	12,0	76,5	
Berlin	10,2	78,8	12,7	76,4	
Brandenburg	7,7	80,8	12,1	78,6	
Mecklenburg-Vorpommern	7,7	79,2	10,3	76,8	
Sachsen	9,1	76,6	15,4	72,4	
Sachsen-Anhalt	8,9	80,2	12,3	77,4	
Thüringen	6,8	79,5	12,3	83,1	

Abbildung 6.1:
Anteil der Kinder, die sich oft oder immer krank fühlen: 2009

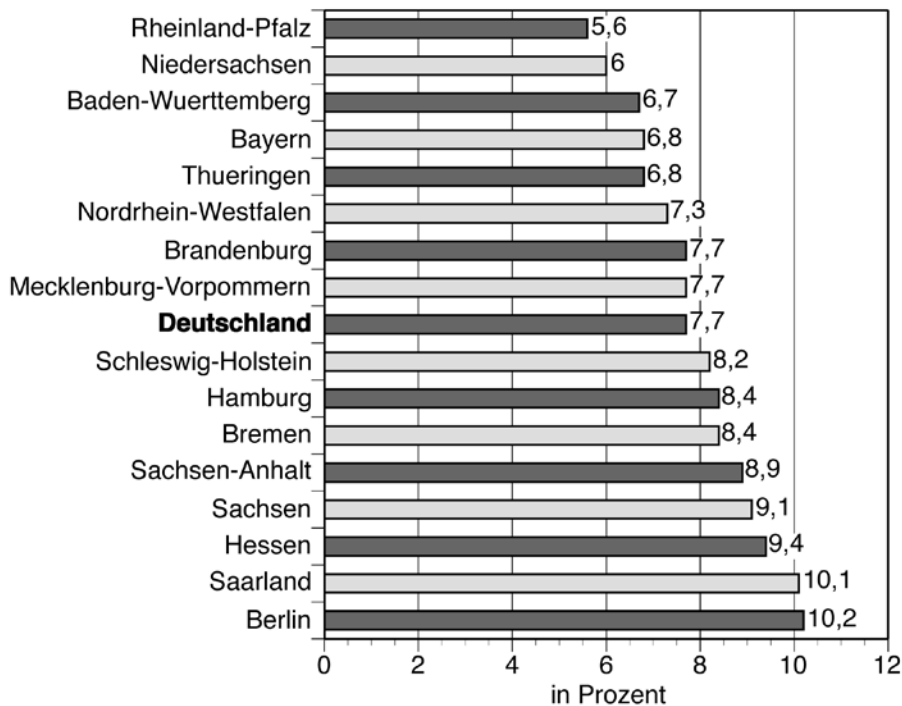


Abbildung 6.2:
Anteil der Kinder, die in der Schule (oft/immer) gut zurecht kommen 2009

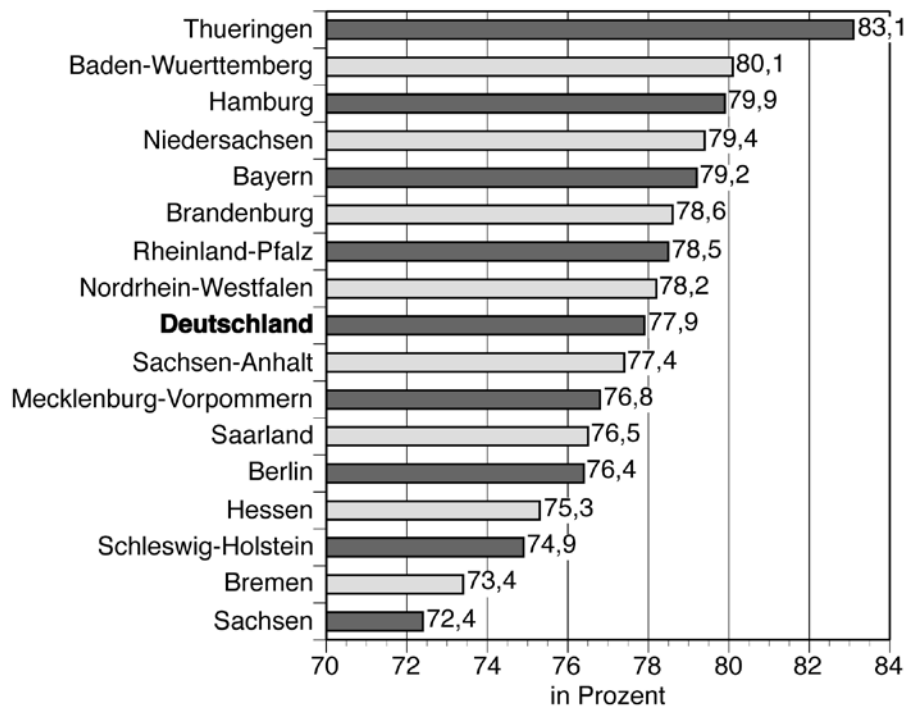


Abbildung 6.3 a:
Anteil der Kinder, die ihr allgemeines Wohlbefinden besser als mittelmäßig einstufen 2009

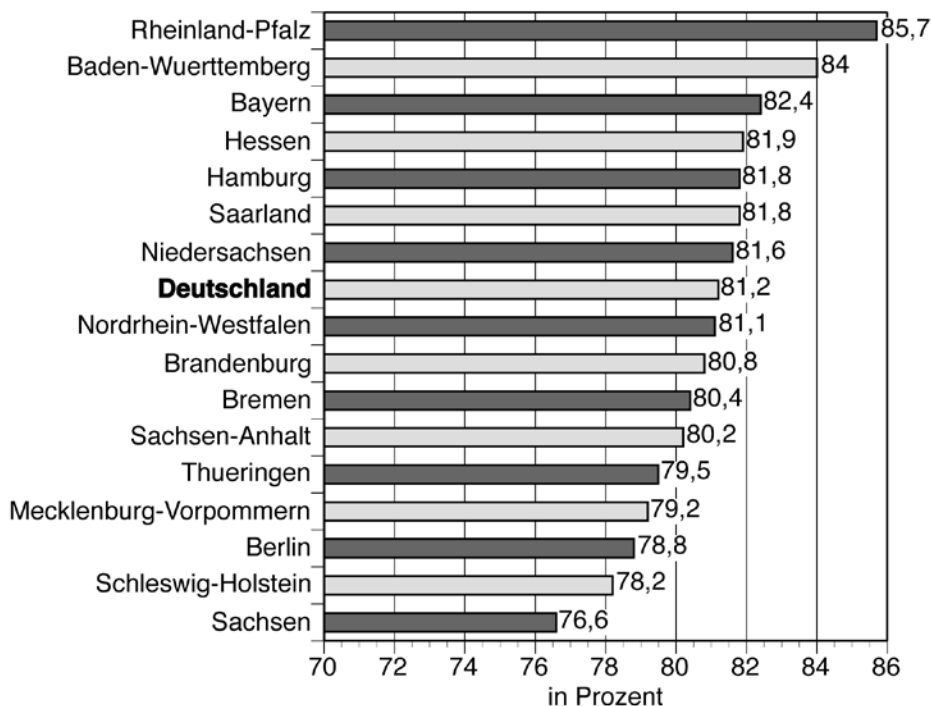
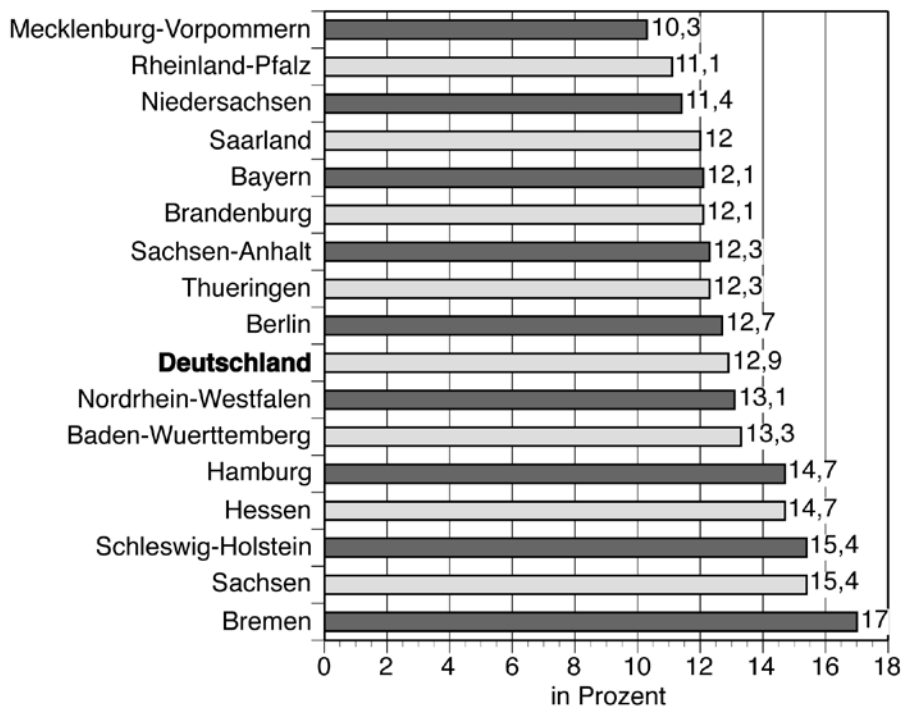


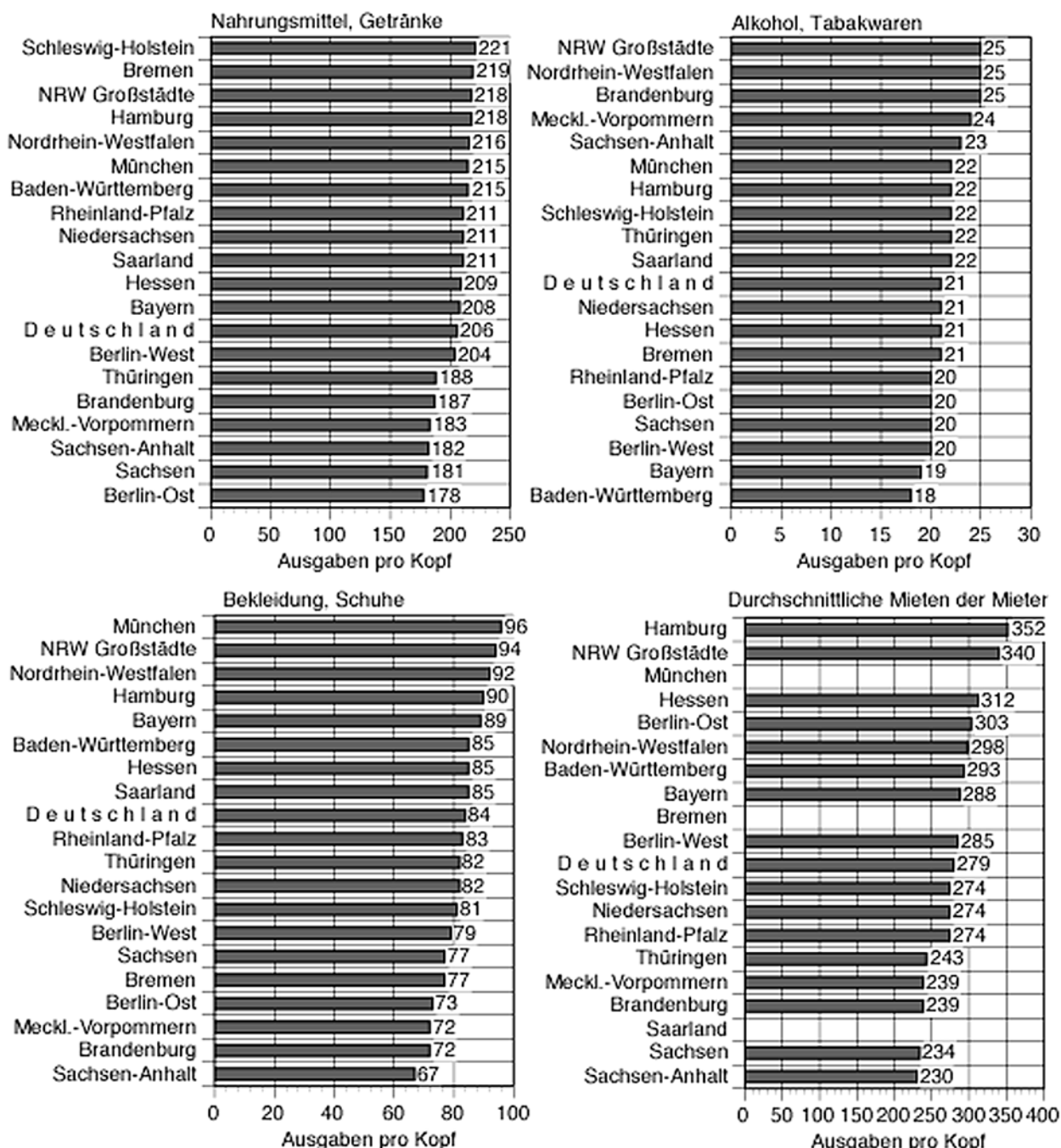
Abbildung 6.3 d:
Anteil der Kinder, die ihr schulisches Wohlbefinden schlechter als mittelmäßig einstufen (sehr schlecht, schlecht, eher schlecht) 2009



Zusätzliche Abbildungen

Abbildung 7 a-d :

Pro-Kopf-Ausgaben von Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren für Nahrungsmittel/Getränke, Alkohol/Tabak, Bekleidung/Schuhe und Miete 2008



Quellen und Anmerkungen zum Daten- und Quellenanhang

Materielles Wohlbefinden

Abbildung 1.1:

Quelle: FaFo Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Ergebnisse des Mikrozensus 2008

Anmerkung: Die Einkommensangaben sind pro Kopf gewichtet: Nach der neuen OECD Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und alle jüngeren mit 0,3.

Abbildung 1.2:

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus 2008

Gesundheit und Sicherheit

Abbildung 2.1:

Quelle: Statistisches Bundesamt Regionalstatistik <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/>

Anmerkung: Die Zahlen geben das Verhältnis von Lebendgeborenen und gemeldeten Sterbefällen unter einem Jahr für das Jahr 2008 an.

Abbildung 2.2:

Quelle: INKAR 2007

Abbildung 2.3:

Quelle: Statistisches Bundesamt Regionalstatistik <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/>

Anmerkung: Die Zahlen geben das Verhältnis der Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Alter über einem und unter 20 Jahren und den für diese Altersgruppe gemeldeten Todesfällen für das Jahr 2008 an.

Bildung

Abbildung 3.1:

Quelle: Prenzel et al.: PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich - Zusammenfassung, eigene Berechnung

Abbildung 3.2:

Quelle: INKAR 2007

Anmerkung: Die Zahlen ergeben sich aus folgender Berechnung - Neu abgeschlossene betriebliche Ausbildungsverträge und unbesetzte Ausbildungsplätze <Zeitpunkt> / Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und noch nicht vermittelte Bewerber <Zeitpunkt> x 100

Abbildung 3.3:

Quelle: Statistisches Bundesamt Regionalstatistik <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/>

Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie

Abbildung 4.1 a:

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus 2008, eigene Berechnungen

Abbildung 4.1 b, 4.3 und 4.4 :

Quelle: ProKids-Institut, PROSOZ Herten, Ergebnisse des LBS-Kinderbarometers 2009

Verhalten und Risiken

Abbildungen 5.1 d und 5.3 a-b:

Quelle: ProKids-Institut, PROSOZ Herten, Ergebnisse des LBS-Kinderbarometers 2009

Subjektives Wohlbefinden

Abbildungen 6.1, 6.2 und 6.3 a und 6.3 d:

Quelle: ProKids-Institut, PROSOZ Herten, Ergebnisse des LBS-Kinderbarometers 2009

Zusätzliche Abbildungen

Abbildungen 7 a-d:

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Scientific Use File 2008; eigene Berechnungen und Darstellung.

Anmerkungen: Bremen N: 97, München: 102, Berlin-West 126, Berlin-Ost: 150, Hamburg: 160, Saarland: 151, alle anderen N > 200. Mieten nur für die Mieter, nicht der Eigentümer, Fallzahl < 100 nicht dargestellt.

Die Mittelwerte der Ausgaben sind pro Kopf gewichtet. Die Gewichtung wurde entsprechend der Anmerkung unter Abbildung 1.1 durchgeführt.

Lesehilfen zu den Abbildungen im Bericht

Abbildungsnummer im Bericht	Quellenangabe	Anmerkungen/Lesehilfe
1	Siehe Datensatzbeschreibung in diesem Kapitel bzw. Anhang – eigene Zusammenstellung	Die Tabelle zeigt an, welche Indikatoren zum kindlichen Wohlbefinden auf Bundesländerebene für Deutschland verfügbar sind. Die Indikatoren sind nach den sechs von UNICEF definierten Dimensionen kindlichen Wohlbefindens geordnet.
2	Siehe Anhang – eigene Berechnungen	Die Tabelle gibt die durchschnittliche Gesamtplatzierung sowie die Einzelplatzierungen der deutschen Bundesländer in den sechs Dimensionen kindlichen Wohlbefindens an. Zur Berechnung der Einzelplatzierungen siehe Kapitel 5 und Anhang.
3	Siehe Anhang	Die Tabelle zeigt die verfügbaren Daten auf Bundesländerebene zum materiellen Wohlbefinden.
4	FaFo Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg – Ergebnisse des Mikrozensus 2008	<p>Die Abbildung zeigt den Anteil der in relativer Armut lebenden Kinder für Deutschland, Ost- und Westdeutschland sowie die deutschen Bundesländer. Die linke Spalte gibt die Berechnung der relativen Armut nach dem 50%-Kriterium an, die rechte Spalte nach dem 60%-Kriterium*. Jede Angabe ist einmal nach dem Durchschnittswert von Deutschland und einmal nach dem Durchschnittswert des Bundeslandes bzw. der Region berechnet. Beispielsweise verfügen in Baden-Württemberg 7% der Kinder über weniger als 50% des mittleren Pro-Kopf-Einkommens** dieses Bundeslandes (linke Seite, oberer Balken). Bezieht man diesen Ansatz auf Gesamtdeutschland, machen die Kinder in Baden-Württemberg 5% aller in relativer Armut lebenden Kinder aus.</p> <p>*Nach dem 50%-Kriterium wird der Anteil der Kinder angegeben, die über weniger als 50% des mittleren (Median) Pro-Kopf-Einkommens verfügen. Entsprechend wird nach dem 60%-Kriterium der Anteil der Kinder angegeben, die über weniger als 60% verfügen.</p> <p>** Anmerkung: Die Basis des Pro-Kopf-Einkommens ist das Haushaltsnettoeinkommen. Jede Person des Haushaltes erhält je nach Alter einen Wert, der als Gewichtung in die Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens eingeht. Nach der hier verwendeten neuen bzw. modifizierten OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, Mitglieder des Haushaltes über 14 Jahre mit 0,5 und alle anderen mit 0,3. Diese Werte werden addiert und am Haushaltseinkommen relativiert.</p> <p>Beispiel: In einer fünfköpfigen Familie erzielt der Ehemann 3.000 Euro und die Ehefrau 2.000 Euro Nettoeinkommen. Das Kindergeld und sämtliche anderen Leistungen sind darin enthalten. Zwei Kinder sind 6 bzw. 8 Jahre alt, ein weiteres 15. Das Nettoäquivalenz- bzw. Pro-Kopf-Einkommen beträgt $5.000 / (1 + 0,5 + 0,5 + 0,3 + 0,3) = 1923$ EUR.</p>

5	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) Scientific Use File 2008 – eigene Berechnungen	Die Abbildung gibt die monatlichen Pro-Kopf-Ausgaben für verschiedene Konsumgüter oder Dienstleistungen in Deutschland und seinen Bundesländern in kumulierter Form an. Im Unterschied zu den Berechnungen der Armutquoten bezieht sich der Mittelwert nicht auf den Median (den mittelsten Wert), sondern auf das arithmetische Mittel (die Summe aller Werte geteilt durch die Anzahl der Werte).
6	FaFo Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg – Ergebnisse des Mikrozensus 2003, 2006 und 2008	<p>Diese Abbildung gibt das Pro-Kopf-Einkommen von Kindern in unterschiedlichen Lebensformen und Lebensaltern in den Jahren 2003, 2006 und 2008 wieder. Je nach Lebensalter (unter 3 Jahre, unter 18 Jahre, älter als 18 Jahre) und Lebensform (bei Ehepaaren lebend, in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften lebend, bei allein Erziehenden lebend oder bei allein erziehenden Frauen lebend) können rechts die Pro-Kopf-Einkommen als absolute Werte und links die Wohlstandspositionen als relative Werte abgelesen werden. „Kinder insgesamt“ fasst alle Kategorien zusammen. Die ganz oberste Kategorie („Lebensformen insgesamt“) gibt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen aller Menschen in Deutschland unabhängig davon an, ob Kinder vorhanden sind oder nicht. Sie dient als Referenz für die relativen Angaben der Wohlstandsposition. Deshalb entsprechen diese Werte für alle Messzeitpunkte 100 Prozent.</p> <p>Im Jahr 2003 betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen 1.186 Euro (oberster Balken rechts). Das entspricht einem Wert von 100% (oberster Balken links). Im selben Jahr betrug dieses Einkommen bei Kindern unter drei Jahren, die bei Ehepaaren aufwachsen 1.040 Euro (rechts), was im Verhältnis zu allen Lebensformen 88% ausmacht (links). Dagegen steht Kindern in derselben Altersgruppe (unter 3 Jahre), die bei ihren Müttern allein aufwachsen im Jahr 2003 im Durchschnitt ein Pro-Kopf-Einkommen von 636 Euro zur Verfügung. Das entspricht einem Anteil von 54% am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen aller in Deutschland Lebenden.</p>
7	Siehe Anhang	Die Tabelle zeigt die verfügbaren Daten auf Bundesländerebene für den Bereich Bildung.
8	OECD Datenbank, PISA 2009 – http://dx.doi.org/10.1787/888932343342	Die Abbildung zeigt die PISA-Ergebnisse des Jahres 2009 im internationalen Vergleich.
9	<p>Prenzel et al. (2007): PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie,</p> <p>Prenzel et al. (2007) PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Dritten Ländervergleich – Zusammenfassung – S.16 – Eigene Darstellung</p>	Die Abbildung gibt den Zusammenhang der naturwissenschaftlichen Kompetenz von Kindern und dem Anteil der erklärten Varianz dieser Leistungen durch die soziale Herkunft der Kinder wieder. Der Anteil der erklärten Leistungsvarianz durch die soziale Herkunft ist ein Indikator für soziale Ungleichheit. Ein hoher Wert auf der X-Achse bedeutet demnach, dass die soziale Herkunft in einem Land oder einer Region sehr starken Einfluss auf die Leistungen der Kinder und damit auch für ihre Chancen in der Gesellschaft hat. Ein niedriger Wert steht eher für eine chancengleiche Gesellschaft. Auf der Y-Achse ist die durchschnittliche naturwissenschaftliche Kompetenz der Kinder in einem Land oder einer Region abgetragen. Kinder in einem Land oder einer Region im oberen Teil der Abbildung haben also ein relativ hohes Leistungsniveau im Bereich Naturwissenschaften.

10	Siehe Anhang – eigene Berechnungen	Das Korrelationsmaß gibt an, wie stark ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen ist. Der Wert kann zwischen +1 und -1 schwanken. Dabei gilt, je näher der Wert an den Werten +1 oder -1 liegt, desto stärker ist der Zusammenhang. Der Wert null besagt, dass kein Zusammenhang besteht. Ein negativer Wert gibt einen Zusammenhang wieder, bei dem die eine Variabel steigt, während die andere sinkt. Eine relativ hohe Säuglingssterblichkeit geht im Bundesländervergleich also mit einem relativ niedrigen Leistungsniveau (PISA) einher.
11		
12		
13		
14	Siehe Anhang	Die Tabelle zeigt die verfügbaren Daten auf Bundesländerebene für den Bereich Beziehungen zu Gleichaltrigen und Familie.
15	2003: Statistisches Bundesamt, Sonderauszählung des Mikrozensus 2003; 2008: Mikrozensus 2008 Scientific Use File – eigene Berechnungen	Die Abbildung gibt an, woraus sich der überwiegende Teil des Lebensunterhalts der 35- bis unter 45-jährigen Frauen in den deutschen Bundesländern speist. Nicht dargestellte Kategorien, die jeweils zu der Summe von 100% fehlen, sind „eigenes Vermögen, Ersparnisse, Zinsen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil“ sowie „Sonstige Unterstützungen (z.B. BaföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium, Pflegeversicherung, Asylbewerberleistungen)“. Zu jedem Bundesland sind für die Jahre 2003 und 2008 die Anteile der 35- bis unter 45-jährigen Frauen abgetragen, die eine von drei Arten des überwiegenden Lebensunterhalts beziehen: 1. Erwerbstätigkeit, Elterngeld, 2. Unterhalt durch Angehörige und 3. Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente, Pension. In Hessen haben somit 2003 als auch 2008 ca. zwei Drittel der Frauen zwischen 35 und unter 45 Jahren überwiegend von eigener Erwerbstätigkeit bzw. Elterngeld gelebt, während 27% (2003) bzw. 24% (2008) dieser Frauen überwiegend Unterhalt von Angehörigen erhielten.
16	Siehe Anhang	Die Tabelle zeigt die verfügbaren Daten auf Bundesländerebene für den Bereich Gesundheit und Sicherheit.
17	Siehe Anhang	Die Tabelle zeigt die verfügbaren Daten auf Bundesländerebene für den Bereich Verhalten und Risiken (erster Teil).
18	Siehe Anhang	Die Tabelle zeigt die verfügbaren Daten auf Bundesländerebene für den Bereich Verhalten und Risiken (zweiter Teil).
19	Siehe Anhang	Die Tabelle zeigt die verfügbaren Daten auf Bundesländerebene für den Bereich Subjektives Wohlbefinden.
20	Siehe Anhang – eigene Berechnungen	Die Tabelle zeigt das Bundesländerranking für die Dimension Subjektives Wohlbefinden. Zur Erstellung dieses und auch der anderen Teilrankings (vgl. Abb. 2) wurden die unterschiedlichen Indikatoren der Dimension (Abb. 19) mittels z-Transformation vergleichbar gemacht und zusammengefasst (vgl. Kap. 5).
21	Siehe Anhang – eigene Berechnungen	Vgl. Abb. 10

22	Siehe Anhang – eigene Berechnungen	Abbildung 22 gibt die Ergebnisse einer einfachen linearen Regressionsanalyse wieder. Dabei werden die Beziehungen einer abhängigen Variable (hier die PISA-Leistungen) mit verschiedenen unabhängigen Variablen (Arbeitslosenquote, Kinder in arbeitslosen Haushalten und relative Armutsquoten) auf Bundesländerebene dargestellt. Die jeweilige Art des Zusammenhanges kann an den Regressionsgeraden abgelesen werden. Die Geraden verlaufen hier in allen Fällen von links oben nach rechts unten. Das bedeutet, dass die durchschnittlichen PISA-Leistungen in deutschen Bundesländern niedriger sind, wenn die jeweiligen unabhängigen Variablen höher sind. Der Anteil der erklärten Varianz der PISA-Kompetenzen durch die drei unabhängigen Variablen beträgt 28,5 Prozent und liegt damit etwas unter einem Drittel. Das Gesamtmodell und die jeweiligen Einzelzusammenhänge sind sehr signifikant und geben damit einen statistisch relevanten Zusammenhang wieder.
23	Siehe Anhang – eigene Berechnungen	Die Darstellungen in Abbildung 23 entsprechen statistisch gesehen dem Modell aus Abbildung 22. Der Unterschied liegt in den unabhängigen Variablen, die hier aus dem Verhältnis zu Freunden und der Angst, in der Schule verprügelt zu werden, bestehen. Wir finden hier zwei unterschiedliche Verläufe der Regressionsgeraden. Die PISA-Leistungen sind in denjenigen Bundesländern höher, in denen sich auch ein höherer Anteil von Kindern bei Freunden wohl fühlt. Andersherum verhält es sich mit der Angst, in der Schule verprügelt zu werden. Hier sind hohe Werte mit niedrigen PISA-Leistungen verbunden.

**Deutsches Komitee für UNICEF
Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012**

**Starke Eltern – starke Kinder:
Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe
Hans Bertram, Steffen Kohl und Wiebke Rösler**

Dezember 2011

Professor Hans Bertram, Steffen Kohl und Wiebke Rösler von der Humboldt-Universität in Berlin haben die aktuell auf Bundesländerebene verfügbaren empirischen Daten auf Basis der von UNICEF definierten sechs Dimensionen zum kindlichen Wohlbefinden ausgewertet. Die im Auftrag von UNICEF Deutschland erstellte Studie erweitert die früheren Studien zur Lage der Kinder in Deutschland 2007 und 2010 und zeigt: Die regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands sind häufig genauso groß wie zwischen einzelnen Industrieländern. Ziel der Studie ist es, den Blick für diese Unterschiede und für verschiedene politische Handlungsstrategien zu schärfen – damit kein Kind zurückbleibt.

UNICEF
Höninger Weg 104
50969 Köln
www.unicef.de